Deutschland
3,00 €

4|12

Beilage Islam · Kultur · Politik

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Barbara Gessler
Aiman Mazyek
Bernd Neumann
Richard C. Schneider
Rupert Graf Strachwitz
und viele andere

Urheberrecht
Und kein Ende. Vom Literaturbetrieb über den Aktionstag Wert der Kreativität bis hin zum Aufruf für kulturelle Vielfalt im Internet. Seiten 1, 15 bis 18

Nahostgeschichten
Lassen Sie sich nicht an der Nase herumführen: Afghanistan hat mehr zu bieten als uns die Medien Glauben machen wollen. Israel übrigens auch. Seite 5

Kultur macht stark
Klingt gut. Macht Sinn und vor allem: Mit den Bündnissen für Bildung wird ein spektakuläres Bildungspaket geschnürt. Seite 7

Kreatives Europa
Setzt sich auch auf EU-Ebene im Kulturbereich die Ökonomisierung zuungunsten des Eigenwertes von Kultur durch? Seiten 11 bis 14

Gottesbezug

»Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, …«, mit diesem deutlichen Gottesbezug beginnt die Präambel des Grundgesetzes und macht gleich deutlich, dass religiöse Fragen zu den Kernfragen des Zusammenlebens in Deutschland zählen. Deshalb ist es nicht gleichgültig, wie sich unsere gewählten politischen Vertreter zu religiösen Fragen verhalten.

»Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland«, hat Bundespräsident Gauck gesagt und hat sich damit von seinem Vorgänger Bundespräsident Wulff, für den der Islam zu Deutschland gehört, merklich abgesetzt. Bundespräsident Gauck hat weiter erklärt, dass er diejenigen verstehe, die fragten: »Wo hat denn der Islam dieses Europa geprägt, hat er die Aufklärung erlebt, gar eine Reformation?« Eine wirklich spannende Frage: Gehören also nur Religionen zu Deutschland, die die Aufklärung erlebt haben und gar eine Reformation? Gehört dann nicht letztlich nur der Protestantismus zu Deutschland?

Als Protestant wehre ich mich gegen diesen Reformationsdarwinismus nach dem Motto: Die höchste religiöse Entwicklungsstufe ist die Reformation, alle Religionen, die keine Reformation hatten, sind rückständig. »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet«, das sind die zentralen Aussagen zur Religionsfreiheit im Grundgesetz. Von einer Hierarchisierung der Religionen kann ich dort nichts lesen. Das wird auch deutlich bei weiteren religiösen, aber nicht explizit christlichen Bezügen im Grundgesetz, wie dass der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach ist oder dass der Amtseid für Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister am Schluss lautet: »So wahr mir Gott helfe«. Die religiöse und weltanschauliche Neutralität der Bundesrepublik Deutschland verbietet es, von einem rein christlichen Gottesbezug im Grundgesetz zu sprechen. Er ist eben keine spezifische Parteinahme für einen bestimmten Glauben.

Am 31. Oktober 1517 schlug Martin Luther seine 95 Thesen gegen den Missbrauch des Ablasshandels an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg. Fünfhundert Jahre später, am 31. Oktober 2017, werden die Reformationsfeierlichkeiten in Deutschland und hoffentlich auch in der Welt ihren Höhenpunkt erreichen. Wir sollten die Chance dieses einmaligen Jubiläums nutzen und deutlich machen, dass der Gottesbezug im Grundgesetz nur mit der garantierten Glaubensfreiheit denkbar ist. Gerade dieses Jubiläum gibt uns die Chance zu zeigen, wie eng verflochten Judentum, Christentum und Islam in all ihren Glaubensausprägungen waren und sind.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: DISNEY

Johnny Depp als Pirat Jack Sparrow im Disney-Film »Fluch der Karibik«

Der Weg zum Buch ist lang

Der schöpferische Prozess ist keine Nebentätigkeit

TANJA DÜCKERS

In der derzeitigen Debatte um die Urheberrechte sind Aussagen wie »Kunst kann doch jeder machen«, »Kunst setzt sich aus Ideen zusammen, die in der Luft liegen, was ist daran individuell?« oder »Das Denken gehört allen, Kunst und Kultur sollten daher kostenfrei für jedermann zugänglich sein« zu hören. Hauptsächlich sind es Vertreter oder Anhänger der Piratenpartei, die sich in dieser Weise äußern. Solche Äußerungen machen deutlich, wie wenig manche Menschen leider von schöpferischer Arbeit verstehen. Zunächst: Natürlich sind die Gedanken frei. Niemand kann und darf das Monopol auf das Wort »Liebe« erheben, das tut auch niemand. Aber wenn ich eine Liebesgeschichte schreibe, wenn ich Allgemeingut in eine individuelle Sprache übersetze und eigene Figuren kreiere, dann verdient meine Geschichte den Schutz eines Urheberrechts. Dass das bestehende Urheberrecht modifiziert und an digitale Verwendungsformen besser als bisher angepasst werden muss, steht auf einem anderen Blatt.

Dieser transformatorische Schritt, der schöpferische Prozess, ist keine Tätigkeit, die man nebenbei erledigt. Diese enorme Anstrengung kann nicht, wie es manchmal anklingt, als Hobby abgetan werden, für das man bitte keine Honorarforderungen stellen darf. Der Weg zum Buch ist meist lang. Immer wieder wird man als Schriftsteller gefragt, wie lange man denn an einem Roman gesessen habe. Ich antworte meist: drei bis fünf Jahre, weil ich mich schäme, dass mindestens zwei meiner Romane deutlich mehr Zeit in Anspruch genommen haben. Am Anfang ist die Idee, nein, leider eine Vielzahl von Ideen, die es zu sondieren gilt. Tatsache ist, dass die meisten Schriftsteller mehr Zeit mit Grübeln als mit Schreiben verbringen. Von Heinrich Böll ist posthum ein ganzes Buch nur mit Abdrucken seiner Romanskizzen erschienen. Oft fallen auch umfangreiche Recherchen an. Es kann passieren, dass das Ergebnis der Recherche deutlich von dem abweicht, was man sich vorgestellt hat, zumindest muss man möglicherweise die Ausrichtung eines Romans verändern. Ich kenne mehrere Schriftsteller, die an Romanen arbeiteten, deren Handlung in den USA angesiedelt war, und die dann vom 11. September überrascht wurden. Allein die Recherchephase dauert bei vielen Autoren mehrere Jahre, insbesondere wenn sie mit Reisen verbunden ist.

Für Schriftsteller sind Lektoren enge Vertraute.

Wenn der Autor meint, sein Manuskript sei abgeschlossen, wendet er sich an seinen Verlag. Auch wenn man die Beziehung von Verlagen zu ihren Autoren nicht romantisieren sollte (natürlich gibt es Verlage, die ihre Autoren schlecht bezahlen und sich wenig um sie kümmern): Insgesamt entspringt die Vorstellung, Verlage als »böse Verwerter« seien weitgehend überflüssig, großer Unkenntnis von der schriftstellerischen Arbeit. Für Schriftsteller sind Lektoren enge Vertraute, auf deren Hilfe sie angewiesen sind. Dem Lektor fällt die schwierige und auch undankbare Aufgabe zu, einem Autor auf die Schwachstellen seines Manuskripts aufmerksam zu machen. Der Lektor muss einen ebenso nachdrücklichen wie sanften Einfluss auf den Autor ausüben. Er muss ihm das Gefühl geben, die Schwachstellen letztendlich selbst bemerkt zu haben, er muss unsichtbar bleiben und dennoch viel verändern. Lektoren haben einen maßgeblichen Anteil an der Qualität der in ihrem Verlag publizierten Bücher, und jeder Autor, der ehrlich ist, wird dies zugeben. Es sei denn, er hat einen schlechten Verlag erwischt, der kaum noch über ein nennenswertes Lektorat verfügt. Aber nicht nur der Lektor zeichnet einen Verlag aus: Pressearbeit, Organisation von Lesungen und Lesereisen, Vergabe von Lizenzen, Übersetzungen – all diese Dinge kann ein Autor nicht neben dem Schreiben bewältigen. Nicht nur, weil auch diese Jobs Profis erfordern, sondern weil ihm schlicht keine Zeit zum Schreiben bleiben würde.

Im Zuge der Kritik am bestehenden Urheberrecht sind Alternativ-Bezahlungsmodelle für Künstler ersonnen worden. Man muss sie prüfen, denn langfristig wird es nicht möglich sein, Urheberrechte noch, wie in analogen Zeiten, über die Anzahl von Kopien durchsetzen zu wollen. In einem (digitalen) Zeitalter, in dem Original und Kopie identisch sind und oft über eine gleich gute Qualität verfügen (anders als in den 80er Jahren, als es noch rauschende Mixkassetten gab), kann man diese Grenze nicht mehr ziehen. Die technische und moralische Unmöglichkeit, jeden einzelnen Rechner hinsichtlich seines Datenstroms zu kontrollieren, ist ein zweiter Aspekt. Man wird nicht umhin kommen, eine wie auch immer geartete Pauschalvergütung einzuführen. Die sinnvollste Idee stammt zur Zeit von den Grünen: Bei der Kulturflatrate wird pro Breitbandanschluss eine bestimmte Summe gezahlt und von einer Stelle wie der GEMA bzw. der VG Wort an die Künstler verteilt.

Crowdfunding – von den Piraten als Rettungsanker in der digitalen Welt gepriesen – kann keine seriöse Alternative für Künstler sein. Was für eine einzelne Indien-Fahrrad-Reise noch funktionieren mag, ist nicht auf Tausende von Künstlern anwendbar. Sie wollen keine verrückte Idee ausprobieren, sondern von ihrer Arbeit leben. Doch Crowdfunding ist eine unberechenbare Angelegenheit, ein Glücksspiel. Wie viel angenehmer ist die Situation des Autors, wenn er einen Vorschuss von seinem Verlag erhält: Diese Vorschusszahlung erlaubt dem Schriftsteller Zeit und Ruhe zum Schreiben zu haben – ohne wie beim Crowdfunding ständig mit dem Gelderwerb beschäftigt zu sein. Natürlich gibt es sehr unterschiedliche Vorschusshöhen, und manche entbinden auch nicht von der Arbeit auf anderem Sektor. Dennoch: In der Regel kann der Schriftsteller für einen begrenzten Zeitraum von seiner Kunst leben.

Beim Crowdfunding ist die Arbeitsteilung aufgehoben, in der Person des Autors treffen Kunstschöpfung, -bewerbung und -verbreitung zusammen. Der Autor muss die Idee seines neuen Werks, bevor er dieses überhaupt verfassen konnte, schon vermarkten. Er muss im Internet bittstellern, egal, ob dies

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 4/2012
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Gottesbezug
Olaf Zimmermann 01

LEITER

Der Weg zum Buch ist lang
Tanja Dückers 01

AKTUELLES

Ausruhen gilt nicht 02

Reform der Alterssicherung von Selbstständigen?
Rainer Fuchs 03

INTERVIEW

Ermutigen, wachrütteln und »sportlichen Ehrgeiz« anfachen
Gabriele Schulz befragt Heinrich Bleicher-Nagelsmann zum Kulturrating von ver.di 04

WEITE WELT

Die Last der langen Nase
Reinhard Baumgarten 05

Kulturkampf in Israel
Richard C. Schneider 05

Fenster nach Deutschland
Anne Eberhard 06

KULTURELLE BILDUNG

Einheit in der Vielfalt
Christian Höppner 07

Kultur macht stark
Susanna Schmidt 07

Das Lob der Anfechtung
Athina Lexutt 08

Lebenslanges Lernen wörtlich nehmen
Ralf Lechner im Gespräch mit Sabine Schmidt-Lauff 08

KULTURELLES LEBEN

Die Rote Liste 09

Aus Ehrenamt wurde Bürgerschaftliches Engagement
Michael Bürsch im PuK-Porträt 10

Spaziergang durch Eponymia
Georg Ruppelt 10

Kulturmensch
Matthias Lilienthal 10

KREATIVES EUROPA

Lebendige, bürgernahe Union der Kulturen
Bernd Neumann 11

Kontinuität und Wandel
Barbara Gessler 12

Meinungsbilder 13

Kultur in den Mittelpunkt stellen
Gabriele Schulz 14

NETZKULTUR

Spiele-Riesen versus Independent-Games
Felix Zimmermann 14

Kulturraum Internet
Max Fuchs 15

Der Wind dreht sich
Olaf Zimmermann 16

Zeichen setzen!
Aufruf: Für kultuelle Vielfalt im Internet 17

Mommert meint 17

Tatort re:publica
Stefanie Ernst 18

Weniger ist mehr
Helmut Hartung 18

DOKUMENTATION

Marktverzerrung durch Mehrwertsteueränderung entgegenwirken
Resolution des Deutschen Kulturrates 19

WISSENSWERTES

Blätterrauschen: kinema kommunal 19

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 20

Kurznachrichten 20

Impressum 20

DOSSIER ISLAM • KULTUR• POLITIK

Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich?
Olaf Zimmermann 01

Mühsames Ringen um Anerkennung
Matthias Kortmann 02

Muslimische Strukturen im Stiftungswesen
Rupert Graf Strachwitz 03

Bundesfreiwilligendienst und Muslime
Jens Kreuter 04

Wie können Muslime unsere Gesellschaft mitgestalten?
Michael Blume 04

Brachliegendes Engagementpotenzial
Thomas Klie und Julia Schad 05

Jung, muslimisch, aktiv
Sawsan Chebli 06

Zivilgesellschaft von morgen
Christoph Müller-Hofstede 07

Die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands ist überfällig
Gabriele Schulz im Gespräch mit Aiman Mazyek 08

Islam • Kultur • Politik 08

Impressum 08

DER AUSBLICK 5|12

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. September 2012.
In der Ausgabe 05/2012 widmen wir uns im Schwerpunkt dem nahenden 50-jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrages. Zudem wird erneut die Beilage »Islam • Kultur • Politik«, diesmal zum Thema Kulturaustausch Türkei-Deutschland, beigefügt sein.

Fortsetzung von Seite 1

seinem Temperament entspricht oder nicht. Diese Doppelbeschäftigung, introvertierte Arbeit am neuen Roman, bei gleichzeitiger Vermarktung im Internet, kann der Ruhe und Konzentration, die die Arbeit an einem Roman erfordert, nur abträglich sein.

Crowdfunding begünstigt zudem ein neofeudales Massen-Mäzenatentum, denn der Autor schreibt nur noch Mehrheitsmeinungen hinterher. Während Verlage noch den Mut haben, selber einen Stil zu begründen oder auch eine Mode nicht mitzumachen, gibt es beim Crowdfunding keine kritisch-sondierenden Stimmen, keine Vorauswahl mehr. Gegen Crowdfunding spricht auch die Abhängigkeit von vielen Hunderten oder Tausenden von Menschen. Sie nämlich entscheiden, ob ein neues Buch erscheinen wird oder nicht. Wenn nur ein einziger Verleger sich für ein Buch begeistert, druckt er es – beim Crowdfunding wird nur in den wenigsten Fällen ein künftiger Konsument ein Projekt komplett allein finanzieren, der Autor muss eine Vielzahl von Menschen vorab überzeugen.

Auch muss angezweifelt werden, ob die Freiheit der Kunst unangetastet bleibt, wenn x Stimmen aus dem Internet mitmischen wollen. Den Einen interessiert das Grundthema des Romans, noch besser würde er ihm aber gefallen, wenn die Handlung in Berlin statt Hamburg spielen würde, der nächste Online-Leser lässt wissen, er wäre ja bereit, das Buchvorhaben zu unterstützen, aber ist dieser Doppelsuizid am Ende nicht ein wenig effekthascherisch? Der übernächste findet, dass in dem Buch unbedingt ein Matrose vom Hamburger Hafen auftauchen muss – wenigstens am Rande. Der Autor wird vermutlich in den Jahren, in denen er am Manuskript sitzt, keine ruhige Minute mehr haben, er wird ständig mit vielen seiner Unterstützer Kontakt halten und Fragen erhalten, wie weit das Manuskript gediehen sei und ob man mal etwas lesen könne …

Darüberhinaus berät ein Verlag seine Autoren in literaturbetrieblichen Fragen – ob sie sich für einen Preis bewerben sollten, welches Stipendium sinnvoll sein und welches Interview man ruhig mal absagen könnte. Der Verlag bietet eine Art Schutzschild und Filter um den Autoren, oft ja sensible, eher öffentlichkeitsscheue Menschen.

Auch der Leser würde einen Verlust erleiden, wenn Zahlungsmodelle wie Crowdfunding die Verlagslandschaft ablösen sollten: Verlage mit ihren spezifischen Programmen bieten Orientierung in der Flut von unzähligen Neuerscheinungen. Im Internet hingegen sieht sich der Leser mit Tausenden Sites konfrontiert. Wer hat schon den Nerv, sich da durchzuklicken, weil er vorm Einschlafen eine halbe Stunde lesen will?

FOTO: ANTON LANDGRAF; C/O SCHÖFFLING & CO

Tanja Dückers

Die derzeitige Debatte über das Urheberrecht, bei aller Berechtigung der Reformierung, deprimiert: Jahrhundertelang haben Künstler um Anerkennung kämpfen müssen, sie waren lange entweder dem Staat oder der Kirche verpflichtet. Erst in Folge enormer gesellschaftlicher Umgestaltungs- und Emanzipierungsprozesse konnte sich die nicht zweckgebundene Kunst gesellschaftlichen Freiraum schaffen. Doch selbst dieser war begrenzt: Die Meisterwerke, die wir heute bewundern, sind oft genug von offizieller Seite verfemt worden, ihre Schöpfer waren nicht selten Außenseiter der Gesellschaft. Im Dritten Reich wurden Künstler verfolgt und umgebracht. In der DDR wanderten inopportune Künstler ins Gefängnis oder wurden ausgewiesen. Es ist fast noch ein Novum, dass freie Künstler – hierzulande, nicht überall auf der Welt – wirklich gesellschaftliche Anerkennung erfahren und »Künstler« nicht mehr gleichbedeutend ist mit »Verrückter« oder »Sonderling«. Erst seit Kurzem ist die Beschäftigung mit Kunst keine elitäre Angelegenheit mehr, sondern – im Westen in Folge der Bildungsoffensive – eine Breitenangelegenheit geworden, wie »Lange Nächte« und steigende Besucherzahlen in fast allen großen Museen Deutschlands beweisen. Kunst ist gefragter denn je. Dennoch kann die Majorität der Künstler in Deutschland kaum von ihrer Kunst leben. Auch wenn nicht jeder, der erfolglos ist, in Wahrheit ein großer Künstler ist und der ein oder andere auch besser den Beruf wechseln sollte: Künstler müssen – weiterhin – am Verkauf ihrer ureigenen Werke substanziell verdienen können, sonst wird es viel weniger Kunst geben. Eigentlich waren es immer die Alten gewesen, die nicht wollten, dass ihr Sohn oder ihre Tochter »ausgerechnet was mit Kunst« macht, statt Finanzbeamter zu werden oder Kindergärtnerin. Die Zeiten sind nicht lange her. Dass es jetzt ausgerechnet junge, vermeintlich progressive Leute sind, die überhaupt nicht verstehen, was Kunst bedeutet und wie sie entsteht, und dass sie nicht einfach wie das Wasser, die Luft oder »die Gedanken« einfach da ist, überrascht dann doch.

Tanja Dückers ist Schriftstellerin

Ausruhen gilt nicht

Staatenbericht zur Umsetzung der Konvention Kulturelle Vielfalt erschienen

Der »Erste periodische Bericht der Bundesrepublik Deutschland über Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zur Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens von 2005« wurde von der Bundesregierung nunmehr vorgelegt. Mit der Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt) im Jahr 2005 und dem Inkrafttreten der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt im Jahr 2007 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, alle fünf Jahre einen Bericht zur Umsetzung dieser Konvention vorzulegen.

Der 26 Seiten umfassende, entlang den Vorgaben der UNESCO gegliederte Bericht zeigt eindrücklich die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland und die Anstrengungen, die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt auf den unterschiedlichen Ebenen mit Leben zu erfüllen. Der Deutsche Kulturrat hat die Verabschiedung und Implementierung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt intensiv begleitet und sich in den Entstehungsprozess des Ersten Staatenberichts eingebracht. Der in diesem Jahr zum zweiten Mal durchgeführte Aktionstag »Kultur gut stärken« am internationalen Tag der kulturellen Vielfalt, dem 21. Mai, zeigt, wie die Zivilgesellschaft selbst kulturelle Vielfalt zeigen und ihre Stärkung einfordern kann.

Deutschland darf sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen.

Selbstverständlich kann ein solcher auf etwas über 20 Seiten begrenzter Bericht das kulturelle Leben in Deutschland nicht in all seinen Feinheiten und Facetten abbilden. Es mussten einige Beispiele herausgegriffen werden, um die kulturelle Vielfalt in Deutschland zu veranschaulichen. Ergänzt wird der Staatenbericht durch das Kaleidoskop der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Hier werden Beispiele aus folgenden Bereichen vorgestellt:

- Politische Maßnahmen, Programme und Strukturen;
- Kulturelle Ausdrucksformen fördern und schützen;
- Internationale Zusammenarbeit;
- Kultur und Entwicklung;
- Informationsaustausch und -analyse;
- Orte kultureller Vielfalt, Umfeld.

Es wird sehr eindrücklich, welche kulturellen Strukturen es in Deutschland zu sichern und weiterzuentwickeln gilt. Deutschland konnte sich im Staatenbericht ein gutes Zeugnis ausstellen, doch darf sich darauf weder ausgeruht, noch darf vergessen werden, dass diese kulturelle Vielfalt sich jeden Tag neu bewähren und gesichert werden muss. Das gilt für die Kulturinstitutionen, die Künstler und für die Kulturverantwortlichen der verschiedenen politischen Ebenen. Ausruhen gilt nicht!

Der Staatenbericht kann hier abgerufen werden: http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kultur/kkv/120413_Staatenbericht.pdf

Zum Kaleidoskop der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen geht es hier: http://www.unesco.de/kaleidoskop.html?&L=

Reform der Alterssicherung von Selbstständigen?

Um was geht es, was ist die Absicht der Bundesregierung und wie sind die Selbstständigen im Kulturbereich betroffen?

RAINER FUCHS

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen die Selbstständigen nicht automatisch und verpflichtend in ein staatliches oder privates Alterssicherungssystem einbezogen sind. Einige Gruppen von Selbstständigen haben von jeher ihre eigenen berufsständischen oder staatlichen Versorgungssysteme wie z.B. Rechtsanwälte, Ärzte oder Landwirte. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind grundsätzlich nur Arbeitnehmer versichert. Ein besonderes Schutzbedürfnis wird nur für einige ausgewählte Gruppen von Selbstständigen gesehen. So sind beispielsweise Handwerker, Lehrer und Erzieher, Pflegepersonen, Hebammen, und Küstenschiffer, außerdem arbeitnehmerähnliche Selbstständige in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Einen Sonderstatus genießen glücklicherweise die selbstständigen Künstler und Publizisten, die nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz auch in der Rentenversicherung pflichtversichert sind und nur den halben Beitrag zahlen müssen.

Alle Selbstständigen haben bereits das Recht (nicht die Pflicht), sich auf Antrag in der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht zu versichern oder sich freiwillig zu versichern. Dann zahlen sie den vollen Beitrag, also Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil, aus ihren Einkommen selbst. Von dieser Möglichkeit wird allerdings kaum Gebrauch gemacht. Während im letzten Jahrhundert weit überwiegend noch davon ausgegangen werden konnte, dass die überschaubare Zahl der Selbstständigen gut verdient und für die Alterssicherung selbst Sorge tragen kann, hat sich diese Situation seit gut 20 Jahren deutlich geändert. Der veränderte Arbeitsmarkt und die staatliche Förderung von Existenzgründungen und »Ich-AG's« hat dazu geführt, dass bereits rund 10 Prozent der Erwerbstätigen Selbstständige sind. Insbesondere die sogenannten Solo-Selbstständigen treffen aller Voraussicht nach oft keine ausreichende Vorsorge für ihr Alter. Etwa ein Drittel von ihnen verfügt über ein Nettoeinkommen unter 1.100 Euro im Monat, rund 55 Prozent liegen zwischen 1.000 und 2.900 Euro Netto monatlich.

Selbstständige sind allerdings eine sehr heterogene Personengruppe. Trotz oft geringer Altersvorsorge weisen sie insgesamt überdurchschnittlich hohes Vermögen auf. Gleichwohl besteht die Gefahr eines erhöhten Armutsrisikos. Es gehört zu einem Alter in Würde, dass möglichst nicht auf bedarfsgeprüfte Leistungen des Staates, der Grundsicherung im Alter, zurückgegriffen werden muss. Angesichts der zunehmenden sozialpolitischen Relevanz der Alterssicherung von Selbstständigen haben alle wichtigen gesellschaftliche Gruppen Reformvorschläge in die Diskussion gebracht. Sie reichen von der Bürgerversicherung, die Bündnis 90/Die Grünen sowie die IG Bau für alle Erwerbstätigen in der Rentenversicherung vorschlägt und bei der alle Einkünfte, auch etwa die aus Kapital, beitragspflichtig werden sollen, über die Bürger-Sozialversicherung, wie sie die SPD vorschlägt, bei der schrittweise die Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden sollen, beginnend mit dem Solo-Selbstständigen, bis hin zur Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen, wie sie der FDP-Bundestagsfraktion vorschwebt, wobei die Selbstständigen die Wahl zwischen gesetzlicher und privater Alterssicherung haben sollen.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat im Rahmen des Rentendialogs eine differenzierte Lösung vorgeschlagen. Danach sollen grundsätzlich alle Personen, die eine Selbstständige Tätigkeit erwerbsmäßig und nicht nur vorübergehend ausüben, gesetzlich verpflichtet werden, für das Alter vorzusorgen. Selbstständige sollen die größtmögliche Freiheit bei der Wahl und Umsetzung ihrer Altersvorsorgeverpflichtung haben, damit der wirtschaftliche Erfolg der Selbstständigkeit keinesfalls behindert wird. Ausgenommen von der Vorsorgepflicht sollen Selbstständige sein, die bereits anderweitig abgesichert sind. Das gilt aber nur, wenn diese Absicherung heute schon verpflichtend ist, wie bei Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten, Landwirten usw. Die Künstlersozialversicherung bleibt unberührt. Nicht versicherungspflichtig soll auch nebenberufliche Tätigkeit oder ein geringfügiges Arbeitseinkommen bis zu 400 Euro monatlich sein. Die Altersvorsorgepflicht soll so ausgestaltet werden, dass die Lebensplanung der Selbstständigen möglichst wenig berührt wird. Darum sind Übergangsregelungen von besonderer Bedeutung: Selbstständige, die das fünfzigste Lebensjahr vollendet haben, werden von der Vorsorgepflicht im Alter ausgenommen. Ziel der Absicherung ist nur eine Basisabsicherung. Im Ergebnis sollen die Selbstständigen in typisierender Betrachtung nach 45 Versicherungsjahren eine Sicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus erreichen. Das ist nach heutigem Stand in etwa ein Betrag von 700 bis 750 Euro monatlich. Dazu ist ein Monatsbeitrag in der Größenordnung zwischen 250 und 300 Euro für die Alterssicherung erforderlich. Wird statt einer gesetzlichen Rentenversicherung eine private Alterssicherung abgeschlossen, so müssen die Anforderungen an eine Rürup Rente gegeben sein: nicht vererblich, nicht übertragbar, nicht beleihbar, nicht veräußerbar und nicht kapitalisierbar. Von diesen strengen Anforderungen sind allerdings Selbstständige ausgenommen, die bei Inkrafttreten der Regelung bereits das dreißigste Lebensjahr vollendet haben. Diese wohl vorerst größte Personengruppe muss nach bisherigen Vorstellungen nur nachweisen, dass sie ihre Beiträge zu bereits bestehenden Lebens- oder Rentenversicherungsverträgen bezahlt oder dass sie über entsprechendes Vermögen verfügt, das eine Basisabsicherung im Alter sicherstellt. Damit in der Gründungsphase Selbstständige nicht überfordert werden, ist vorgesehen, dass eine gewisse Zeit nach Aufnahme der Selbstständigkeit keine Beiträge gezahlt werden müssen und

Gute Zeiten, schlechte Zeiten

dass danach für eine weitere Übergangszeit nur geringere Beiträge zu zahlen sind. Auch später soll eine flexible Beitragsregelung der wirtschaftlichen Situation von Selbstständigen dadurch Rechnung tragen, dass in guten Zeiten höhere Beiträge und in schlechten Zeiten geringere Beiträge gezahlt werden können. Was würde eine Reform für die Selbstständigen im Kulturbereich bedeuten? Von großer Bedeutung ist zunächst, dass die Privilegierung in der Künstlersozialversicherung, in der Selbstständige Künstler und Publizisten versichert sind, auf jeden Fall unangetastet bleibt.

Wichtig wird die diskutierten Neuregelung vor allem für diejenigen Selbstständigen im Kulturbereich, die aus verschiedenen Gründen nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung sein können. Soweit hier bisher keine Altersvorsorge betrieben wird, müssen die Betroffenen durchaus mit zusätzlichen Kosten rechnen. Hier wird von Bedeutung sein, dass der vorgesehene flexible Beitrag den besonderen Verhältnissen im Kulturbereich mit den oft stark schwankenden Einkommen angepasst wird.

Gerade im Kulturbereich sind viele Künstler und Publizisten nebenberuflich selbstständig tätig, oder sie erhalten nur ein geringfügiges Arbeitseinkommen von bis zu 400 Euro monatlich. Diese Nebeneinkünfte führen nicht zu einer Vorsorgepflicht. Bisher konnten nur die Künstler und Publizisten, die in der Künstlersozialversicherung pflichtversichert sind, die großzügige Riester-Förderung für ihre zusätzliche private Alterssicherung in Anspruch nehmen. Künftig haben alle Selbstständigen diese Möglichkeit, wenn sie die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung wählen. Insgesamt könnte daher eine Reform von im Kulturbereich Tätigen als ein Schritt in die richtige Richtung durchaus begrüßt werden.

Rainer Fuchs ist Leiter des Referates Künstlersozialversicherung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Ermutigen, wachrütteln und »sportlichen Ehrgeiz« anfachen

Gabriele Schulz befragt Heinrich Bleicher-Nagelsmann zum Kulturrating von ver.di

Am 18. Mai dieses Jahres stellte ver.di ein Kulturrating vor. Politik & Kultur fragt nach den Beweggründen dieses Kulturratings und den möglichen Auswirkungen auf die Kulturfinanzierung.

Herr Bleicher-Nagelsmann, passend zum Tag der kulturellen Vielfalt wurde das von ver.di in Auftrag gegebene Kulturrating veröffentlicht. Warum hat ver.di ein solches Kulturrating in Auftrag gegeben?
Ausgangspunkt unserer Überlegungen waren die Aktivitäten der Rating-Agenturen seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008. Ihre Tätigkeit hat an Bedeutung gewonnen und wurde zu Recht Gegenstand kritischer öffentlicher Diskussionen. Dieser einseitigen ökonomischen Betrachtungsweise wollten wir als ver.di-Fachgruppe Kunst und Kultur etwas entgegen setzen. Wir wollen nicht verurteilen oder verdammen, sondern auf bedenkliche Entwicklungen aufmerksam machen. Bewusst haben wir als Veröffentlichungstag den Tag der kulturellen Vielfalt, den 21. Mai, gewählt, um deutlich zu machen, wie wichtig kulturelle Vielfalt für unser Gemeinwesen ist. Im vergangenen Jahr haben wir das »Notgeld Kultur« ausgegeben und in diesem Jahr mit dem »Kulturrating« ein Signal gesetzt.

In welcher Beziehung steht das »Kulturrating« zum Kulturfinanzbericht? Im Kulturfinanzbericht werden doch auch die Kulturausgaben der Kommunen ausgewiesen?
Es sind zwei verschiedene, im Kern kaum miteinander vergleichbare Vorgehensweisen. Im Kulturfinanzbericht werden als Kriterium letztlich die Kulturausgaben der Kommunen pro Kopf ausgewiesen. Wir konzentrieren uns in unserem Kulturrating auf die Bruttowertschöpfung je Einwohner in den Kommunen und setzen hierzu die Kulturausgaben für Theater und Orchester sowie für Bibliotheken in Beziehung. Die Bruttowertschöpfung pro Kopf ist eine anerkannte Größe, um die Produktivität verschiedener Regionen miteinander zu vergleichen und in Beziehung zu setzen. Da es sich um ein vielfach gebrauchtes und bewährtes statistisches Instrument handelt, haben wir es ausgewählt. Zum zweiten stützen wir uns auf die Statistiken der Fachverbände und nicht, wie der Kulturfinanzbericht, auf die Statistiken der Länder oder Kommunen. Wir haben bewusst diese Datenquellen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins und Deutsche Bibliotheksstatistik gewählt, weil wir uns davon die größte Genauigkeit versprechen. Das Kulturrating haben wir nicht selbst erstellt, sondern Michael Söndermann, einen national und international anerkannten Kulturstatistiker beauftragt. Er ist unter anderem Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturstatistik, mit ihm zusammen wurde das Instrumentarium entwickelt und er hat dann schließlich die Untersuchung durchgeführt.

Haben Sie aufgrund der Konzentration auf die Statistiken der Fachverbände andere Kultureinrichtungen in der Kommune wie Museen, Musikschulen, soziokulturelle Zentren oder weitere nicht in den Blick genommen?
Dies war und ist durchaus unsere Absicht. Es ist aber tatsächlich so, dass für die anderen kulturellen Bereiche öffentlich keine so aussagekräftigen Daten vorliegen, wie für die in diesem Kulturrating dargestellten Sparten. Die Musikschulen haben zwar eine kontinuierliche Musikschulstatistik, sie ist aber mit den anderen beiden genutzten nicht kompatibel. Insofern haben wir uns zunächst auf Theater, Orchester und Bibliotheken konzentriert. Ich halte dieses aber auch für vertretbar, da gerade die Theater und Orchester den größten Anteil an den Kulturausgaben der Kommunen haben. Es ist also sehr wichtig, gerade diese Einrichtungen im Blick zu haben. Bibliotheken verfügen nicht nur über eine gute Kulturstatistik, sie sind auch Kultureinrichtungen, die sich in besonderer Weise im Schnittfeld von Kultur- und Bildungspolitik verorten und niedrigschwellige Angebote machen. Sie haben daher eine sehr große Bedeutung für die Kultur und die kulturelle Bildung in einer Kommune, die gar nicht deutlich genug herausgestellt werden kann.

Wie haben Sie die Städte ausgewählt, die untersucht wurden?
Uns war es wichtig, Städte aus den verschiedenen Regionen Deutschlands zu haben. Also aus dem Norden, dem Osten, dem Süden und dem Westen. Außerdem sollten es sogenannte reichere Kommunen, mit einer starken Wirtschaftskraft und Kommunen mit einer geringeren Wirtschaftskraft sein. Uns war es wichtig zu untersuchen, welcher Stellenwert in Kommunen, die in einer eher schwierigen wirtschaftlichen Situation stehen, der Kultur beigemessen wird und welche Rolle Kultur in Kommunen spielt, die sich in einer vergleichsweise guten ökonomischen Lage befinden. Dabei zeigen sich ganz erstaunliche Ergebnisse. Städte, die ansonsten aufgrund ihrer Kulturfinanzierung und kulturellen Infrastruktur gelobt werden wie München, Leipzig oder Dresden, erscheinen bei unserer Betrachtungsweise als absteigende Städte. Andere wie Freiburg oder Kiel, aber auch Rostock, als aufsteigende Städte. Sie haben also im Vergleich zu anderen in die Kultur investiert.

Es fällt dennoch auf, dass, wenn man die verschiedenen Bundesländer betrachtet, keine thüringische Stadt dabei ist und Berlin ebenfalls fehlt, obwohl die beiden anderen Stadtstaaten Bremen und Hamburg einbezogen wurden. Wie kommt das?
Berlin mit seinem Hauptstadtfaktor spielt eine nur schwer zu erfassende und zu bewertende Rolle. Hier erscheinen uns die vorliegenden Daten nicht valide genug. Thüringen werden wir in Zukunft in die Erhebung und Bewertung mit einbeziehen.

Wenn ich die Daten betrachte, so fällt mit Blick auf das Kulturrating bei Theatern und Orchestern auf, dass beispielsweise Schwerin, eine Stadt, in der die Theaterfinanzierung zur Diskussion steht, einen sehr guten Wert erhält und zu den aufsteigenden Städte gezählt wird. Haben Sie nicht Sorge, dass die Daten gegen die Kultur verwendet werden können?
Dagegen ist niemand gefeit, dass Daten anders benutzt werden als intendiert. Wir betrachten einen Zehnjahreszeitraum und vergleichen die Jahre 1999/2000 mit 2009/2010. Uns geht es, wie schon gesagt, darum, eine Entwicklung aufzuzeigen. Dabei kamen, wie ich erwähnte, auf den ersten Blick erstaunliche Daten zu Tage, oder hätten Sie gedacht, dass München, immerhin Platz fünf der untersuchten Städte, bei der Bruttowertschöpfung pro Kopf Platz 16 im Kulturrating einnimmt, und damit noch hinter Halle/Saale liegt, das auf Platz 21 in der Bruttowertschöpfung pro Kopf liegt und immerhin auf Platz 14 im Kulturrating rangiert? Uns ging es darum, einen anderen Blick auf die Kommunen, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den Stellenwert, der der Kultur auch finanziell beigemessen wird, zu werfen. Dabei wollten wir jene Städte, die sich bereits sehr in der Sicherung der kulturellen Daseinsvorsorge engagieren, ermutigen und jene, die einen der hinteren Ränge einnehmen, sportlich gesprochen, wachrütteln, damit sie Energien für einen möglichen Aufstieg freisetzen.

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

München liegt im Kulturrating auf Platz 16, Halle/Saale dagegen auf Platz 14.

War das Kulturrating eine Eintagsfliege oder planen Sie eine regelmäßige Wiederholung?
Es soll kein Strohfeuer oder, wie von Ihnen genannt, eine Eintagsfliege sein. Dafür war der gesamte Aufwand bei der Entwicklung des Instrumentariums auch viel zu groß. Ich hoffe, dass der Aktionstag »Kultur gut stärken«, der zwei Mal sehr erfolgreich durchgeführt wurde, im kommenden Jahr wieder stattfindet und kann mir vorstellen, dass dann das neue Kulturrating vorgelegt wird. Letztlich machen solche Aufstellungen auch nur Sinn, wenn sie regelmäßig erscheinen und damit über eine Entwicklung Auskunft geben. Vielleicht schaffen wir es bis dahin zusammen mit Herrn Söndermann vom Arbeitskreis Kulturstatistik noch weitere Sparten in den Blick zu nehmen.

Herr Bleicher-Nagelsmann, das ist ein positiver Blick in die Zukunft. Haben Sie herzlichen Dank für das Gespräch.

Heinrich Bleicher-Nagelsmann ist Bereichsleiter Kunst und Kultur bei ver.di, Geschäftsführer des Verbands deutscher Schriftsteller und Stellvertretender Sprecher des Rates für darstellende Kunst und Tanz im Deutschen Kulturrat, Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

i VER.DI KULTURRATING

Im Kulturrating wird die pro Kopf Bruttowertschöpfung einer Kommunen mit den Ausgaben für Theater und Orchester sowie für Bibliotheken in Beziehung gesetzt. Hieraus wurde eine Kennzahl errechnet. Liegt die Kennzahl über »O«, hat die Kultur in Relation zur Wertschöpfung gewonnen, liegt sie unter »O«, hat sie entsprechend verloren und liegt sie bei »O«, konnte sie sich im Vergleich zur Wertschöpfung halten. Untersucht wurden folgende Städte: Bremen, Cottbus, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Freiburg, Halle, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mainz, München, Nürnberg, Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart, Ulm. Für Hannover und Saarbrücken konnten keine Daten ermittelt werden. Die ersten drei Plätze mit Blick auf die Bruttowertschöpfung pro Kopf nehmen ein: Frankfurt, Düsseldorf und Ulm. Die letzten drei Städte sind: Magdeburg, Leipzig und Halle. Werden die Theater- und Orchesterausgaben an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt in den Jahren 1999/2000 und 2009/2010 zu Rate gezogen, erreichen Rostock, Freiburg und Kiel die ersten drei Plätze. Die Schlusslichter sind: Leipzig, Dresden und Potsdam. Wird die Entwicklung der Bibliotheksausgaben an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt in den Jahren 1999/2000 und 2009/2010 betrachtet, kommen Ulm, Stuttgart und Nürnberg auf die ersten drei Plätze und wiederum sind Leipzig, Dresden und Potsdam die Schlusslichter. In der Gesamtbetrachtung erreicht Freiburg Platz eins, Stuttgart und Kiel teilen sich Platz zwei. Leipzig, Dresden und Potsdam nehmen die Plätze 19, 20 und 21 ein. Nähere Informationen zum Kulturrating sind zu finden unter: *http://medien-kunst-industrie.verdi.de/-/Oeq*

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030 . 24 72 80 14, Fax: 030 . 24 72 12 45
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

FOTO: COLODIO/FLICKR/BY-NC-SA/2.0"

Barbiepuppe, Schönheitsideal mit Kopftuch

Die Last der langen Nase

Neuer Trend zur Schönheitschirurgie im Iran

REINHARD BAUMGARTEN

Früher begann der Tag für Shima beim Blick in den Spiegel mit Zweifeln. Meine Nase, dachte sie gleich morgens, ist zu groß, zu lang und irgendwie nicht richtig. Shima entschloss sich zu einer Nasenoperation. »Ich denke«, sagt die schlanke 24-Jährige, »die Operation ist zu einem ganz normalen Ereignis geworden und fast alle möchten das machen. Es ist ein Zeichen für den Wunsch nach Vollkommenheit.«

In keinem Land der Welt werden aus Gründen der Schönheit so viele Nasen operiert wie im Iran. Eigentlich sei's nicht nötig gewesen, sagt Shimas ebenfalls operierte Freundin Tiva. »Aber ich wollte es unbedingt. Ich wollte die Spitze meiner Nase leicht abflachen. Das war alles. Sie hat sich auch kaum verändert. Aber nach der OP hatte ich mehr Selbstvertrauen. Ob gut oder schlecht – mein Selbstvertrauen ist jedenfalls dadurch gestiegen.«

Teheran ist die Welthauptstadt der Nose-Jobs, der Nasenoperationen. Nirgends werden prozentual so viele Nasen gekürzt, gerichtet, gestreckt, gestutzt und perfektioniert wie hier. Laut der ihm bekannten Statistiken, sagt der Schönheitschirurg Ramtin Kassiri, liegt der Iran bei Nasenoperationen weltweit an erster Stelle. Danach kämen der Libanon und Syrien sowie Länder in Lateinamerika. In den USA würden zwar auch viele Nasen operiert, aber trotz der 300 Millionen Einwohner dort gebe es im Iran mehr Nasen-OPs.

Im Iran leben rund 75 Millionen Menschen. Landesweit üben sich mehr als 3.000 Ärzte in der Kunst der plastischen Chirurgie. Die Nachfrage steigt von Jahr zu Jahr – trotz der Kosten von 1.000 bis 15.000 Euro pro Nase. Von Hollywood und Satellitenkanälen übermittelte angebliche Schönheitsideale regen iranische Frauen an. Im Mittelpunkt steht die mutmaßlich perfekte Nase. Warum auch nicht, fragt die 24-jährige Shima mit breitem Pflaster mitten im Gesicht. »Manche Frauen schneiden ihre Haare oder ändern die Form ihrer Augenbrauen. Andere wollen eben die Nase ändern. Wenn man für eine schönere Nase bereit ist, die Kosten zu übernehmen und die Schmerzen zu ertragen, warum denn nicht?«

Iranische Nasen, meint der ägyptische Rhinologe – also Nasenkundler – Hassan Foda bei einem Kongress für Schönheitschirurgie in Teheran, seien genetisch bedingt oft etwas groß geraten. Doch etwas Anderes spiele wahrscheinlich ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, die Nase verkleinern zu wollen. In Ägypten treffe er täglich Patientinnen, die in dem Moment eine Nasen-OP wollten, in dem sie sich für das Kopftuch entschieden hätten. »Sie wissen, dass ihre Nase dann im Mittelpunkt steht. Und wenn die groß ist, dann kann jeder sehen, dass sie groß ist. Vorher konnte sie das durch Haare und Make-Up kaschieren.«

Im Iran herrscht Kopftuchzwang. Außerdem achten Sittenwächter auf die Kleiderordnung. Ein aufreizendes Outfit gilt als inakzeptabel. Alle Jahre wieder im Frühling werden junge Frauen von der Polizei wegen mutmaßlich loser Kleidung eingesammelt, belehrt und zuweilen bestraft.

Iranische Frauen, klagt Shima, könnten sich kaum ausdrücken. Im Ausland könnten sich Frauen zum Beispiel mit Klamotten so zeigen, wie sie möchten. Wegen vieler Verbote im Iran – sogar die Farbe der Kleidung sei eingeschränkt – schminkten sich iranische Frauen stärker. Sie wollten einfach bemerkt werden. »Sie können nur ihre Gesichter zeigen und es ist auch die einzige Freiheit, denn die Regierung verhaftet ja noch niemanden mit operierter Nase.« Shima lacht, Tiva lächelt. Die Pflaster über ihren Nasen sind gespannt.

Die Nase im Zentrum der Wahrnehmung. Auf den Straßen in Teheran, Isfahan oder Mashhad sind viele junge Iranerinnen mit bandagierten Nasen zu sehen. Auch in Deutschland nehme die Zahl der Nasen-OPs zu, stellt der HNO-Arzt Guido Wölck vom Bundeswehrkrankenhaus Hamburg auf dem Kongress in Teheran fest. Aber es gebe einen entscheidenden Unterschied. In Europa insgesamt wolle man nicht unbedingt zeigen, dass die Nase operiert worden sei, sondern man wolle natürlich bleiben. Im Iran hingegen sei es auch ein gewisses Statussymbol, dass man sich die Nase operieren lassen konnte – rein finanziell. »Wenn ich durch die Straßen gehe und sehe, wie relativ aggressiv man noch das Taping, den Gipsverband zeigt, dann ist das ein großer Unterschied zu Deutschland.«

Im Iran, ergänzt der Schönheitschirurg Ramtin Kassiri, wolle man mit einer operierten Nase bisweilen auch angeben. Deshalb trügen viele das Pflaster weiter – ein oder zwei Monate, manche sogar bis zu einem Jahr. Einige klebten sich ein Pflaster auf die Nase, ohne überhaupt operiert worden zu sein.

Auch iranische Männer haben offenbar zunehmend das Gefühl, ihre Nase sei zu groß. Denn immer häufiger ziehen Männer Schönheitschirurgen zu Rate. Für die frisch operierte Tiva ist das ein klares No-Go: Nur wenn die Operation medizinische Gründe habe, sei das in Ordnung. Aber wenn ein Mann sie nur wegen der Schönheit mache, dann habe er offenbar ein Problem. »Ein Mann mit Problemen, das würde mir nicht gefallen.« Tivas Logik? Tivas weiblich-iranische Logik? Schönheit, Eitelkeit und der Wunsch nach Bewunderung und Wahrnehmung – das soll nach Meinung Tivas und Shimas den Frauen vorbehalten bleiben. Ob Frauen oder Männer: Die plastische Chirurgie gehört in der Islamischen Republik mit hoher Inflation, steigender Arbeitslosigkeit und aufgrund ausgedehnter Wirtschaftssanktionen gegen das Land fallender Wirtschaftsleistung zu den Top-Wachstumsbranchen.

Reinhard Baumgarten ist Hörfunkkorrespondent der ARD in Istanbul und zuständig für die Länder Iran, Griechenland, Türkei und Zypern

Kulturkampf in Israel

Schafft sich die Demokratie des Nahen Ostens selbst ab?

RICHARD C. SCHNEIDER

Kulturkampf – dieses Wort hört und liest man schon länger, wenn es um Israel geht. Tatsächlich existiert der Kulturkampf zwischen Frommen und Rechtsnationalisten auf der einen Seite, sowie Säkularen und Liberalen auf der anderen schon seit mindestens zwei Jahrzehnten. Die Städte Tel Aviv und Jerusalem standen (und stehen) als Metapher für diesen Kulturkampf, den man früher noch mit Anführungszeichen schrieb, so als ob man ihn nicht so wirklich ernst nehmen müsste, ein Zwist innerhalb der Familie, unangenehm, ja, aber doch irgendwie überschaubar, ohne wirkliche Konsequenzen, beide Seiten wüssten, dass letztendlich alles beim Alten bleibt.

Mitnichten. Die Anführungszeichen kann man getrost weglassen, die Lage ist ernst, sehr ernst, mit einem Unterschied zu früher: Es kämpft nur noch eine Seite, die andere – also »Tel Aviv« – hat sich längst zurückgezogen in einen Winterschlaf, in ein bequemes, aber trügerisches Dolce far niente, mit Sonne, Strand, Hightech, Party und einem möglichst perfekten Ausblenden der Realität. Sicher, wenn ich mit Freunden und Bekannten aus dieser Ecke spreche, dann schlagen alle verbal die Hände über dem Kopf zusammen, dass die Frommen und Nationalisten und Siedler und Faschisten ganz schrecklich seien, aber, und der Satz fällt am Ende der Diskussion immer: »Ma la'asot? – Was kann man machen?« Was man machen kann, das zeigen die anderen. Sie verändern die Realität der »einzigen Demokratie des Nahen Ostens«, sie sprechen in den Jeshivot der Siedlungen inzwischen offen aus, dass die Demokratie Unsinn sei und dem »jüdischen Volke« nicht entspräche, nicht nur das jüdische Individuum habe die Halacha, das Religionsgesetz, zu achten, sondern auch und vor allem der Staat. Und so setzt man sich über Gesetze hinweg, die einem nicht passen, immer mit dem Wissen, dass das System schwach ist, dass die Regierungskoalition auf ihrer Seite ist und notfalls die Gesetze in ihrem Sinne verändert. Und so kann es nicht verwundern, wenn plötzlich die Regierung darüber nachdenkt, wie man nachträglich Siedlungen, die auf geraubtem palästinensischen Land gebaut wurden, doch noch juristisch absichert, wenn vom Staat angestellte Rabbiner öffentlich dazu aufrufen, Wohnungen nicht an Araber zu vermieten – und sie nicht sofort aus dem Staatsdienst geworfen werden, wenn eine Abgeordnete der Knesset sudanesische Flüchtlinge als »Krebsgeschwür im jüdischen Volkskörper« bezeichnen kann, ohne sofort zurücktreten zu müssen, wenn immer neue Gesetze eingebracht werden, die die Freiheit der Presse beschränken sollen. »Tel Aviv« reagiert darauf stets mit Achselzucken, ja, das sei schlimm, aber so schlimm sei das nun auch wieder nicht, es werde schon nicht zum Ärgsten kommen – sagen die Liberalen. Und streuen sich Sand in die Augen, übernehmen keinerlei Verantwortung für ihr Land, sondern sind stolz darauf, dass Homosexuelle in Tel Aviv mehr Freiheiten haben als in San Francisco. Sind stolz darauf, dass auch schwule Paare Kinder adoptieren dürfen, dass man den Rabbinern den »Kampf angesagt« hat, in dem man nur noch standesamtlich auf Zypern heiratet, weil es in Israel die Zivilehe nicht gibt. Und sie merken nicht, dass sie den Staat langsam aber sicher an die anderen verlieren, die ihn umbauen. Ein ultraradikaler Siedler, ursprünglich aus dem Jemen stammend, sagte mir einmal, dass »wir den Kulturkampf mit den Gebärmüttern unserer Frauen längst gewonnen haben«. Er könnte recht behalten: 7,5 Kinder bekommen Siedler und ultraorthodoxe Familien im Schnitt, 2,5 die liberal-säkularen. Man lebt in Parallelwelten, die keinerlei Verbindungsglied mehr aufweisen außer: die Bedrohung von außen. Es ist nicht das Judentum, was auch immer man darunter verstehen mag, das als Klebstoff für eine heterogene Gesellschaft herhalten muss, sondern die Bedrohung durch die Muslime. Die aber wird identitätsbestimmend – und wird von den Anti-Demokraten benutzt als Argument, die Demokratie zu schwächen, weil sie den Feinden zu viel Spielraum lasse. Und Feinde sind inzwischen auch diejenigen Israelis, die sich aktiv für Palästinenser einsetzen. Eine neue Initiative sieht nun vor, diese Leute so an den Pranger zu stellen, dass sie keine Jobs mehr bekommen. Und jedes Theater, das sich weigert, in einer Siedlung zu spielen, muss befürchten, seine sowieso schon mickrigen Staatssubventionen zu verlieren. Der Kulturkampf ist im vollen Gange. Und Tel Aviv hat vielleicht noch zehn Jahre, um im Land etwas zu ändern, oder sich eine große Mauer um die Stadtgrenze zu bauen, um dann einen liberal-säkularen »Staat Tel Aviv« zu gründen – so lachen diejenigen Israelis, die das Problem erkennen, ihm aber nichts wirklich entgegensetzen können. Wenn Autofahren den Charakter eines Volkes darstellt, so gibt es in Israel zwei typische Autofahrersünden: Die eine ist ein Auto, das in der Mitte von zwei Spuren fährt, mit maximal 30 km/h – der Fahrer kann sich schlicht nicht entscheiden, wohin er eigentlich will – so könnte man das Verhalten der Säkularen interpretieren. Und dann gibt es den völlig autistischen Fahrer, der sich nicht im Geringsten darum schert, ob seine Manöver, die stets ohne Blinker erfolgen, irgendjemanden in Gefahr bringen, Hauptsache er ist der »König der Straße«, wie er sich selbst auf Hebräisch nennt – ein Symbol für die Bulldozer-Mentalität der Rechten in Israel. Wenn das liberale Israel nicht bald aufwacht, dann hat es bald keine Zukunft mehr im eigenen Land. Der Kulturkampf wäre endgültig verloren.

Die Bedrohung durch den Islam ist der »Klebstoff« der Gesellschaft.

Tel Aviv und Jerusalem sind eine Metapher für den Kampf zwischen den Säkularen und den Frommen.

Richard C. Schneider ist Studioleiter ARD Studio Tel Aviv

Fenster nach Deutschland

Zur Arbeit des Goethe-Instituts in Afghanistan

ANNE EBERHARD

Der Stift kratzt langsam über das Papier. S-A-M-E-R-A. »Samira, das ist falsch. Das muss doch ein I sein. Kein E.« Energisch zieht die junge Frau das Papier zu sich herüber und verbessert die Hausaufgaben ihrer Freundin. Die jungen Männer vom Nachbartisch schauen neugierig und wenden sich dann selbst ihren Büchern zu. Und dem Hühnchen mit Pommes. Von einem solchen sind am dritten Tisch nur noch die Knochen übrig. Hier wird weder Schreiben noch Deutsch gelernt. Die jungen Studierenden der Fakultät der Schönen Künste sitzen über einem Laptop und diskutieren konzentriert die neuen Filmsequenzen ihrer Animationsfilme. Entstanden in der Animationswerkstatt gleich hinter dem Kiosk. Im Rosengarten des Goethe-Instituts Afghanistan.

Einer der großen Schwerpunkte der Arbeit des Goethe-Instituts Afghanistan liegt in der beruflichen Qualifizierung, der Förderung von Netzwerken und der gemeinsamen Schaffung von zivilgesellschaftlichen Plattformen. Das Nationale Theaterfestival, das 2011 bereits zum siebten Mal stattfand, gehört zu den bedeutsamsten Projekten, die das Goethe-Institut, – nach zwölfjähriger Schließung – und 2003 als erstes Kulturinstitut überhaupt zurückgekehrt – in Afghanistan initiiert und mitorganisiert. Auch das Nationale Literaturforum, das in diesem Jahr wieder Literaten aus allen Provinzen Afghanistans zusammenbringen wird, bietet eine einzigartige Plattform für den Austausch zwischen Kulturschaffenden, die so regelmäßig und nicht immer nur in Kabul zusammenkommen. Und sich so mit ihren unterschiedlichen Dialekten, Sprachen und Traditionen kennenlernen und auch Vorurteile abbauen, die nach Jahrzehnten des Krieges in vielen Köpfen immer noch fest verankert sind.

Vor allem in Hinblick auf die Infrastruktur hat sich das universitäre Bildungssystem in den letzten Jahren entwickelt. Der Bildungshunger der jungen Generation treibt diese Entwicklungen auch im inhaltlichen und konzeptionellen Bereich voran, weil sie immer noch auf eine Liberalisierung und Verbesserung ihrer Lebenssituation in Afghanistan hofft und dafür so weit wie möglich eintritt.

Ohne die finanziellen Mittel, die dem Goethe-Institut Afghanistan auch dank der Sondermittel des Stabilitätspaktes Afghanistan zur Verfügung stehen, wären viele der wichtigen Aktivitäten der Außenkultur- und Bildungspolitik nicht denkbar. Akteure aus Provinzen zu vernetzen, die nur noch mit dem Flugzeug kommen können, weil die Landwege zu unsicher sind, kostet. Das Zusammentreffen ist hingegen unbezahlbar. Und mit den gängigen Maßstäben der Entwicklungszusammenarbeit auch nicht messbar.

Die Arbeit des Goethe-Instituts Afghanistan, das 1965 offiziell gegründet wurde, genießt auch deshalb ein hohes Ansehen, weil die einzelnen Projekte immer auch und vor allem in Partnerschaft mit einheimischen Institutionen und Initiativen umgesetzt werden. Impulse zu setzen und Nachhaltigkeit zu erzeugen in einem Land, das selbst noch dabei ist, sich in einigen Bereichen kulturell zu definieren und dies durchaus selbstbewusst tut, ist weitaus wichtiger als die gediegene Repräsentation von kulturellen Erzeugnissen aus dem fernen Deutschland.

Dass auch die documenta (13) in Afghanistan eine von drei Satelliten-Veranstaltungen organisieren konnte (mit einer Reihe von Lesungen, Seminaren und Ausstellungen mit internationalen und afghanischen Künstlern und Intellektuellen), ist nicht zuletzt dem Vertrauen der staatlichen afghanischen Stellen in das Goethe-Institut zu verdanken. Auch wenn es keine Zensur gibt und die Arbeit noch nie eingeschränkt wurde, gilt es die kulturellen und politischen Handlungsspielräume zu beachten. Ebenso ernst zu nehmen ist auch der innerafghanische Diskurs über die Definition eigener Werte und Traditionen und die Frage, was »afghanische Kultur« eigentlich ist. Aus einer solcherart selbstbestimmten Diskussion können entscheidende Impulse für die kulturelle und bildungspolitische Entwicklung der afghanischen Gesellschaft erwachsen; gerade angepasste Bildungsprogramme und wirtschaftliches Unternehmertum hängen vom selbständig erarbeiteten geistigen Freiraum der Akteure unmittelbar ab.

Wie so gemeinsam Neues entstehen kann, zeigt das Beispiel des Berliner Puppenspielers Wieland Jagodzinski, der während des vierten Theaterfestivals 2007 den ersten von vielen Puppentheaterworkshops in Afghanistan gab und damit zehn junge Schauspielerinnen und Schauspieler dazu bewegte, das Goethe-Institut um Unterstützung bei der Gründung ihrer eigenen Theatergruppe zu bitten. Fachlich und organisatorisch qualifiziert bildet das Parwaz Puppet Theatre mittlerweile für das Goethe-Institut selbst eine neu entstandene Gruppe in Nordafghanistan aus. Und spielt im Auftrag großer internationaler Institutionen vor tausenden von afghanischen Kindern.

Das Goethe-Institut Kabul als erstes wichtiges Fenster nach Deutschland

FOTO: ANNE EBERHARD / GOETHE-INSTITUT AFGHANISTAN

Sprachschüler vor dem Institutsgebäude in Kabul

Der Wiederaufbau staatlicher Strukturen war und ist ein wichtiger Schritt hin zu einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Dabei ist nicht der Wirtschaftsfaktor von Kultur entscheidend, sondern vor allem die Möglichkeit der kulturellen Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und die Möglichkeit, in Schulen, Gemeinden und öffentlichen Institutionen ein Bewusstsein für die Gemeinsamkeit der afghanischen Kultur, für die Bedeutung von Bildung oder für die Beteiligung der Frauen am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben zu fördern.

Neben den wieder aufgebauten, oftmals aber auch starren staatlichen Organisationen formieren sich immer zahlreichere private Initiativen junger und unabhängiger Kulturschaffender. Diese bringen das größte Potenzial mit, die Kunst- und Kulturszene positiv zu beeinflussen und weiter auszubauen. Die Aktivitäten des Goethe-Instituts zielen dabei nicht nur auf jungen Künstlergruppen wie dem Parwaz Puppet Theatre oder den bildenden Künstlern von Roshd als einziger freier Initiative, die sich mit moderner Kunst beschäftigt. Sondern vor allem auch auf die Fakultät der Schönen Künste der Universität Kabul als eine der wichtigsten Bildungsinstitutionen im Land. Neben der Einrichtung eines Theatersaals und der baulichen Umgestaltung der Musikabteilung sollen Workshops für Studierende und vor allem ihre Dozenten Impulse setzen, die helfen, die Strukturen und Curricula weiter zu verbessern.

Auch das Interesse an der deutschen Sprache ist in Afghanistan ungebrochen. 2011 hat das Goethe-Institut auf Wunsch der Universität Kabul sogenannte Deutschräume an sechs weiteren Universitäten im Land mit Lehr- und Lernmaterial und der für den modernen Deutschunterricht notwendigen Technik ausgestattet. Das Goethe-Institut wird diesen Prozess weiterhin unterstützen und darüber hinaus die sprachliche und methodisch-didaktische Fortbildung angehender und bereits tätiger Deutschlehrkräfte durch eine eigene Fachkraft fördert.

Mit rund 1.500 Einschreibungen jährlich in allen Kursstufen gehört das Goethe-Institut Afghanistan zu den größeren Instituten der Region. Viele der Kursteilnehmenden lernen Deutsch aus praktischen Gründen und erhoffen sich Chancen auf einen der gut bezahlten Jobs in Projekten deutscher Entwicklungshilfeinstitutionen oder ein Stipendium für ein Studium in Deutschland. Andere Kursteilnehmende halten im Goethe-Institut zum ersten Mal in ihrem Leben einen Stift in der Hand und lernen Lesen und Schreiben, um die sprachlichen Anforderungen für den Ehegattennachzug nach Deutschland zu erfüllen.

Das Goethe-Institut in Kabul ist für sie alle ein erstes wichtiges Fenster nach Deutschland. Neben der kleinen Mediathek mit ihren Lehrmaterialien, deutscher Musik und landeskundlichen Beständen gehört insbesondere der Garten zu einem der bevorzugten Orte des Instituts. Nicht nur die Film- und Musikabende sind äußerst beliebt, sondern gerade auch die Pausenzeiten, die den jungen Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern ein kleines Stück Freiheit schenken, die sie sich woanders erst hart erkämpfen müssen.

Samira und ihre Freundin sitzen bereits wieder im Alphabetisierungsunterricht. Die jungen Männer diskutieren mittlerweile, welcher Studiengang in Deutschland der beste wäre. Und ob sie wiederkommen oder ihr Glück in der Ferne suchen sollen. Das haben die Filmemacher bereits entschieden: »Ohne uns wird sich in diesem Land nichts entwickeln.« Sie müssen jetzt los. Der letzte Film muss noch geschnitten werden. Er handelt von der Zukunft Afghanistans. Ein gutes Zeichen.

Anne Eberhard ist Leiterin des Goethe-Instituts Afghanistan in Kabul

Einheit in der Vielfalt

Europäischer Musikrat auf gesellschaftspolitischem Weg

CHRISTIAN HÖPPNER

Europa eine Seele geben« – die Vision von Jacques Delors bildet die wesentliche Orientierung für die musikpolitische Arbeit des Europäischen Musikrates. Der Dachverband des europäischen Musiklebens mit seinen 81 Mitgliedern engagiert sich seit seiner Gründung 1972 für ein Europa der kulturellen Vielfalt. Durch die wesentliche Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist es seit 2000 mit der Bonner Geschäftsstelle gelungen, das zivilgesellschaftliche Engagement für das Musikleben auf- und auszubauen. Dabei zeichnet diese europäische Bürgerbewegung für die Musik vor allem eine ausgeprägte Neugierde und Freude auf das je Andere aus. So sind die Jahrestagungen und Fachtreffen neben den inhaltlichen und formalen Themenpunkten vor allem von dem Bedürfnis nach Begegnung, Austausch und Gestaltung bestimmt. Mit seinen Projekten und den beispielhaften Aktivitäten der Jugendgruppe setzt der EMC (European Music Council) Impulse. Im Mittelpunkt steht die Idee eines Europa, das auf der Grundlage einer gemeinsamen Werteordnung die prägende Kraft von Bildung und Kultur für das Miteinander und die Unterschiedlichkeit von Kontinent zu Kontinent, von Land zu Land, von Region und Region und von Mensch zu Mensch als eigenen Wert erkennt.

Die diesjährige Jahrestagung in Istanbul hat gezeigt, dass der Seismograph Kultur Orientierung für gesellschaftspolitische Entscheidungen sein kann. Das Bewusstsein, dass Musikpolitik auch Gesellschaftspolitik ist, wächst bei den Mitgliedern und wird zu einer deutlich stärkeren Positionierung des EMC in den gesellschafts- und kulturpolitischen Debatten führen. Das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe, die Beförderung der kulturellen bzw. musikalischen Bildung, der Schutz und die Förderung kreativen Schaffens und die Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bilden zentrale Themenfelder für die musikpolitische Arbeit der kommenden Jahre. Dieser Weg zu neuen Ufern wird von etlichen Herausforderungen begleitet. Von der Regionalgruppe des IMC zu einer eigenständigen gesellschaftspolitischen Kraft.

Die Einbindung in den Internationalen Musikrat IMC (International Music Council) ist vor dem Hintergrund gemeinsamer Überzeugungen und Interessen richtig und wichtig. Die Stärkung des europäischen Profils liegt im Interesse des IMC wie des EMC und muss ausgebaut werden, um die musikpolitische Wirksamkeit zu erhöhen.

Musikpolitisches Handeln auf europäischer Ebene erfordert mehr Ressourcen. Die vorhandenen Ressourcen für die musikpolitische Arbeit auf den Ebenen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sind unzureichend. Hier sind vor allem die im EMC vertretenen Mitgliedsstaaten gefordert. Deutschland leistet seit der Gründung der Bonner Geschäftsstelle durch die Förderung des BKM bereits einen erheblichen Beitrag.

Das Konsensgebot darf musikpolitische Positionierungen auf europäischer Ebene und im Verhältnis zu den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht einschränken. Der kleinste gemeinsame Nenner ist ein schlechter Ratgeber für die Wirksamkeit musikpolitischer Arbeit. Die katastrophalen Entwicklungen für Bildung und Kultur in Griechenland, Holland und Ungarn bedürfen der Wahrnehmung und musikpolitischen Begleitung durch den Dachverband des Europäischen Musiklebens.

Nach meiner Überzeugung muss sich der EMC stärker in nationale Debatten einbringen, will er seinen Zielen und seinem gesellschaftspolitischen Anspruch gerecht werden. So ist zum Beispiel die Freiheit der Künste in Ungarn durch die Regierung und die sie tragenden politischen Kräfte gefährdet. Unter Ministerpräsident Viktor Orbán hat es bereits eine Reihe von Willkürentscheidungen gegeben, die massiv in die Autonomie des ungarischen Kulturlebens eingreifen. Dazu gehören insbesondere das systematische Auswechseln des Personals in künstlerischen Leitungspositionen durch systemkonforme Mitarbeiter sowie die Einstellung der finanziellen Förderung für unliebsame Einrichtungen. Die Regierung greift damit unmittelbar in die künstlerische Freiheit und Konzeption von Kultureinrichtungen ein. Die Freiheit der Künste und der Kulturschaffenden ist ein Grundpfeiler des demokratischen Grundverständnisses Europas und damit Grundvoraussetzung dafür, dass die europäische Idee von »Einheit in Vielfalt« Realität werden kann. Die kulturelle Selbstbestimmung des Einzelnen wie kultureller Gruppen steht nicht nur unter dem Schutz der internationalen Menschenrechtskonvention, sondern auch unter dem Schutz der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen. Die drei Grundsäulen dieser Konvention legen völkerrechtlich verbindlich den Schutz und die Förderung des kulturellen Erbes, der zeitgenössischen künstlerischen Ausdrucksformen und der Kulturen anderer Länder in dem jeweiligen Land fest. Die ungarische Regierung verstößt mit ihren dirigistisch anmutenden Maßnahmen seit dem Inkrafttreten des neuen Mediengesetzes fortlaufend gegen die UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt, die Ungarn 2008 ratifiziert hat, und wendet sich damit zunehmend von den europäischen Grundwerten ab. Der Reichtum an kultureller Vielfalt ist nicht nur Verpflichtung zum Schutz und zur Weiterentwicklung, sondern Chance für ein Europa der Einheit in der Vielfalt. Das Bewusstsein für das Eigene, die Neugierde auf und der Respekt vor dem Anderen bilden die Voraussetzungen für das Zusammenwachsen einer Staatengemeinschaft, die in dem Bewusstsein gemeinsamer Wurzeln die Unterschiedlichkeit als Wert erkennt. Die Unterschiedlichkeit in den Strukturen und im Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Europa unterstreicht die Notwendigkeit einer stärkeren musikpolitischen Arbeit des Europäischen Musikrates, wenn die Vision von Jacques Delors das Fundament für das Miteinander in Europa bilden soll.

Musikpolitisches Handeln auf europäischer Ebene erfordert mehr Ressourcen.

Christian Höppner ist Vizepräsident des Europäischen Musikrates

Kultur macht STARK

Bündnisse für Bildung

FOTO: BMBF

Kultur macht stark

Bündnisse für Bildung – das neue Förderprogramm des BMBF

SUSANNA SCHMIDT

Der Zugang zu guter Bildung ist ein entscheidender Schlüsselfaktor für die individuelle Entwicklung eines Menschen und ebenso für den Zusammenhalt und die Innovationskraft unserer Gesellschaft und die Stellung unseres Landes im globalen Wettbewerb. Deshalb ist die Gewährleistung guter Bildung für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft – eine der großen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. In Deutschland wachsen fast dreißig Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in mindestens einer sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolage auf, die ihre Bildungschancen schmälert. Etwa ein Fünftel aller 15-Jährigen gehört zur sogenannten PISA-Risikogruppe. Diesen Jugendlichen wird der Übergang ins Erwerbsleben nur mit erheblichen Schwierigkeiten gelingen. Um auch bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen ein gutes Rüstzeug mit auf ihren Bildungsweg zu geben, wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ab 2013 deutschlandweit lokale Bündnisse für Bildung unterstützen. In diesen Bildungsbündnissen schließen sich vor Ort unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure zusammen (z.B. Chöre, Musikgruppen, Sportvereine, Stiftungen, Bibliotheken, Theater- und Jugendgruppen), um bildungsbenachteiligte Kinder durch außerschulische Angebote zu unterstützen – insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung.

Denn gute Bildung ist nicht allein eine Aufgabe des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft. Was wir in Deutschland brauchen, ist eine breite soziale Bewegung für gute Bildung – mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich engagieren: als Mentorinnen und Mentoren, als Vorlesepaten oder bei der Hausaufgabenbetreuung; mit Gruppen, Vereinen, Museen und Theatern, die gezielt Programme für benachteiligte Kinder entwickeln. Ziel der Bündnisse für Bildung ist es, dieses zivilgesellschaftliche Engagement zu vernetzen und auf ein gemeinsames Ziel zu fokussieren. Wohlgemerkt: Es geht dabei nicht darum, die Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Vielmehr sollen sie darin unterstützt und ermutigt werden.

Im Rahmen der Bündnisse für Bildung werden außerschulische Bildungsmaßnahmen wie Ferienfreizeiten mit kulturellem Schwerpunkt, Paten- und Mentorenprogramme, in denen junge Menschen Vorbildern begegnen und Begleitung finden, Maßnahmen zur Leseförderung und zur Verbesserung der Medienkompetenz oder Tanz- und Theaterprojekte gefördert. Voraussetzung ist, dass die Angebote der Bündnisse einem klaren pädagogischen Konzept folgen und dass sie keine bestehenden Aktivitäten der Bündnispartner ersetzen, sondern neue, zusätzliche Bildungsmaßnahmen darstellen, die sich an den konkreten Gegebenheiten vor Ort orientieren. Mit der Förderung außerschulischer Bildungsmaßnahmen durch den Bund ist verbunden, dass sich die lokalen Akteure untereinander weiter vernetzen und Qualitätsstandards in der Fläche angewandt werden. Mit der Förderung von Bildungsbündnissen für benachteiligte junge Menschen setzt die Bundesregierung einen weiteren Punkt des Koalitionsvertrages um und verstärkt ihr Engagement zugunsten von Kindern und Jugendlichen, die unter ungünstigeren Verhältnissen aufwachsen. Ihnen werden mit der Förderung nicht nur neue Bildungshorizonte eröffnet, sondern es wird mittelfristig ein Beitrag dazu geleistet, dass junge Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen, dass sie Eigenständigkeit und Eigensinn entwickeln und weniger auf soziale Transfers angewiesen sind.

Die Erfahrung zeigt: Außerschulische und außerunterrichtliche Angebote leisten einen besonders wertvollen und nachhaltigen Beitrag zur Bildung und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Durch die Mitarbeit in Gruppen und Vereinen, bei Ferienfreizeiten oder im Austausch mit ehrenamtlich engagierten Paten und Mentoren erleben Kinder und Jugendliche, wie sich durch Ausdauer und Teamgeist Ziele erreichen lassen und wie der eigene Horizont sich weitet, wenn man sich einer Aufgabe stellt und Verantwortung übernimmt. Außerschulische Bildungsmaßnahmen, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern erbracht werden, können jungen Menschen eine Perspektive geben, ihr Selbstbewusstsein stärken und ihnen Anerkennung vermitteln. Angebote der kulturellen Bildung können dazu einen herausragenden Beitrag leisten. Kreativität, Teamgeist, Anstrengung und die beglückende Erfahrung »Ich kann etwas!« liegen bei Kunst und Musik, Theater und Tanz besonders nah beieinander. Kulturelle Bildung spricht Kinder und Jugendliche auf ganz unterschiedlichen Ebenen an: Sie lernen hier, ein Werk selbst zu gestalten, eine Aufgabe zum Erfolg zu führen und auch Rückschläge zu verkraften. Sie lernen zuzuhören und genau hinzuschauen. Und sie lernen, eine eigene Sprache zu entwickeln. Das sind Fähigkeiten und Grundhaltungen, die über den musisch-kulturellen Bereich hinaus von enormer Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und für ein »gelingendes Leben« als Individuum und in der Gemeinschaft sind. Auch Angebote aus dem Bereich Sport und Bewegung können eine ähnlich prägende Wirkung für die Persönlichkeitsentwicklung eines jungen Menschen entfalten. Wir orientieren uns dabei an dem breiten Verständnis kultureller Bildung des deutschen Kulturrats, der zusammen mit weiteren Akteuren dankenswerterweise die Entwicklung des Programms begleitet hat.

Mit der Förderung von Bildungsbündnissen verfolgt das BMBF vier Ziele: Wesentlich ist die Eröffnung neuer Bildungschancen – vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche, die durch die Bündnisse neue Herausforderungen erleben und in Kontakt zu Vorbildern kommen. Zugleich sollen die Bildungsbündnisse eine neue soziale Bewegung für gute Bildung anstoßen und die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Zukunft der jungen Generation schärfen, indem Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden. Eine tragfähige Vernetzung unterschiedlicher Bildungsakteure auf lokaler Ebene, möglichst nah an den Kindern und Jugendlichen, zu fördern, ist ein weiteres Ziel. Und nicht zuletzt geht es darum, kulturelle Bildung in die Breite zu tragen – genau zu den Kindern, die bislang am weitesten von ihr entfernt sind!

Susanna Schmidt ist Ministerialdirektorin im Bundesministerium für Bildung und Forschung

»KULTUR MACHT STARK«

Bewerber: Bundesweite Verbände und bundesländerübergreifend tätige Initiativen mit Kompetenzen in der außerschulischen Bildung
Bewerbungsfrist: 31. Juli 2012
Auswahl: Im September 2012 begutachtet ein Expertengremium aus Wissenschaft und Praxis die Konzepte und wählt die besten aus
Beginn: Im Januar 2013 sollen die ersten lokalen Bündnisse für Bildung starten
Informationen: Die Förderrichtlinie »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« und weitere Dokumente sind auf der Internetseite www.buendnisse-fuer-bildung.de zu finden.
Beratung: 0800/2623005 oder info@buendnisse-fuer-bildung.de

FOTO: MAL / PHOTOCASE.COM

Das Lob der Anfechtung

Martin Luther, der wissenschaftliche Theologe

ATHINA LEXUTT

Mögen die Menschen in aller Welt von mir sagen, was sie wollen – weiß ich doch, wie übel von der Anfechtung auch die ärgsten Angefochtenen reden –, es bleibt dabei: Mir, ja mir allein und meiner Kraft haben es die Menschen zu danken, wenn sie im Glauben und durch den Glauben leben.« So hätte Erasmus von Rotterdam seine ersten Sätze formuliert, wenn er 1509 nicht das »Lob der Torheit«, sondern das Lob der Anfechtung geschrieben hätte.

Aber hätte er das wirklich getan? Die Anfechtung ein Loblied auf sich selbst singen lassen? Sie über all diejenigen Spott ausgießen lassen, die sich gegen sie auflehnen und sie wegdiskutieren wollen? Wohl kaum. Denn »Anfechtung« passte nicht zu einem Zeitgeist, der in satter Fortschrittsfröhlichkeit mit frecher Attitüde dem Althergebrachten die Schminke aus den Runzeln kratzte, so dass alles darunter sichtbar wurde, was man mühsam zu verdecken suchte. Die Anfechtung passte ins 16. Jahrhundert so wenig wie in unseres. Sie gehört auf die Liste der vom Aussterben bedrohten Wörter, weil von Anfechtung sich niemand mehr angefochten wissen will. Anfechtung hat mit lebendiger Kultur und kreativer Politik nichts zu tun. Ein Lob der Anfechtung heute zu schreiben fiele wohl niemandem ein. Sie gehört als Negatives überwunden. Als Schwäche besiegt. Als Misslungenes unter dem Deckmantel des Schweigens verborgen.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Im 16. Jahrhundert hat es jemand gewagt. Er hat ein Lob auf die Anfechtung gesungen, hat sich gegen die Tyrannei des Gelingens gestemmt, hat ihnen allen einen Ort gegeben: dem gnadenlosen Weiterfragen, der Klage, dem Leiden, der Trauer, der Ohnmacht des Glaubens. Im 16. Jahrhundert hat es jemand gewagt. Einer, den man in erinnerungskulturellem und denkmalgesättigtem Bewusstsein auf Sockel aller Art hebt und mit vielem in Verbindung bringt. Nur nicht mit Scheitern, Misslingen, Schwäche. Im 16. Jahrhundert hat es jemand gegen alle Trends und allen Zeitgeist gewagt: Martin Luther.

Was wäre nicht alles zu Luther zu sagen (und wird gesagt angesichts des nahenden Reformationsjubiläums): seine Sprachkraft, seine exegetische Erkenntnis, seine Bedeutung für die Bildung und für die Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Religion, seine neue Rede von Gewissensfreiheit, seine Liebe zum Leben, seine Einsichten in das, was der Mensch wirklich ist – all dies und vieles mehr macht Luther zu einer großen europäischen Gestalt, der nachzudenken allemal wert ist. Seine tiefen Grundeinsichten in die Strukturen eines Menschseins, das sich als Gott und dem Nächsten gegenüber in Verantwortung stehend begreift, sind auch vielleicht gerade heute noch anregend. Selbst dort, wo es die Konsequenzen, die er aus diesen Grundeinsichten für seine Zeit gezogen hat, nicht mehr sind. Luther ist (ohne zu verkennen, dass er auch viele Schattenseiten aufzuweisen hat!) in vielerlei Hinsicht der »Gigant« und der »große Deutsche«, als den ihn uns die Medien schon lange und unermüdlich – mit Verzeichnungen und Auslassungen – präsentieren. Aber er ist auch der, der sich fragend, klagend und zweifelnd, ja verzweifelnd in seiner Klosterzelle hin- und hergeworfen hat. Der rasend und wütend gegen sich und andere mehr Tintenfässer auf den Teufel geschleudert hat, als es sich Legenden je hätten ausdenken können. Er ist auch der, der als Seelsorger genau um die quälenden und das Innerste zerwühlenden Gedanken der ihm Anvertrauten wusste, die in Sorgen und Ängsten gefangen waren. Luther ist auch der, der niemals vergessen hat, was ihn selbst in die Theologie hineingetrieben und dort immer wieder, Zeit seines Lebens, zwang, eine Spannung auszuhalten. Diese Spannung hat er als Grundgerüst menschlicher Erfahrung erkannt und ihr schließlich eine Sprache verliehen, die eben darum von einer unvergleichlichen Lebenstauglichkeit und Lebendigkeit ist. Der große Reformator ist auch der, der dafür eine Pointe gefunden hat, die ihresgleichen in der deutschen Geistesgeschichte niemals mehr erreicht hat, indem er formulierte: »Uber das wil ich dir anzeigen eine rechte weise in der Theologia zu studirn … Oratio, Meditatio, Tentatio« (WA 50, 658/29-659/4). Gebet (oratio), intensives und affektives Umgehen mit Gottes zusagendem Wort (meditatio) und schließlich die Anfechtung (tentatio) machen, so Luther, einen Theologen zum Theologen im wissenschaftlichen Diskurs. Nicht fromme Werke. Nicht durch Promotion, Vocatio oder Ordination erworbene Etiketten. Sondern Gebet, Meditation und Anfechtung.

Anfechtung! Anfechtung? Muss denn nicht der Theologe, zumal dann, wenn er professionell Theologie betreibt, ein Ausbund an Sicherheit sein? Einer, der sich durch nichts in Zweifel bringen lässt? Einer, der immer eine Antwort auf alles hat? Dem man in Krisenzeiten das Mikrofon unter die Nase hält, damit wenigstens der uns die uns sinnlos erscheinenden Widerfahrnisse sinnvoll reden kann? Der Sünde, Tod und Teufel und seine Gesellinnen und Gesellen niederpredigt und wegdiskutiert? Und der uns schließlich die schöne, neue Welt verheißt und uns das Paradies auf Erden malt? So einer, sagt Luther, so einer wäre kein rechter Theologe. Denn der hätte vom Kreuz Jesu Christi nichts begriffen. Der hätte nichts begriffen von dem, was Menschen umtreibt. Und was Gott zu dem macht, was er für die Menschen sein will: Retter und Erlöser. Wenn ich alles selbst machen kann, wenn ich mir in den Fitnessstudios der Macht und der Schönheit und der Sicherheit die Muskeln antrainieren kann, mit denen ich alles, wirklich alles im Leben stemmen werde – wozu dann Christus? Wozu überhaupt ein Gott? Wozu ein Gott, der uns Menschen immer wieder entgegenkommt, ja regelrecht hinterherläuft, weil er nicht will, dass wir wie die Lemminge einer nach dem anderen leeren Versprechungen in den Tod hinterherspringen? Wozu? Luther beschreibt Gott als einen, der in Jesus Christus Mensch ist. Der selbst weiß, was es heißt zu zweifeln, zu fragen, Versuchungen ausgesetzt zu sein, auf Unverständnis zu stoßen, gegen Arroganz und Machtgeilheit, gegen Intoleranz und Verbohrtheit, gegen Dummheit und Falschheit, gegen Gleichgültigkeit und Resignation, gegen Lüge und Tod zu kämpfen. Luther beschreibt Gott als einen, der die Menschen so sehr liebt, dass er sie niemals loslässt. Auch und gerade dann nicht, wenn sie gegen ihn rebellieren, wenn sie ihn foltern und ans Kreuz schlagen. Luther beschreibt Gott als einen, der um die Anfechtungen weiß und dem Menschen die Hand reicht, damit der in seinen Anfechtungen nicht verloren ist und nicht untergeht. Die rechte Theologie erkennt und erfährt und lebt genau dies. Die rechte Theologie wird darum eine solche sein, die weder im Chefsessel überheblicher Selbstsicherheit noch im Schaukelstuhl frommer Selbstgenügsamkeit ein Pantoffelchristentum pflegen wird. Und die umgekehrt auch nicht in Panzern aggressiver Besserwisserei alles niederwalzen wird, was sich ihr in den Weg zu stellen wagt. Die rechte Theologie wird, weil sie um die Welt und deren Fragen und Nöte, deren Ängste und Sorgen, deren Trauer und Klage weiß, diese Welt in Politik und Kultur gestalten und den Menschen zum Leben verhelfen wollen. Luthers Lob der Anfechtung verhalf ihm im 16. Jahrhundert und verhilft uns 500 Jahre später dazu, mitten in allem Zerstörerischen und Kaputten, in allem Gewalttätigen und Tötenden, in allem Traurigen und Verzweifelten genau dies wahrzunehmen und es beim Namen nennen zu dürfen – ohne sich ihm ausliefern zu müssen und darin zugrunde zu gehen. Denn die Anfechtung »ist der Prüfestein, die leret dich nicht allein wissen und verstehen, sondern auch erfaren, wie recht, wie warhafftig, wie süsse, wie lieblich, wie mechtig, wie tröstlich Gottes wort sey, weisheit uber alle weisheit« (WA 50, 660, 1B4).

Athina Lexutt ist Professorin am Institut für Evangelische Theologie in Gießen

Lebenslanges Lernen wörtlich nehmen

Ralf Lechner im Gespräch mit Sabine Schmidt-Lauff, Professorin für Erwachsenenbildung an der Universität Chemnitz

Lebenslanges Lernen ist ein Trendbegriff in Politik und Medien. Spiegelt er die gesellschaftliche Realität wider?
Wenn man die quantitative Dimension von Weiterbildung in Deutschland betrachtet, könnte man diesen Eindruck gewinnen: 1,5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse existieren im Weiterbildungsbereich. Und Studien belegen, dass weit mehr als 40 Prozent der Befragten zwischen 19 und 64 Jahren an beruflicher oder allgemeiner Weiterbildung teilnehmen. Dieser Bereich ist somit ein bedeutsamer Teil unserer Bildungsinfrastruktur.

Über mangelnde Wertschätzung kann sich das Thema hierzulande im internationalen Vergleich nicht beklagen.
In der Tat ist »lebenslanges Lernen« nach Auskunft von EU-Bürgerbefragungen für die Deutschen weit wichtiger als im EU-Durchschnitt: 87,9 Prozent der Europäer halten es aus ökonomischen und sozialen Gründen für bedeutsam, bei den Deutschen für sich genommen sind es sogar 95,3 Prozent. Dazu steht das reale Investment in die Infrastruktur »Lebenslangen Lernens« in einem eklatanten Missverhältnis: Hier liegt das deutsche Investitionsvolumen bei 4,3 Prozent des Bruttosozialproduktes – der viertletzte Rang von 27 EU-Ländern. Wir müssen jedoch dringend mehr Investment leisten, wenn wir den mit der Idee des »Lebenslangen Lernens« verbundenen bildungspolitischen Handlungsauftrag ernst nehmen.

Weiterbildung ist ein bedeutsamer Teil unserer Bildungsinfrastruktur.

Wie lautet dieser bildungspolitische Handlungsauftrag?
Erwachsenenbildung so zu gestalten, dass tatsachlich Bildungsgerechtigkeit geschaffen wird. Immer wieder wird in der Forschung darauf verwiesen, dass Weiterbildung nicht per se die Kompensation von Bildungsdefiziten bedeutet, sondern in vielerlei Hinsicht die Fortschreibung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Dann nämlich, wenn zwar die bereits Gebildeten ihre Potenziale weiter entfalten können – jedoch die Menschen, denen notwendige Basiskompetenzen oder unterstützende soziale, berufliche beziehungsweise ökonomische Rahmungen fehlen, außen vor bleiben.

Wo äußert sich das ganz konkret?
Ein besonders eindringliches Beispiel dafür ist der Bereich Alphabetisierung. Laut LEOStudie leben in Deutschland rund acht Millionen erwachsene, so genannte sekundäre Analphabeten. Es fehlt vielerorts an der nötigen flächendeckenden Grundversorgung (finanzielle Grundausstattung; transparente und dauerhafte Angebote; Supportstrukturen), um hier niedrigschwellige und zielgruppenorientierte Angebote zu machen. Diesen Bereich kann man nicht, wie das in der Erwachsenenbildung seit den 1980er-Jahren eine leider insgesamt zu beobachtende Tendenz ist, als Marktpotenzial und somit als Zuständigkeit des Marktes sehen. Hier ist die Politik gefordert. Ebenso in einem weiteren, für die Zukunft unserer Bildungsgesellschaft maßgeblichen Bereich – der Situation der Akteure im Bereich Erwachsenenbildung.
Hier steht die Forderung zur Professionalisierung der Pädagoginnen und Pädagogen im eklatanten Widerspruch zu der zunehmenden Prekarisierung ihrer Arbeitsverhältnisse und Ökonomisierung ihrer Tätigkeitsbereiche.

In Deutschland leben rund acht Millionen erwachsene, sogenannte sekundäre Analphabeten.

Welchen Einfluss hat die Fachdisziplin, um bildungspolitisch etwas zu bewegen?
Aus heutiger Sicht ist der Reformoptimismus etwa zur Gründerzeit der Sektion »Erwachsenenbildung« der DGfE (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) befremdend, aber auch faszinierend: Pädagogik wollte gesellschaftliche Veränderung bewirken – und das in ganz großem infrastrukturellen Stil. Im Vordergrund stand die Vorstellung, dass Weiterbildung ein eigenständiger, staatlich verantworteter und umfangreich finanzierter Bildungsbereich sein solle – Volkshochschulen etwa flächendeckend wie Schulen unterhalten werden, sich professionelle Standards der Verberuflichung durchsetzen. Als in den 1980er-Jahren eine gravierende Trendwende einsetzte und mehr und mehr seitens der Politik gefordert wurde, Weiterbildung dem Markt zu überlassen, hat die Sektion immer wieder engagiert dagegen Stellung bezogen. Dies gilt es fortzuführen – in Form von Forschungsergebnissen und konzeptionellen Ideen. Aber auch in der Suche nach einer angemessenen Rolle von Wissenschaft und akademischer Ausbildung, insbesondere im Bewusstsein, dass die Hochschulen selbst ein zunehmend stärkerer Akteur im Weiterbildungssektor werden und somit aktiv Verantwortung tragen. Ein besonderes Anliegen ist es uns, dass die seit PISA erfolgten Aufbruch-Tendenzen im Bereich frühkindliche Bildung nicht gegen den dringenden Handlungsbedarf im Bereich Erwachsenenbildung ausgespielt werden. Wer den Begriff »Lebenslanges Lernen« wirklich wörtlich nimmt, kann dies auch nicht ernsthaft in Erwägung ziehen.

Frühkindliche Bildung darf nicht gegen Erwachsenenbildung ausgespielt werden.

Sabine Schmidt-Lauff ist Professorin für Erwachsenenbildung und Weiterbildung an der Technischen Universität Chemnitz sowie Vorsitzende der Sektion »Erwachsenenbildung« der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften (DGfE)

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt.
Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

THEATERBURG ROßLAU E.V., SACHSEN-ANHALT

- Gründung: 2005
- Mitarbeiter: 22 Mitwirkende für 2012
- Tätigkeitsfeld: Erarbeitung einer Produktion jährlich zur Aufführung in Roßlau, anschließend in anderen Spielstätten
- Finanzierung: Land, Sponsoring, Eigeneinnahmen zu ungefähr gleichen Teilen
- Homepage: www.theaterburg-rosslau.de

FOTO: THOMAS GRÜNHOLZ

0

Seit sieben Jahren nutzte der theaterBurg Roßlau e.V. die Sommerpause, um für Bürger der Region und Touristen eine Theaterproduktion auf der Wasserburg Roßlau aufzuführen. Zwei Monate lang arbeiteten jedes Jahr Mitglieder und Schauspieler aus der ganzen Bundesrepublik für die Aufführungen zusammen, unterstützt wurden sie durch das Land Sachsen-Anhalt, von Fördervereinen und Sponsoren. Der Erfolg der Veranstaltung wuchs jährlich: Im letzten Jahr besuchten über 1.000 Zuschauer Büchners »Leonce und Lena«.

Neben den zwölf Aufführungen bot der Burgtheatersommer ein Rahmenprogramm mit Ferientag, Matineen und Schülerveranstaltungen. Die Produktionsidee für den Sommer 2012 stand bereits, die Verträge mit den Künstlern waren schon fast unterschrieben – dann lehnte das Kultusministerium Sachsen-Anhalt die öffentliche Förderung kurzfristig ab. Die Künstler und ehrenamtlich Engagierten des Burgtheatersommers sind schockiert, aber auch weitere freie Theaterinitiativen im Bundesland sind betroffen. Bemühungen, das fehlende Drittel für die Finanzierung durch Einsparungen und Sponsoren aufzufüllen, scheiterten. Wenige Wochen vor dem geplanten Beginn wurde die Veranstaltung abgesagt.
Die Akteure des theaterBurg Roßlau e.V. hoffen auf eine Wiederaufnahme des Burgtheatersommers im Jahr 2013. Denn ohne öffentliche Förderung ist die Veranstaltung nicht durchführbar.

ARCHIV DER JUGENDKULTUREN E.V. BERLIN

- Gründung: 1998
- Mitarbeiter: 31 Mitarbeiter, davon 6 projektgebunden angestellt, 25 ehrenamtlich
- Tätigkeitsfeld: Archiv, Projektarbeit, Verlag, Ausstellungen zum Thema Jugend und Jugendkulturen
- Finanzierung: Projektförderung, Spenden, Eigeneinnahmen; keine öffentliche Regelförderung
- Homepage: www.jugendkulturen.de

FOTO: ARCHIV DER JUGENDKULTUREN BERLIN

2

Das Archiv der Jugendkulturen in Berlin ist europaweit die einzige Einrichtung, die sich mit Jugend und Jugendkulturen auseinandersetzt. Ziel des Vereins ist es, Vorurteilen über »die Jugend« differenziert und fundiert zu begegnen. Die frei zugängliche Bibliothek mit mehreren tausend Büchern, Magazinen, Filmen, Presseartikeln und Musik ist das Herzstück der Einrichtung und wird von Interessierten, oft Studierenden, weltweit besucht. Die vom Archiv der Jugendkulturen organisierten Projekte befassen sich mit unterschiedlichen »Szenen« (zum Beispiel Gothics, Emos); temporäre Ausstellungen widmen sich jugendlichen und jugendkulturellen Themen, zum Beispiel Hafterfahrungen junger Menschen (2009).
Trotz wachsenden Erfolgs kämpft der Verein mit Finanzierungsproblemen. Wegen der fehlenden Regelförderung wird die Arbeit durch Unsicherheit und die Unmöglichkeit einer langfristigen Planung erschwert. Ein Problem ist schon die Zahlung der Miete des wachsenden Archivs. Momentan werden deshalb Vorbereitungen zum Verkauf des eigenen Verlags getroffen. Im Jahr 2010 begann das Archiv der Jugendkulturen eine erfolgsversprechende Spendenkampagne zur Gründung einer eigenen Stiftung. Nun hofft die Einrichtung auf weitere Spendenbereitschaft und prominente Unterstützung.

KINO STREIT'S HAMBURG

- Eröffnung: 1956
- Mitarbeiter: 20
- Tätigkeitsfeld : Filme in Originalversion, Premierenkino
- Finanzierung: privat
- Homepage: www.cinestar.de/de/kino/hamburg-streits-filmtheater

FOTO: CINESTAR

1

Kinogänger sprechen vom »unverwechselbaren Flair« des Hamburger Kino Streit's. Auch die Cinestargruppe ist stolz auf das traditionsreiche Filmtheater mit moderner 3D-Anlage, in dem unter anderem Billy Wilders »Irma la Douce« Deutschlandpremiere feierte.
Doch dem Kino droht schon im nächsten Jahr die Schließung, wenn der Mietvertrag des Kinobetreibers ausläuft. Der Besitzer des Gebäudes möchte die Miete erhöhen und an den Einzelhandel anpassen. Cinestar empfindet die Miete unter den jetzigen Umständen als profitabel, eine Erhöhung jedoch als »nicht darstellbar«. Das Unternehmen sucht inzwischen nach Ausweichflächen.
In einer Unterschriftenaktion empörten sich über 3.000 Menschen über die mögliche Schließung des Kinos. Hoffnung auf den Weiterbetrieb des Kinos besteht durch das Übernahmeinteresse des Betreibers des »Passage Kino« in Hamburg, Lochmann. Er möchte das Filmtheater ausbauen und das Konzept ändern. Doch ob sich der Eigentümer angesichts eines in den letzten Jahren abnehmenden Kinomarktes für den Weiterbetrieb des Filmtheaters entscheidet, ist ungewiss.

NORDWESTDEUTSCHE PHILHARMONIE HERFORD, NRW

- Gründung: 1950
- Mitarbeiter: 85, davon 78 Planstellen im Orchester, 5 Verwaltungsmitarbeiter, 2 Techniker
- Tätigkeitsfeld : Konzerte in der Region Ostwestfalen-Lippe und außerhalb, Jugendarbeit, Jugendarbeit mit Konzerten, Opern und Chorbegleitungen, Konzertreihen und Festivals
- Finanzierung: Kommunen, Land , LWL (Landschaftsverband Westfalen-Lippe), Eigeneinnahmen
- Homepage: www.nwd-philharmonie.de

FOTO: JOACHIM GROTHUS

1

Mit Musik trägt die Nordwestdeutsche Philharmonie seit über 60 Jahren zum regionalen Bewusstsein Ostwestfalen-Lippes bei. Das Orchester gibt jährlich über 120 Konzerte. Saisonal finden Festivals statt, es gibt Konzertreihen, Chorbegleitungen und Opernauftritte. Mit öffentlichen Proben, Schulbesuchen, Kinder- und Jugendkonzerten engagiert sich das Orchester außerdem stark für die kulturelle Bildung in den Gemeinden.
Das Orchester lebt zu einem großen Teil von der Unterstützung von Städten und Kreisen der Region, die gemeinsam einen Trägerverband bilden. Doch in den letzten Jahren kam es gehäuft zu Austritten aus diesem Verband. Im März dieses Jahres stand die Philharmonie kurz vor der Insolvenz.
Nach großen Protesten fanden Diskussionen zu neuen Finanzierungsmodellen für die Philharmonie statt. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Städten und Kommunen Westfalen-Lippes ist ein Vorschlag, der neue Trägerschaftsmitglieder, veränderte Zuschüsse und zusätzliche Einnahmen durch Sponsoren vorsieht. Die Vorlage muss bis zum 30.09.2012 von den beteiligten Städten und Kreisen angenommen werden. Stimmt eine Kommune gegen das Papier, ist die Finanzierung des Orchesters nicht mehr gesichert.

Texte: Linda Schwarz

Aus Ehrenamt wurde Bürgerschaftliches Engagement

Enquete-Vorsitzender Michael Bürsch im Porträt

ANDREAS KOLB

Am dritten Juni vor zehn Jahren wurde dem damaligen Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, der 850-seitige Abschlussbericht »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« der Bundestags-Enquete-Kommission ausgehändigt. Vorsitzender der aus elf Abgeordneten aller Fraktionen sowie weiteren elf Sachverständigen aus Wissenschaft und Gesellschaft bestehenden Kommission war Michael Bürsch, Mitglied des Bundestags für den Wahlkreis Plön-Neumünster in Schleswig-Holstein.

Wäre es nach der CDU gegangen, so erinnert sich der SPD-Mann Bürsch, hätte die Kommission »Zukunft des Ehrenamts« geheißen. Mit dem neuen, zwar etwas sperrigen Oberbegriff Bürgerschaftliches Engagement wollte man jedoch einem aufgeklärten Verständnis des freiwilligen Einsatzes für die Gesellschaft Rechnung tragen, wie es etwa Wissenschaftler wie Adalbert Evers, Roland Roth und Thomas Olk entwickelt hatten. Bürschs eigene prägende Begegnung mit seinem Lebensthema Bürgerschaftliches Engagement fand im Rahmen seiner politischen Arbeit statt und datiert aus den 1990er-Jahren: Damals lernte er in Neumünster, seinem späteren Wahlkreis, die Arbeit von »Schüler Helfen Leben« (SHL) kennen, einer Organisation, die als Reaktion auf die Folgen der Jugoslawienkriege entstanden war.

Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten sind schon während der Zeit von Bürschs Jurastudium in Kiel anzusiedeln. Zehn Jahre lang hatte er dort Tätigkeiten in der Regie und der Dramaturgie für die Arbeitsgemeinschaft für Bühne und Publizistik, kurz BüPu, übernommen. Die Faszination Theater war stark: In der BuBu, der Bunten Bude, wie der Kieler Künstler- und Intellektuellentreff damals hieß, konnte man Ende der 60er-Jahre Heinz Rathsack, den späteren Gründer und ersten Direktor der Deutschen Film und Fernsehakademie in Berlin, treffen, außerdem Regisseure wie Niels-Peter Rudolph oder die Schauspielerin Jutta Lampe.

Es war ein aufregendes Leben, das sich dem angehenden Juristen damals auftat, dennoch entschied er sich 1975 für die bürgerliche Laufbahn. Auf die Referendarzeit folgten Tätigkeiten in der Ministerialverwaltung beim Bundespresseamt in Bonn.

»Eine Grundidee, die mich damals umgetrieben hatte, war es, die Juristerei allgemein verständlich zu machen. Das trug Elemente der Demokratisierung in sich. Während meiner Referendarzeit bin ich dann auch politisiert worden und habe mitgeschrieben an kriminalpolitischen Programmen.«

1974 kam der Eintritt in die SPD: Willy Brandts Diktum »Mehr Demokratie wagen«, aber auch politische Leitfiguren wie Egon Bahr und Horst Ehmke, dessen Vorlesungen Bürsch noch an der Universität Freiburg gehört hatte, überzeugten ihn. Es war eine Aufbruchbewegung, mit »viel Geist und Kultur um die Politik herum«, wie sich Bürsch erinnert.

Ab 1979 war Michael Bürsch zunächst vertretungsweise, dann ab 1980 Leiter des Büros des Regierungssprechers Kurt Becker, dem als Nachfolger von Klaus Bölling zwar nicht viel Erfolge beschieden waren, dem der junge Bürsch nach eigenen Worten jedoch »journalistisches Grundverständnis und Präzision des geschriebenen Wortes« verdankt.

Bürsch war gerade Leiter des CvD-Büros geworden, als am 1.Oktober 1982 die berühmte geistig moralische Wende kam und er sich wieder neu orientieren musste. Nach einer Interimszeit machte ihm 1984 Helmut Schmidt das Angebot, als einer von vier Referenten in sein Büro zu kommen. Von 1984 bis 1987 war Bürsch bei Schmidt: »Spannend und sehr lehrreich waren die vielen Auslandsreisen, etwa 1985 die erste Reise eines deutschen Politikers nach Israel mit direktem Übergang nach Ägypten zu Husni Mubarak.« 1988 machte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm Bürsch zum Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und zum Leiter der Landesvertretung.

FOTO: ALEXANDRA HERTEL / CCCD

Dass Staatssekretär ein Job ist, der mit täglicher Kündigungsfrist verbunden ist, musste Bürsch 1993 erfahren, als ihn Heide Simonis aus dem Amt entließ. Im nächsten Jahr kandidierte Bürsch zum ersten Mal im Wahlkreis Plön-Neumünster für den Bundestag, in den er dann 1997 nachrückte. 1998 – 2002 – 2005 gewann er den Wahlkreis jeweils »kommod« mit Direktmandaten.

»Es ist eine Ehre, es ist ein Amt.« So definierte Freiherr von Stein das Ehrenamt im 19. Jahrhundert. Bis in die Ära Kohl hinein wurde dieser Begriff des Ehrenamts hochgehalten. Der Bericht der Kommission stellte neue Begriffe wie Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement, Bürgerbeteiligung oder neue soziale Bewegungen in den Vordergrund.

Rund 200 Empfehlungen schlug die Enquete-Kommission dem Parlament vor, von denen bis heute nach Bürschs Einschätzung etwa die Hälfte umgesetzt worden sind. Darunter so zentrale Dinge wie der Schutz der Engagierten durch Unfall- und Haftpflichtversicherung. Bürsch sieht aber auch kritisch auf das, was noch nicht umgesetzt wurde: »Das größte Bedauern empfinde ich darüber, dass es immer stärker dazu kam, dieses Engagement in Pflicht zu nehmen. Auch dass Stiftungen Aufgaben übernehmen sollen, die der Staat nicht mehr wahrnehmen kann, ist grundfalsch.« Und weiter: »Wir müssen mehr Menschen jenseits des Mittelstandes erreichen, damit sie sich stärker als bisher als Miteigentümer des Gemeinwesens BR Deutschland fühlen. Nur so können wir die Demokratie wieder neu beleben. Dazu könnte man auch eine Enquete-Kommission Demokratie einrichten. Die großen Probleme, vor denen wir stehen, kann man nur im Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft lösen.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Spaziergang durch Eponymia

Nomen est Omen: Vom unvergänglichen Ruhm des Namensgebers

GEORG RUPPELT

Kennen Sie die mit Recht so geschätzte Stadt Eponymia? Was? Die kennen Sie nicht? Dann wird es aber Zeit, dass wir sie uns einmal gemeinsam anschauen. Ich lade Sie zu einem Spaziergang ein. Keine Sorge, die Stadt ist zwar ziemlich groß, doch wir wollen uns auf die Innenbezirke konzentrieren. Nach einem der spannenden Vorträge in der berühmten Akademie (Akademos, griechischer Heros, dem ein Olivenhain gewidmet wurde, den Plato als Diskussionsforum zu einem »Philosophischen Garten« machte) starten wir in Richtung Staatsbibliothek, wo wir in alten Ausgaben von Brockhaus (Friedrich Arnold Brockhaus) und Duden (Konrad Duden) einen sprachlich-historischen Sachverhalt nachschlagen müssen. Viele Amerikaner (Amerigo Vespucci) sind in der Bibliothek zu Gast, wie wir aus dem fröhlichen Sprachgewirr in der Cafeteria heraushören.

FOTO: ARCHIV

Maggi-Werbung 1906, in: G. Ruppelt: Von Adlerknödeln und Maikäfersuppe, 1994

Dann geht es weiter, an einem großen Gesundheitszentrum vorbei, in dem geröntgt (Wilhelm Conrad Röntgen) und mit dem Dopplereffekt (Christian Doppler) untersucht wird, hin zu einem alten Gymnasium. Das beherbergte im 19. Jahrhundert ein Lazarett (Lazarus, Neues Testament, you know?), in dem viele von einem Schrapnell (Henry Shrapnel) Verwundete behandelt wurden. Das schöne Eponymia war zu vielen Zeiten eine heiß umkämpfte Stadt.

Das Gymnasium ist übrigens seit Jahrhunderten berühmt für seinen naturwissenschaftlichen Unterricht. Hier lernt man alles über Celsius (Anders Celsius), Fahrenheit (Gabriel Daniel Fahrenheit), Geigerzähler (Hans Geiger), Hertz (Heinrich Hertz) – nicht zu verwechseln mit Hartz IV (Peter Hartz) – Volt (Alessandro Volta) und Watt (James Watt). Vom Gymnasium aus geht es weiter um eine Lifaßsäule (Ernst Litfaß) herum in eine der Fußgängerzonen. Groß ist hier die lukullische (Lucius Lucinius Lucullus) Auswahl. Zunächst gibt es ein Carpaccio (Vittore Carpaccio, venezianischer Maler, 16. Jahrhundert) und einen Caesar Salade (Cesare Cardini, italienischer Gastronom), den wir mit etwas Maggi (Julius Maggi) würzen.

Dann haben wir aber Appetit auf Deftiges, nämlich zunächst auf Fisch, und widmen uns daher den Bismarckheringen und den Schillerlocken. Nun noch ein Sandwich (John Montagu, Fourth Earl of Sandwich) und dann geht es natürlich an die leckeren süßen Sachen: Sachertorte (Franz Sacher), Mozartkugeln, Leibniz-Kekse und noch-mals Schillerlocken, nun vom guten Bäckermeister gefertigt. Nikotin (Jean Nicot) boykottieren (Charles Cunningham Boycott) wir. Stattdessen schauen wir auf zu einer Mansarde (François Mansart), deren Fenster einen Blick auf einen schönen Gobelin (Gilles Gobelin) erlaubt.

Der Stadtpark macht seinem Namen alle Ehre mit seinem Blumenschmuck aus Fuchsien (Leonhard Fuchs – nein, nicht Max), Magnolien (Pierre Magnol) und Dahlien (Andreas Dahl).

Wer diese mutwillig zerstört, wird bestraft, auch wenn er nicht in Panik geraten muss (Pan, griechischer Hirtengott, von dem es hieß, er könne durch einen lauten Schrei ganze Herden zu plötzlicher Massenflucht aufjagen). Wie wir alle wissen, gibt es Lynch-Justiz (Charles Lynch) bei uns nicht. Weiter geht es hinaus aus der Stadt. Von einem auf einem Hügel gelegenen Schrebergarten aus (Moritz Schreber) mit Nordmann-Tannen (Alexander von Nordmann) schauen wir auf die Silhouette Eponymias (Ètienne de Silhouette, sparsamer französischer Finanzminister im 18. Jahrhundert, der sein Schloss statt mit teuren Ölgemälden lieber mit Scherenschnitten schmückte) und beenden damit unseren Spaziergang voller Eponyme (Gattungsbezeichnung, die auf einen Orts- oder Personennamen zurückgeht).

Und wir haben bei diesem Spaziergang wieder einmal gelernt, dass manches, was sich bedeutungsvoll aufbläht, weniger ist, als es scheint. Manches aber, was auf den ersten Blick ganz einfach und unscheinbar daherkommt, ist mehr, als es zu sein scheint.

Georg Ruppelt ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover

Kulturmensch Matthias Lilienthal

Das Berliner Stadtmagazin TIP adelte Matthias Lilienthal jüngst mit dem Satz »Er ist für das Theater, was Apple für die IT-Branche und die Sex Pistols für die Musik waren: die Revolution, die alles ändert.« Dieser Revolutionär verlässt nun nach neun Jahren das »HAU«, als dessen Intendant er das Theaterkombinat der anderen Art in Berlin-Kreuzberg zu einem Kulturhighlight machte, das weit über die Grenzen Berlins und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus strahlt. Vor seiner Intendantenzeit im »HAU« war der gebürtige Neuköllner Chefdramaturg und stellvertretender Intendant unter Frank Castorf an der Berliner Volksbühne. In wenigen Monaten verlässt der 52-Jährige Berlin Richtung Beirut, um an dem dortigen Ashkal Alwan Institut für bildende Kunst Studenten zu unterrichten. Wir sagen Danke für inspirierende neun Jahre.

FOTO: BARBARA BRAUN / WWW.DRAMA-BERLIN.DE

Politik & Kultur

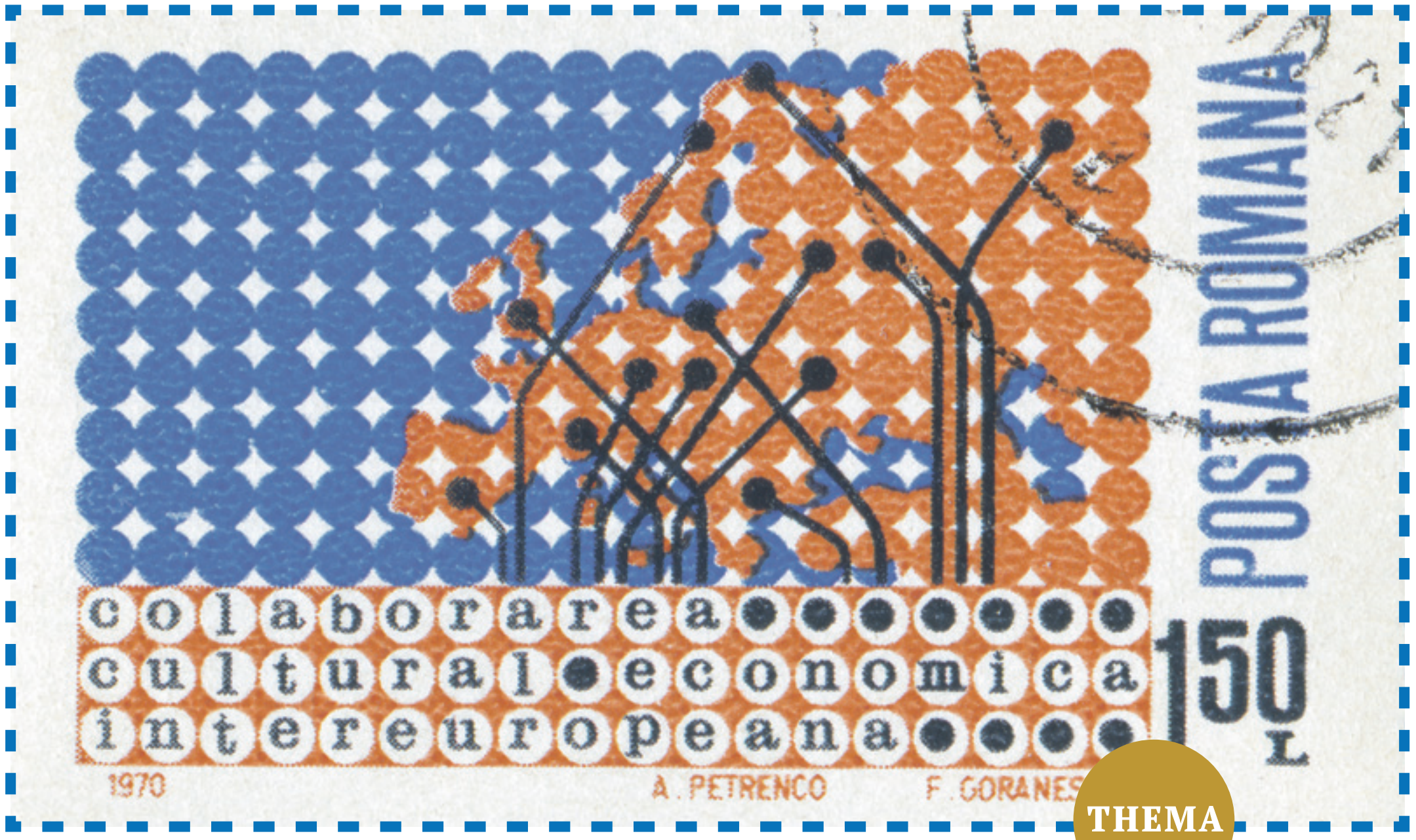


FOTO: Сергей Нежинский / DEPOSITPHOTOS.COM

»Kulturelle, wirtschaftliche und innereuropäische Zusammenarbeit«, italienische Briefmarke, 1970

THEMA

Lebendige, bürgernahe Union der Kulturen

Das Förderprogramm »Kreatives Europa« der Europäischen Kommission

BERND NEUMANN

Am 23. November 2011 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für das neue Förderprogramm »Kreatives Europa« vorgelegt. Dieser sieht für den EU-Haushalt 2014 bis 2020 eine Bündelung der bisherigen EU-Programme Media und Kultur mit drei Säulen vor: erstens Kultur, zweitens Media und drittens als neues Element einen Bürgschaftsfonds, der Kredite an die Kultur- und Kreativwirtschaft absichert. Dieser soll, so die Europäische Kommission, mit 211 Millionen Euro unterlegt werden.

Am 10. Mai 2012 haben die EU-Kultur- und Medienminister in Brüssel nun über »Kreatives Europa« ausführlich beraten und eine erste Einigung erzielt. Als Delegationsleiter habe ich unsere deutschen Forderungen mit Nachdruck vertreten und trotz erzielter erheblicher Verbesserungen des Programms weiterhin einen generellen Vorbehalt aufrechterhalten – ebenso wie Österreich, Großbritannien und die Europäische Kommission.

Wenngleich die von mir Anfang des Jahres um eine Einschätzung gebetenen Akteure aus Medien, Film und Kulturwirtschaft den Kommissionsentwurf aus deutscher Sicht überwiegend positiv bewertet haben, gab es doch auch berechtigte deutliche Kritik aus kulturpolitischer Perspektive. Gestärkt durch den Rückhalt der deutschen Kulturschaffenden sowie eine klare Positionierung des Bundesrates, ein fraktionsübergreifend einhelliges Votum des Kulturausschusses im Bundestag und Einigkeit in der Bundesregierung habe ich daher zahlreiche Änderungen am Entwurf der Europäischen Kommission gefordert. Im Kompromissvorschlag der dänischen EU-Ratspräsidentschaft, den nun das Europäische Parlament berät, sind viele unserer Änderungsvorschläge bereits verankert, nämlich:

- Der ideelle Wert und die Doppelnatur von Kulturgütern treten nun stärker hervor. Ebenso haben wir die kulturelle Bildung für die junge Generation und neue, bislang unterrepräsentierte Zielgruppen verankert. Denn so sehr die Kreativwirtschaft zu fördern ist, so wenig darf sie den Wert von Kultur als Selbstzweck verdrängen. Viele Akteure und nicht zuletzt der Deutsche Kulturrat, aber auch der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung hatten in der Programmausgestaltung eine Tendenz zur »Ökonomisierung der Kultur« ausgemacht und solch einen Paradigmenwechsel zu Recht als heikel bewertet.
- Die Mitspracherechte der Mitgliedstaaten konnten wir klar stärken: Im Programmausschuss haben diese nun mehr Prüf- und nicht nur Beratungskompetenzen erhalten. Die Ausgestaltung der Beratungsstellen liegt jetzt in der Hand der Mitgliedstaaten. Vorgabe ist lediglich, dass eine zentrale koordinierende Anlaufstelle für »Kreatives Europa« eine Bündelung der Beratung und finanziellen Abwicklung sicherstellt. Dahinter können weiterhin dezentrale Beratungsstellen bestehen.
- Die Programmevaluierung verweist jetzt auch auf qualitative Kriterien. Vorher gab es nur quantitative, sprich nur die größte Anzahl von Zuschauern und Mitwirkenden sollte Messlatte des Erfolgs sein. Damit wäre die Tendenz zur reinen Nachfrage- und Marktorientierung wieder vorprogrammiert.

Noch nicht durchgesetzt wurden vier deutsche Forderungen, die ich gegenüber der EU-Kommission am 10. Mai 2012 in Brüssel deutlich artikuliert habe:

- Bei der Evaluierung möchten wir die qualitativen Kriterien noch stärker ausformulieren. Diese sollen messbar sein. Mein Haus hat dafür präzise Vorschläge ausgearbeitet und abgestimmt, die sich an den Kriterien kultureller Vielfalt der UNESCO anlehnen. Die Kriterien sollen ein möglichst breites Spektrum unterschiedlichster Projekte abdecken, da so erst der ganze Reichtum des europäischen Kulturraums erfasst ist. Es wäre kurzsichtig, Kulturförderung aus Steuergeldern nur an der Spitze der Pyramide anzusetzen.
- Weiterhin halten wir es für wichtig, dass in der Fördersäule Kultur ausschließlich Non-Profit-Projekte gefördert werden. So ist es auch im laufenden Programm. Der Entwurf für »Kreatives Europa« hingegen lässt auch gewinnerzielende Projekte zu, im Text heißt es bisher, dass »überwiegend« Non-Profit-Projekte gefördert werden sollen. Die Gefahr der Kommerzialisierung bleibt damit bestehen.
- Schließlich habe ich die Festschreibung von finanziellen Mindestanteilen für die jeweiligen Programmsäulen gefordert, nämlich 55 Prozent Media und 30 Prozent Kultur. Mit dieser Budgetierung wäre die Fortschreibung des finanziellen Status quo gesichert. Dies ist vor allem für die Kultur wichtig, damit es nicht doch irgendwann zu einer heimlichen Reduzierung kommt. Die als Aufwuchs geplanten 15 Prozent für den Garantiefonds Kulturwirtschaft bleiben vorerst bei den Beratungen ausgeklammert. Sie hängen von den allgemeinen europäischen Haushaltsverhandlungen über eine Erhöhung des EU-Gesamtetats ab.
- Für den Bundesrat unterstrich mein bayerischer Kollege Dr. Wolfgang Heubisch, Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die grundsätzlichen Bedenken Deutschlands gegen die vorgesehene Rechtsform einer Verordnung für das neue Förderprogramm. Mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip und das Harmonisierungsverbot im Kulturbereich plädierte Staatsminister Heubisch weiterhin wie bisher für den Beschluss als geeignete Rechtsform.

Die Zwischenbilanz zu »Kreatives Europa« ist aus Sicht der Bundesregierung überwiegend positiv:

1. Es ist gelungen, den Kommissionsentwurf an etlichen Stellschrauben deutlich nachzujustieren. Nunmehr setze ich nicht zuletzt darauf, dass im Europäischen Parlament die erzielten Verbesserungen nicht nur bekräftigt, sondern auch die im Ministerrat noch kontrovers gebliebenen Forderungen in unserem Sinne durchgesetzt werden können. Durch den deutschen Vorbehalt im EU-Ministerrat haben wir insoweit alles offen gehalten und die Staffel an die EU-Abgeordneten weitergereicht. Unter zypriotischer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2012 wird aber auch im Kreise der EU-Kultur- und Medienminister weiterberaten – vor allem am 22. November 2012 in Brüssel. Ich werde alle Chancen nutzen, um als deutscher Delegationsleiter unsere Interessen weiterhin wahrzunehmen.
2. Erfreulicherweise gibt es seit Monaten eine breite öffentliche Debatte über »Kreatives Europa«. Wir haben die Debatte aus den Brüsseler Sitzungssälen in die Foren der Zivilgesellschaft hineingetragen. Und wir haben – dazu war immerhin ein gemeinsames Schreiben meiner österreichischen Amtskollegin Frau Ministerin Claudia Schmied und mir an den dänischen EU-Ratsvorsitz vonnöten – diese offene Debatte wieder zurück nach Brüssel in den EU-Kultur- und Medienministerrat getragen. Um die Position der Bundesregierung festzulegen, hatte der BKM Kulturverbände und Institutionen um ihre Einschätzung gebeten und – wie eingangs erwähnt – sehr viele hilfreiche Stellungnahmen erhalten, die in die Verhandlungen eingeflossen sind. Expertinnen und Experten, darunter auch der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann, haben im Bundestag und im Europäischen Parlament die Debatte befruchtet. Sämtliche Fraktionen im Bundestag ebenso wie der Bundesrat haben sich deutlich und mit großer Übereinstimmung positioniert, auch innerhalb der Bundesregierung herrscht insoweit Einigkeit.
3. Dass es diese Diskussion überhaupt geben konnte, ist ein großer, keineswegs selbstverständlicher Erfolg. Blicken wir zurück: Als ich im Februar 2011 die zuständige Kommissarin für Kultur und Bildung, Androulla Vassiliou, am Rande der Berlinale traf, gab es Gerüchte um die drohende Abschaffung des bisherigen EU-Kultur- und Mediaprogramms. Ein Jahr danach, bei unserem jüngsten Gespräch im Februar 2012 im Bundeskanzleramt, tauschten Frau Kommissarin Vassiliou und ich uns nicht mehr über das »Ob«, sondern nur noch über das »Wie« des künftigen Programms aus. Uns gelang die Wende von der Defensive in die Offensive.
4. Dieser Erfolg ist keineswegs ein Selbstläufer, gerade angesichts der aktuellen dramatischen Sparzwänge, denen die EU-Mitgliedstaaten und mit ihnen die Europäische Union unterliegen. In einem Schreiben an den Präsidenten der Europäischen

Fortsetzung auf Seite 12 ►

THEMA

Kontinuität und Wandel

Das europäische Kulturprogramm

BARBARA GESSLER

Seit die Europäische Kommission ihren Vorschlag »Kreatives Europa 2014-2020« vorgelegt hat, sind offizielle und inoffizielle Beratungen über das Thema in vollem Gang. Die Dänische Präsidentschaft hat sich des Vorschlags in ihrer Sitzung vom Mai mit einem teilweisen Kompromissvorschlag angenommen und das Europäische Parlament eine erste Anhörung mit Experten organisiert, zu der auch der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats als einziger Vertreter der Kulturbranche geladen war. Die deutschen Europaabgeordneten im Kultur- und Bildungsbereich spielen eine besonders große Rolle, auch deswegen richten sich viele Augen auf die Rezeption und Diskussion des Vorschlags in Deutschland. Sie sollte auf möglichst objektiven Grundlagen basieren, wozu ein Blick auf das aktuelle Programm »Programm 2007« hilfreich sein kann.

Eine umfangreiche Bestandsaufnahme hat die Zwischenevaluierung des Programms aus dem Jahr 2010 ergeben. Die Vorschläge, die sich aus dieser Halbzeitbilanz ergeben, sind direkt in die Formulierung des neuen Programms eingeflossen. Ganz oben auf der Liste der Elemente, die diesem und auch den Vorgängerprogrammen fehlen, steht die Notwendigkeit, seinen »Impact«, also seine Wirkung auf Mitwirkende und Teilnehmer (also die Kulturschaffenden), Zuschauer, Politik, Verwaltung usw. überhaupt erfass- und erfahrbar zu machen, insbesondere in Zeiten, in denen Kulturförderung auf nationaler Ebene häufig unter Rechtfertigungsdruck steht. Während der Zusammenhang mit den Zielen der europäischen Einigung im Kulturbereich, also etwa die grenzüberschreitende Mobilität der Kreativen und ihrer Werke, oder aber auch die sinn- und identitätsstiftende Natur der Projekte im Sinne des Interkulturellen Dialogs schon fast zwangsläufig zu ihren (Neben-)effekten gehören, mahnt die Untersuchung eine stärkere Fokussierung an. Der bisherige Erfolg des Programms und dessen, was die teilnehmenden Länder, übrigens ja weit mehr als die EU-Mitglieder und demnächst auch die Nachbarstaaten der Mittelmeerregion, an ihm schätzen, spiegelt sich in der Verhandlung um das Programm wider. Während also Spanien etwa die explizite Verbindung mit der Europa 2020 Strategie begrüßt, lehnen andere Staaten wie Belgien, Frankreich oder Schweden diesen Link zumindest für das Einzelprojekt eher ab. Gerade in Staaten wie Deutschland, aber auch in Österreich, wo die Grundlagen der Kulturförderung weit weniger erschüttert werden, wird besonders auf die Möglichkeiten zur Förderung auch und gerade kleiner Projekte und solcher, die tendenziell von Natur ohne eine realistische Chance auf Amortisierung oder gar Gewinn sind, geachtet. Insbesondere in Großbritannien, den Niederlanden und Spanien wird diese Reserve jedoch durchaus skeptisch gesehen. Die ureigene Bedeutung der Kultur anzuerkennen, wiederum, und sie nicht nur als Mittel für einen anderen, nämlich ökonomischen, Zweck zu betrachten,

Die gesamte Bandbreite des aktuellen Kulturschaffens in Europa abbilden

wünschen sich viele Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission teilt dieses Bedürfnis.

Entgegen bisweilen dargebrachter Vermutungen bildet Kultur 2007 bereits heute die gesamte Bandbreite des aktuellen Kulturschaffens in Europa ab. Weder gibt es derzeit einen ausgeprägten Überhang an Projekten aus dem Bereich der darstellenden Künste, noch kann man sagen, dass nur das zeitgenössische Schaffen gefördert wird. In den vergangen Jahren wurde zu einem ähnlichen Anteil auch die Bewahrung des kulturellen Erbes unterstützt. Auch in der Kategorisierung der Akteure, die eine Förderung erhalten, sind die gut etablierten und mit großem Renommee ausgestatteten Institutionen nicht zwangsläufig die Nutznießer des Programms, im Gegenteil und zur Überraschung vieler sind kleine und nicht-staatliche Organisationen durchaus prozentual gut vertreten. Dabei wird in der Evaluierung der einzelnen Projekte in der Auswahlphase eben nicht nur auf die Nachhaltigkeit eines Projekts geachtet, sondern Innovation und Kreativität als mindestens ebenso wichtig erachtet. Die Tatsache also, dass sich auch Organisationen ohne großes Back-Office erfolgreich um eine Förderung bemühen können, zeugt von Transparenz und Chancengleichheit, allerdings bleibt zu hoffen, dass im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen in vielen Mitgliedstaaten die stabilen Akteure die entsprechende Gegenfinanzierung nicht verlieren. Die kulturelle Vielfalt, die es zu erhalten gilt, findet hierin ihren Ausdruck und das soll auch so bleiben.

Die Positionen, die sich in den vergangenen Förderperioden in den Projekten widerspiegeln, haben auch einen Einfluss auf die Diskussion um das neue Programm. Während in manchen Staaten nach wie vor großer Wert auf die gebührende Berücksichtigung der Förderung des kulturellen Erbes gelegt wird, kann man die Folgen der Wirtschaftskrise in anderen Staaten wie Spanien oder Portugal, oder auch radikale Spar- und Kürzungsauflagen in den Niederlanden, Großbritannien und in Mittel- und Osteuropa bereits jetzt an den Projektvorschlägen ablesen. Daher ist es wichtig, zu betonen, dass das Europäische Förderprogramm nationale Finanzlöcher schon aufgrund seines Umfangs nicht stopfen kann, auch wenn der vorgelegte Finanzrahmen für die kommenden sieben Jahre eine Erhöhung um 37 Prozent vorsieht, was übrigens von der Mehrheit der Mitgliedstaaten (oder muss man sagen: ihrer Kulturminister) als durchaus erfreulich begrüßt wird. Die stärkere Orientierung auf einige wesentliche Ziele und die damit einhergehende Abschaffung einiger Aktionen entspricht auch der Realität in den bisher geförderten Projekten. So nimmt in einem beträchtlichen Teil der Vorschläge die audiovisuelle Dimension eine größer werdende Rolle ein. Die erst im vergangenen Jahr eingeführte Festivalausschreibung ist Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden, auch wenn, entgegen einigen Unkenrufen, es in der konkreten Umsetzung gelungen ist, kleinere und innovative Festivals zu unterstützen. Die hohe Sichtbarkeit größerer Festivals wiederum hat manches Mal, trotz des prozentual geringen Anteils der europäischen Fördersumme am Gesamtbudget, wiederum auch einen positiven Widerhall gefunden. Die Förderung von Projekten mit einzelnen vorher ausgewählten Drittstaaten soll nun der Kooperation mit einem weiter gefassten Kreis von Nachbarstaaten Platz machen und auch dieser Vorschlag ist direkt aus der aktuellen Praxis zu begründen und wird ein Appell an konkrete Solidarität bedeuten. Eine kritische Masse trotz wirklich guter Projekten konnte mit den jährlichen Schwerpunkten nicht erreicht werden, auch wenn die internationale Dimension vieler Projekte schon heute kulturelle Realität ist. Die Bedeutung der Arbeit von Netzwerken wiederum, die im Grunde in jedem Kooperationsprojekt angelegt sind, wird anerkannt und soll bewusst gefördert werden. Dass die große Anzahl der Kooperationsprojekte, die das eigentliche Kernstück des jetzigen und auch des kommenden Kulturprogramms stellen werden, einerseits immer bessere und qualitativ hochstehende Bewerbungen bekommen, insbesondere im mehrjährigen Bereich, sollte hervorgehoben werden. Bei Projekten mit kürzerer Dauer und weniger Kooperationspartnern ist diese Tendenz jedoch derzeit nicht durchgängig zu beobachten, hier überwiegt manchmal ein leicht willkürlich anmutendes Antragsprofil, was vielleicht auch auf Finanznot zu erklären ist. Eine stärkere Straffung dessen, was mit diesen Projekten eigentlich gewollt wird und dass es wesentlich nicht darauf ankommt, das zu realisieren, was man sowieso vorhatte und keine echte dauerhafte Partnerschaft einzugehen, ist wünschenswert, auch für die Akteure selbst, die den echten Mehrwert einer solchen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erst dann erfahren werden. Ein weiteres wichtiges Anliegen stellen heute und morgen literarische Übersetzungen dar, wobei auch die Verbreitung dieser Übersetzungen und dies insbesondere mit Blick auf die Förderung der Kenntnis derjenigen Literaturen, die wir eben noch nicht so kennen, namentlich aus den Ländern, die zuletzt der EU beigetreten sind, besonders zu fördern sein wird. Der Erfolg dieses Aktionsbereichs stellt ganz besonders auch kleinere Antragsteller, die ja im europäischen Literaturbereich einen wichtigen Anteil haben, in den Mittelpunkt und dem soll auch in der Zukunft Rechnung getragen werden.

Dass bei allen Projekten ein besonderes Interesse der Entwicklung neuer und anderer Zuschauer-, Zuhörer- oder anderer Zielgruppen gelten soll, erschließt sich ebenfalls aus den aktuellen Projekten, wo die meisten Träger schon heute eine Ahnung davon haben, dass die Ansprache der Menschen verschiedener Generationen und solcher, die auch aus dem nicht schon traditionell Kultur rezipierenden Milieu kommen, verstärkt werden muss. Viele gute Projekte sind hier bereits auf dem Weg und das wird im neuen Programm besonders honoriert werden. Alles in allem also können Kulturschaffende in ganz Europa auf einen erfolgreichen Abschluss für das neue Programm Kreatives Europa hoffen.

FOTO: BORISLAV MARINIC / DESPOSITPHOTOS.COM

Italienische Briefmarke aus dem Jahr der Römischen Verträge, 1957

Barbara Gessler ist Referatsleiterin Kultur bei der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur

FOTO: NEFTALI77 / DESPOSITPHOTOS.COM

Wahlen zum Europäischen Parlament, französische Briefmarke, 1994

Fortsetzung von Seite 11

Kommission, José Manuel Barroso, habe ich mich frühzeitig für eine Zukunft der europäischen Kultur- und Filmförderung stark gemacht. Dies geschah gemeinsam mit meinem früheren Amtskollegen, dem französischen Minister für Kultur und Kommunikation, Frédéric Mitterrand, und dem polnischen Minister für Kultur und Nationales Erbe, Bogdan Zdrojewski. Viele andere Kulturminister haben sich dem angeschlossen. Außerordentlich bedeutsam war und ist weiterhin der Einsatz des Ausschusses für Kultur und Medien im Europäischen Parlament unter dem Vorsitz von MdEP Dr. Doris Pack. Das Europäische Parlament gestaltet nun erfreulicherweise europäische Kultur- und Filmpolitik mit. Es ist nun am Zuge und wird – dessen bin ich mir sicher – den Text weiter verbessern.

Ein lebendiges, bürgernahes und konkretes Europa – das ist ein Europa der Kulturen. Fördern wir also aus europäischen Geldern die Grenzgänger zwischen Staaten und Kulturen, Sprachen und künstlerischen Genres. Sie verkörpern die Kraft der Kultur und des Geistes. Gerade sie brauchen wir, wenn wir Krisen überwinden wollen. Gerade sie brauchen wir, wenn unsere europäische Bürgergesellschaft innovativ und kreativ bleiben will. Und das ist für mich Sinn und Ziel eines Förderprogramms »Kreatives Europa«.

Bernd Neumann, MdB, ist Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

FOTOS: HIRSCH: PRIVAT / BISKY: EUROPÄISCHES PARLAMENT / TRÜPEL: JOCHEN STOSS / PACK: PRIVAT / KAMMEREVERT: PETRA KAMMEREVERT

Nadja Hirsch, MdEP, Mitglied Ausschuss Kultur und Bildung, Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

Lothar Bisky, MdEP, Stellv. Vorsitzender Ausschuss Kultur und Bildung, Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Helga Trüpel, MdEP, Stellv. Vorsitzende Ausschuss Kultur und Bildung, Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz

Doris Pack, MdEP, Vorsitzende Ausschuss Kultur und Bildung, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Petra Kammerevert, MdEP, Mitglied Ausschuss Kultur und Bildung, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im EU-Parlament

Meinungsbilder

Ambitionierte Ziele

NADJA HIRSCH

Die Europäische Kommission hat sich mit der Europa 2020 Strategie ambitionierte Ziele gesteckt. Sie ist zur Leitlinie bei der Neuausrichtung vieler EU-Programme geworden, die 2013 auslaufen – darunter auch die Programme Kultur und Media. Als Wachstumsstrategie zielt sie unter anderem darauf ab, Beschäftigung in der EU zu sichern und zu erhöhen. Das wird auch im neuen Programm »Kreatives Europa« deutlich. Dennoch ist die Befürchtung übertrieben, dass die Kultur zum reinen Profitfaktor degradiert würde und ihr Selbstzweck verloren ginge.

Auch wenn die bisher separaten Programme Kultur und Media unter ein gemeinsames Dach gebracht werden sollen, so bleiben sie weiterhin unter getrennten Kapiteln, das heißt sie werden nicht verschmolzen. Eine dritte Säule soll themenübergreifend wirken. Ein Garantiefonds für die gesamte Kultur- und Kreativbranche soll deren finanzielle Kapazität stärken. Direkte Unterstützungen werden dadurch ergänzt, nicht ersetzt. Sicherlich liegt es hier auch an uns Europaabgeordneten zu gewährleisten, dass die Trennlinie zwischen Kultur und Media weiterhin existiert, indem kompetente Ansprechpartner für Antragsteller beider Bereiche zur Verfügung stehen, planbare Budgets für beide Seiten geschaffen werden und Projekte der Kultur- und Kreativwirtschaft nicht denselben Kriterien unterworfen werden.

Zunächst gilt es allerdings sicherzustellen, dass es tatsächlich auch ein Budget gibt, das verteilt werden kann. Im Europäischen Parlament setzen wir uns fraktionsübergreifend für eine Aufstockung des Budgets, gerade in den Bereichen Kultur und Bildung, ein. Im Vergleich zu anderen Bereichen ist (und bleibt) deren Budget verschwindend gering. Hier sind allerdings vor allem die Mitgliedstaaten gefordert, ein angemessenes Budget für diese Bereiche und Programme mitzutragen, da sie über den mehrjährigen Finanzrahmen entscheiden werden.

Auch wenn die beiden Programme getrennt bleiben, besteht doch ein unverkennbarer Zusammenhang zwischen Kultur und Medien. Medien tragen einen erheblichen Teil zum Erhalt, zur Weiterverbreitung und selbst der Schaffung von Kultur bei. Der Kultur- und der Kreativsektor sind Wachstumssektoren, in denen Arbeitsplätze entstehen. Gerade im digitalen Zeitalter entwickeln sich neue Wege, auf kulturelle Güter zuzugreifen, aber auch um kreative Werke zu kommerzialisieren. Programme mögen wir auseinander dividieren können, nicht aber die Realität.

Marktkonzentration

LOTHAR BISKY

Im November 2011 übermittelte die Kommission die Verordnung für das neue »Creative Europe 2014-2020«-Programm an das Europäische Parlament und somit direkt in den Kulturausschuss hinein. Das wesentlichste Merkmal dieser Verordnung ist die Zusammenlegung des Kulturprogramms mit dem Media- und Media Mundus-Programm.

Ihren Ursprung finden diese Programme in unterschiedlichen Ausgangslagen. Durch die Ausweitung der Kompetenz der EU auf den Bereich Kultur im Vertrag von Maastricht 1992, wurde die erste Kultur-Programmgeneration geschaffen: Kaleidoskope, Raphael und Ariane. Diese hatten das klare Ziel, die europäische Integration zu fördern und darüber hinaus bei der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit mitzuwirken.

Nun werden diese beiden Bereiche, Kultur und Media, auf der Grundlage einer Kultur- und Kreativindustie zusammengelegt, das heißt ein nichterwerblicher Bereich wird mit einem kommerziellen Industriebereich verknüpft. Den damit verbundenen Herausforderungen wird die Verordnung nicht gerecht, da sie vor allem auf den kommerziellen Bereich fokussiert wurde.

Das angestrebte Finanzinstrument, welches eine Garantiefunktion besitzt, ist begrüßenswert, vor allem vor dem Hintergrund, dass der überwiegende Anteil in diesem Bereich aus Mikro- und Kleinunternehmern besteht. Da jedoch die Kulturindustrie mit erheblichen Risiken verbunden wird, besteht die Möglichkeit, dass das Finanzinstrument langfristig zu mehr Marktkonzentration führen könnte.

Eine weitere Priorität des neuen Programmvorschlages ist das sogenannte »audience building«. Die Hauptargumentation liegt in einer neuen nachfrageorientierten Politik, was gänzlich die unvorhersehbare Nachfrage nach Kulturgütern ausblendet und auch grundlegende Probleme des Zugangs zu, der Beteiligung an und den Ausschluss von Kultur unberücksichtigt lässt.

Ziel des neuen Programms sollte nicht die Steigerung von Marktanteilen sein, sondern die Schaffung und Unterstützung einer Integrations- und Identifikationsfunktion von Kultur, sowie die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, unter anderem auch um die Menschen für den europäischen Film in seiner Vielfältigkeit zu sensibilisieren. Wobei im Brechtschen Sinne von einem Programm gesprochen werden muss, welches nicht nur als Distributionsapparat fungiert, sondern auch einen Kommunikationsappartat darstellt.

Erwartungen

HELGA TRÜPEL

Ich begrüße das Anliegen der Europäischen Kommission, mit dem vorgeschlagenen Programm »Kreatives Europa« die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu bewahren und zu fördern, sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativbranche zu stärken.

Wenn der neue Titel »Kreatives Europa« bleiben soll, muss sichergestellt sein, dass die beiden Programme Kultur und Media trotzdem voll sichtbar bleiben und die nationalen Agenturen für die Programmberatung nicht zusammengelegt werden. Mit dem neuen Programm muss die Symbolkraft und die weltweite Bekanntheit und die Akzeptanz des Media Programms erhalten bleiben.

Das Kulturprogramm läuft Gefahr, ausschließlich auf die Kulturwirtschaft reduziert zu werden. Dabei wird der Doppelcharakter von Kultur als Ware und als Träger von Werten und Identitäten, der in der UNESCO-Konvention festgeschrieben ist, vernachlässigt. Ziel der Kommission muss es sein, diesem Doppelcharakter zu entsprechen. Die Aktionsbereiche der Kultur sollten sich nicht nur an der ökonomischen Zweckmäßigkeit von Kultur, sondern vielmehr an ihrem europäischen Mehrwert orientieren. EU-Kommissionspräsident Barroso hat es vor einiger Zeit auf den Punkt gebracht: »You will not fall in love with the internal market.« Identifikation mit der Europäischen Union braucht mehr als den Binnenmarkt.

Auch die neuen Finanzierungsinstrumente des Programms »Kreatives Europa« lassen einige Fragen offen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass europäische Netzwerke, die maßgeblich an der Schaffung einer europäischen Identität beteiligt sind, auch weiterhin finanziell unterstützt werden.

Um die kleinteiligen Strukturen von Kleinstunternehmen beziehungsweise Solo-Selbstständigen bei der Finanzierung nicht zu vernachlässigen, müssen die Mikrounternehmen in der offiziellen Definition der »Kleinen und mittleren Unternehmen« (KMU) eindeutiger bezeichnet werden. Die geplante Erhöhung der Mittel für die jeweiligen Programme ist zu begrüßen, aber noch nicht gesichert.

Die europäische Kultur- und Kreativbranche soll ein Budget von 1,8 Milliarden Euro für den genannten Zeitraum erhalten, was eine 37-prozentige Erhöhung des derzeitigen Ausgabenniveaus bedeutet. Ich warne jedoch vor zu großen Erwartungen. Nach den letzten Haushaltverhandlungen für das Jahr 2012 sehe ich einer Budgeterhöhung von Seiten des Rates sehr pessimistisch entgegen.

Ökonomisierung

DORIS PACK

Ein zentraler Kritikpunkt vieler Beobachter am Programmvorschlag »Kreatives Europa« ist die vermeintliche Ökonomisierung der Kulturpolitik; teilweise wird gar von einem Paradigmenwechsel gesprochen. Nach meiner Überzeugung war es richtig, seit einigen Jahren verstärkt darauf hinzuweisen, dass die Kulturbranche ein relevanter Wirtschaftsfaktor geworden ist. Es ist kein Grund zur Schande, dass der Kultur- und Kreativsektor zunehmend zum Bruttosozialprodukt europäischer Volkswirtschaften beiträgt und Arbeitsplätze schafft. Die Wachstumsraten sind in den letzten Jahren deutlich höher als die anderer Wirtschaftszweige. Gerade in der politischen Debatte ist es häufig angezeigt, auf diese Tatsachen hinzuweisen. Denn (leider) sind viele Entscheidungsträger vornehmlich durch derlei Argumente von der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zu überzeugen.

Einer überbordenden Ökonomisierung der Kultur, ihrer Vereinnahmung durch bloße Kosten-Nutzen-Kalküle muss jedoch entgegengetreten werden. Anders gesagt: Ich habe keinerlei Einwände gegen die Entwicklung neuer Computerspiele, wohl aber dagegen, diese über die EU-Kulturförderung zu unterstützen. Die jüngsten Veröffentlichungen der Kommission zeichnen sich jedoch in der Tat durch einen wirtschaftlich geprägten Duktus aus. Dass der Kulturbegriff darin erweitert wird und an die Gegenwart angepasst wird (Stichwort »Kreativwirtschaft«), halte ich für nachvollziehbar, ja notwendig. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Profiterwartungen zum allein bestimmenden Maßstab werden. Rentabilität und Rendite dürfen also bei der Antragsstellung weder Ausschlusskriterien noch conditio sine qua non sein!

Nicht nachvollziehen kann ich, warum gerade viele kleine Kulturreinrichtungen von Fördermöglichkeiten ausgeschlossen werden sollten, nur weil sie nicht über einen bestimmten Jahresumsatz verfügen. Wir werden in Erinnerung zu rufen haben, dass ein Kultur-Programm nicht in erster Linie ein Konjunkturprogramm ist. Es fördert die Mobilität von Menschen, die im Kultursektor arbeiten, unterstützt die grenzüberschreitende Zirkulation von kulturellen und künstlerischen Werken und trägt zur Förderung des interkulturellen Dialogs bei. Es unterstützt transnationale Projekte und kulturelle Einrichtungen auf europäischer Ebene. Letztere haben nebenbei bemerkt bewiesen, dass anspruchsvolle Kulturveranstaltungen und wirtschaftliche Aspekte nicht per se unvereinbar sind.

Nachbessern

PETRA KAMMEREVERT

Zurzeit gibt es in der EU die Tendenz alles den Zielen der EU-2020-Strategie unterzuordnen, auch im Programmvorschlag »Kreatives Europa«. Für Kultur und Medien ist es zu kurz gegriffen, sie allein unter dem Gesichtpunkt der wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu betrachten. Die Kultur- und auch die Bildungsprogramme der EU sind keine Krisenbewältigungsprogramme. Ziel eines europäischen Kulturprogramms muss weiterhin sein, kulturellen Austausch zu fördern, Vielfalt zu erhalten und so einen wesentlichen Beitrag zur Integration in und zur Identität mit Europa zu leisten. Kultur ist keine Ware wie jede andere. Es gilt, den der Kultur innewohnenden Eigenwert zu fördern. Im Kommissionsvorschlag finden die bildende und integrative Wirkung der Kultur zu wenig Niederschlag – hier bedarf es dringend einer Nachbesserung. Die Zusammenlegung der Programme Kultur, Media und Media Mundus löst wenig Begeisterung aus. Die Chancen, dies im weiteren Gesetzgebungsverfahren rückgängig zu machen, stehen nicht gut. Umso wichtiger wird es sein, im EU-Parlament dafür zu sorgen, dass die einzelnen Programmteile klar voneinander getrennt werden, jeweils eigene Zielen definiert und eigene finanzielle Mittel festgelegt werden. Sicherlich wären einfach zugängliche Direktzahlungen als aktive Kulturförderung wünschenswert. Jedoch werden die knapp 2 Milliarden Euro, die bislang für das 7-jährige Programm veranschlagt sind, nicht ausreichen, um dann flächendeckend in 28 Mitgliedstaaten die europäische Kulturförderung spürbar zu steigern. Deshalb stehe ich dem neuen Finanzinstrument, das einen einfacheren Zugang für Kulturschaffende zu Bankkrediten ermöglichen soll, aufgeschlossen gegenüber, sofern zwei Bedingungen erfüllt sind: Erstens muss gewährleistet sein, dass es auch einzelnen Kulturschaffenden offen steht. Der Zugang zum Finanzinstrument darf nicht von Umsatzmargen abhängig gemacht werden. Nur so könnte tatsächlich in der Fläche eine Hebelwirkung erzeugt werden. Zweitens darf das Finanzinstrument nicht auf Kosten bisheriger direkter Förderung gehen. Das Programm muss der Tatsache besser Rechnung tragen, dass Kultur und Kunst im großen Umfang von Einzelpersonen, Kleinstbetrieben oder -institutionen geschaffen werden. Ihnen muss der Zugang zum Programm erleichtert werden.

Ebenso verfehlt ist es, Europäische Netzwerke künftig aus der Förderung auszuklammern. Sie sichern den politisch gewollten kulturellen Austausch und wirken integrationsverstärkend. Sie bedürfen weiterhin der Förderung.

FOTO: BORISLAV MARINIC / DESPOSITPHOTOS.COM

Briefmarke zur belgisch-französischen Folkloregruppe »Royale Moncrabeau«, Belgien 1993

Kultur in den Mittelpunkt stellen

Bei der Anhörung im Europäischen Parlament zum Entwurf eines neuen Kulturprogramms herrschte große Übereinstimmung, dass Kultur kein Beiwerk werden darf

GABRIELE SCHULZ

Ende des Jahres 2011 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag für das neue EU-Kultur- und Medienförderprogramm »Kreatives Europa« vor. In diesem Programm sollen die bisherigen Programme Kultur 2007, Media und Media Mundus zusammengeführt werden. Der Deutsche Kulturrat hat sich in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Rahmenprogramms (*http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2206&rubrik=4* oder auch Politik & Kultur 2/2012) kritisch mit diesem Programm auseinandergesetzt. Diese eher skeptische Position wurde vielfach als typisch deutsche Haltung abgetan und es wurde darauf verwiesen, dass in anderen Mitgliedstaaten große Zustimmung zu dem Programm besteht. Dieser Vorwurf wurde bei der Anhörung des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments am 26.04.2012 in Brüssel grundlegend entkräftet.

Angehört wurden: Valerio Caruso (Director Cineuropa), Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat), David Hesmondhalgh (Professor of Media and Music Industries, University of Leeds)und Radu Mihaileanu (Filmemacher). Für die EU-Kommission erläuterte Vladimir Sucha (Direktor der Generaldirektion Bildung und Kultur) die Intention des Programms.

Das neue EU-Kultur- und Medienförder-Programm »Kreatives Europa« verursacht Skepsis.

Um es gleich vorwegzunehmen: Experten und Parlamentarier ließen kaum ein gutes Haar am Programmentwurf. Scharf wurde kritisiert, dass Bezugspunkt des neuen Programms in erster Linie die Digitale Agenda und die erwartete wirtschaftliche Prosperität sind. Niemand hat sich gegen eine Förderung der Kulturwirtschaft ausgesprochen, es wurde allerdings in Frage gestellt, ob das Kulturprogramm das richtige Instrument ist, um diesen Wirtschaftszweig zu fördern. Es wurde darauf verwiesen, dass zur Förderung der Kulturwirtschaft stärker andere EU-Förderinstrumente wie die Strukturfonds genutzt werden sollten als das ohnehin nur mit wenigen Mitteln ausgestattete EU-Kulturförderprogramm.

Kultur ist sowohl Kultur- als auch Wirtschaftsgut, diese klare Aussage aus der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (Konvention Kulturelle Vielfalt) war der Bezugspunkt verschiedener Redner. Bei aller Wertschätzung gegenüber möglicher kulturwirtschaftlicher Auswertung wurde der Eigenwert der Kunst unisono hervorgehoben. Eine Europäische Union, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise von vielen eher als Belastung und weniger als Kulturgemeinschaft und friedensstiftende Kraft wahrgenommen wird, war dieses klare Plädoyer der verschiedenen Sachverständigen und der Abgeordneten eine unmissverständliche Absage an die Ausrichtung des Entwurfs des Programms »Kreatives Europa«.

In Frage gestellt wurde weiter der Nutzen einer Zusammenlegung der bisher getrennt erfolgreichen Programme Kultur, Media und Media Mundus. Zumal alle der Programmschienen letztlich unverbunden unter dem Dach von »Kreatives Europa« versammelt würden. Es wurden kaum Überschneidungen zwischen den verschiedenen Programmschienen ausgemacht und eher auf die Unterschiede abgehoben.

Sowohl von Seiten der Parlamentarier als auch der angehörten Experten wurde unterstrichen, dass auch kleinere Projekte einen europäischen Mehrwert haben und im Förderprogramm entsprechend berücksichtigt werden sollten.

Der Generaldirektor der Direktion für Bildung und Kultur, Vladimir Sucha, attestierte den Abgeordneten, die sich zu Wort gemeldet hatten und den Experten, dass sie das Programm nicht richtig verstanden hätten. Wenn sie es verstanden hätten, würden sie es nicht kritisieren, sondern es in seiner positiven Intention unterstützen. Laut Sucha ist dieser Rückenwind erforderlich, damit die geplante Budgeterhöhung umgesetzt werden kann. Diese geplante Budgeterhöhung wurde von den Abgeordneten eher skeptisch beurteilt und es wurde befürchtet, dass bei gleichbleibendem Budget nicht kommerzielle Teilnehmer benachteiligt werden.

Alles nur ein Missverständnis

Bemerkenswert war bei der Anhörung, wie stark die EU-Kommission von Seiten der Abgeordneten angegangen wurde. Eine solch klare Konfrontation war zumindest für deutsche Ohren ungewohnt. Die Mitglieder des Kulturausschusses machten gegenüber der Kommission unmissverständlich deutlich, dass sie bis zur Zustimmung zu einem Programmentwurf noch einen erheblichen Veränderungsbedarf sehen. Die Ausschussvorsitzende Doris Pack kündigte an, dass sich der Kulturausschuss noch mehrfach mit dem geplanten Programm befassen wird.

Es bleibt also spannend hinsichtlich der Ausrichtung der künftigen EU-Kulturförderung!

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Das EU-Kulturförderprogramm »Kreatives Europa« finden Sie auf den Seiten der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/culture/creative-europe/index_de.htm

Spiele-Riesen versus Independent-Games

Ein Bericht zur Lage der Videospielbranche

FELIX ZIMMERMANN

Als gewissenhafter Videospieler hat man es heutzutage nicht leicht. Von einer unbedeutenden Beschäftigung für verpickelte Stubenhocker haben sie sich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Spiele-Riesen wie EA Games, Ubisoft oder ActivisionBlizzard machen Millionen, setzen allerdings viel zu häufig auf seelenlose Fortsetzungen alter Spiele-Serien oder auf ideenlose Neuentwicklungen.

Prominentes Beispiel für diesen Trend ist die Call of Duty-Serie. Macht sie häufig Schlagzeilen, weil sie von mehr oder weniger informierten Politikern als Beweis für die Brutalität in Videospielen und ihre verrohende, abstumpfende Wirkung angeführt wird, zeichnet sie sich unter Spielern vor allem für ihre fehlenden Ideen aus. Seit dem gefeierten vierten Teil Modern Warfare tritt die Serie auf der Stelle. Eng begrenzte »Levelschläuche«, eine kurze Spielzeit und ein auf Dauer eintöniges Spielsystem ziehen sich durch jeden Teil der jährlich erscheinenden Spiele-Serie.

Interessant ist, dass Activision (Call of Duty wird nicht unter dem Namen ActivisionBlizzard vertrieben) zwei verschiedene Entwicklerstudios (Infinity Ward und Treyarch) für die Programmierung des Spiels beschäftigt, die sich abwechselnd um die Fertigstellung eines Teils kümmern. So wird gesichert, dass jährlich ein neuer Teil der Call of Duty-Reihe erscheint und der (immense) Geldfluss nicht versiegt. Häufig wünscht man sich allerdings, dass jemand mehr Zeit in die Entwicklung investieren und so vielleicht eines Tages einen vor Ideen sprudelnden neuen Teil auf den Markt bringen würde. Die Realität sieht allerdings anders aus. Activisions Plan geht auf: Call of Duty Black Ops, der siebte Teil der Serie, verkaufte sich alleine am Erscheinungstag 5,6 Millionen mal und stellte mit einem Umsatz von 360 Millionen US-Dollar einen Release-Rekord für die gesamte Unterhaltungsbranche auf (Avatar schaffte am Erscheinungstag 232 Millionen US-Dollar). Auch ich bekenne mich schuldig, dieses Spiel gekauft zu haben. Zu behaupten, mich gelangweilt zu haben, wäre eine Lüge. Call of Duty ist wie ein Michael Bay-Film: Man schaltet überflüssige Denkprozesse ab, wird gut unterhalten und vergisst in dem Moment, in dem man das Kino verlässt, welchen Film man da gerade überhaupt geschaut hat.

Aber steckt nicht mehr in dem Medium Videospiele? In der Filmindustrie funktioniert es doch auch. Versteckt zwischen den monatlichen Blockbustern, den Filmen, die Schwächen in Drehbuch und Darstellern mit Spezialeffekten kaschieren wollen (Avatar!), finden sich Perlen wie Drive, die das Potential von Filmen voll ausreizen. So etwas muss es doch auch in der Videospielbranche geben.

Und tatsächlich: Unabhängig von den großen Spielefirmen kämpfen kreative Entwickler um die Ehre der Videospiele. Nur mit äußerst bescheidenen Mitteln ausgestattet, sind es ausschließlich die Ideen, die die sogenannten Independent-Games ausmachen. Keine 3D-HD-Grafikblender, sondern kleine (oder große, je nachdem, wie man das sehen möchte) Kunstwerke, die endlich wieder die Faszination in die Videospielwelt zurückbringen.

Erst vor kurzem hatte ich die Ehre, Fez vom kleinen Entwicklerstudio Polytron genießen zu dürfen. In diesem in nostalgisch-sympathischer 2D-Pixelgrafik gehaltenem Spiel muss der Held Gomez erkennen, dass seine zweidimensional geglaubte Welt doch mehr Tiefe besitzt als gedacht. Mit der neu angeeigneten Fähigkeit, die komplette Welt an der Längsachse zu drehen, eröffnet sich eine Vielzahl an Möglichkeiten für kreative (und bockschwere!) Rätsel und anspruchsvolle Sprungpassagen. Besonders die durch das Drehen der Welt entstehenden optischen Täuschungen im Stile von Maurits Cornelis Escher faszinieren und erzeugen ein frisches Spielerlebnis. Zusammen mit der minimalistischen und stimmungsvollen Musik ist Fez ein Gesamtkunstwerk, das beispielhaft für die künstlerische Bedeutung von Videospielen und die Wirkung kreativer Arbeit einiger engagierter Entwickler steht und wurde dafür zurecht dieses Jahr auf dem Independent Games Festival mit den Grand Prize ausgezeichnet.

Die kreativen Köpfe sind es, die meine geliebten Videospiele am Leben halten.

Ebenso erwähnenswert ist Minecraft vom schwedischen Entwickler Markus Persson. Dieses Spiel erzeugt seine Faszination durch etwas, das ich den Lego-Effekt nennen würde. Obwohl einem in dieser aus abertausenden Würfeln bestehenden Welt nur die einfachsten Mittel zur Verfügung stehen, sind die Möglichkeiten nahezu unbegrenzt. Möchte man eine unterirdische Höhle bauen oder doch lieber ein Schloss? Möchte man bei Nacht durch die Welt ziehen und Monster bekämpfen oder sich in einer selbstgebauten Hütte verkriechen? In dieser Pixelwelt gibt es kein Ziel. Man erschafft Dinge, man zerstört Dinge, aber am Ende ist es alles das eigene Werk. Minecraft ist so eine Plattform für Kreativität und Ideen und hat sich – was besonders erwähnenswert ist – schon über 9,2 Millionen mal verkauft und ist so wohl das erfolgreichste Independent-Game aller Zeiten. Aber was heißt das für die Spielebranche?

Die Spieleindustrie scheint auf dem Boden der Tatsachen angekommen zu sein. Gewinninteressen bestimmen nun auch hier den Alltag. Doch wie so oft, sei es nun in der Musik, im Film oder eben in Videospielen, gibt es tapfere Menschen, die für ihr geliebtes Medium kämpfen und Flagge zeigen für Kreativität, Innovation und Unabhängigkeit. Die kreativen Köpfe sind es, die meine geliebten Videospiele am Leben halten. Und die Spieler wollen diese neuen Ideen, den frischen Wind in ihren Spielen: Die Verkaufszahlen der Independent-Games zeigen das. Bleibt nur zu hoffen, dass die großen Spielefirmen diesen Trend erkennen und ihre Spiele einer Frischzellenkur unterziehen und sich ein Beispiel an den unabhängigen Entwicklern nehmen. Als Spieler kann man diesen Prozess unterstützen: Den 20. Teil von Call of Duty im Regal stehen lassen und sein Geld in Spiele wie Fez oder Minecraft investieren. Denn solange die Verkaufszahlen von Call of Duty und Co. derart hoch bleiben, gibt es für die Spieleriesen keinen Grund, etwas zu ändern. Die Spieler haben es in der Hand.

Felix Zimmermann ist Schüler und passionierter Computer- und Videospieler. Er arbeitete im Auftrag des Deutschen Kulturrates als Blogger auf der gamescom

Kulturraum Internet

Medienwelten als Lebenswelten sind Orte sozialer und politischer Konflikte

MAX FUCHS

Zurzeit fokussiert sich die Debatte rund um das Internet auf die Frage nach dem Urheberrecht. Dies ist natürlich eine zentrale Frage, da das Urheberrecht als Fundament des kulturellen Lebens betrachtet werden kann. Dabei ist ein Spannungsverhältnis bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte angelegt. Denn derselbe Artikel 27, der das Recht an geistigem Eigentum formuliert, spricht auch von dem Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe. Genau dies ist es, was immer wieder auszubalancieren ist: das Recht der Produzenten und das Recht der Nutzer. Vermittler tauchen im Übrigen in diesen Formulierungen nirgends auf.

Im Hinblick auf die Diskurse rund um das Netz gibt es offensichtlich Konjunkturzyklen. So gab es eine Phase, in der die Identitätsbildung im Netz im Vordergrund stand, in anderen Phasen war es die Kinderpornographie, die Bewegungsarmut und die daraus folgenden Gesundheitsschäden der Nutzer oder die politische Rolle bei dem Präsidentschafts-Wahlkampf von Barack Obama. Alleine diese unvollständige Liste von Themen rund um das Internet, die alle ihre Hochzeit hatten und vielleicht – je nach Bedarf und Attraktivität – wieder kommen, zeigt, wie komplex diese Debatte ist und dass die kulturpolitisch natürlich hochrelevante Frage nach dem Urheberrecht nur eine von vielen Fragen ist, die sich legitimerweise stellt. Diese Fragen sind natürlich kulturpolitisch hochrelevant, da sie wesentlich die Frage unserer Lebensweise, der Gestaltung unseres Lebens und unserer Gesellschaft stellen. Das Problem mit solchen thematischen Fokussierungen besteht allerdings darin, dass andere Facetten plötzlich keine Rolle mehr spielen und man daher die notwendige Komplexität in einer Weise unzulässig so reduziert, dass auch für die je aktuelle Spezialfrage kein tragfähiges Ergebnis erzielt wird. So hat das Urheberrecht grundsätzlich damit zu tun, wie es als Teil einer Rechtsordnung von den Menschen akzeptiert wird. Denn auf Dauer lässt sich keine rechtliche Regelung aufrechterhalten, die von der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr als relevant angesehen wird. Dies wiederum hängt mit Werthaltungen zusammen, wobei Werte nicht in einem ethisch-moralischen Sonderbereich entstehen, wirken oder verfallen, sondern Teil des gelebten sozialen und politischen Lebens sind. Das Spezialproblem Urheberrecht muss daher verstanden werden als Teil einer erheblich komplexeren Gesellschaftspolitik. Nun versteht sich Kulturpolitik zwar durchaus als Gesellschaftspolitik, doch neigt man in der Praxis dann oft genug doch dazu, Probleme isoliert zu betrachten und Kulturpolitik rein technisch, etwa bloß gesetzestechnisch zu verstehen. So befasst sich die bislang ambitionierteste kulturpolitische Unternehmung in diesem Bereich, nämlich der Jahreskongress und die Kongressdokumentation »Digitalisierung und Internet« der Kulturpolitischen Gesellschaft (Jahrbuch 2011) durchaus in einigen Beiträgen (Schulze /Hippe/Keupp) mit der übergreifenden Frage, dass und wie das Internet nicht bloß ein neues technisches Kommunikationsmedium ist, sondern vielmehr unter Bezug auf M. Castell (Netzwerkgesellschaft, S. 2001f.) »einen qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung bedeute« (Keupp, Jahrbuch, S. 251). Und weiter: »Verfalls- und Zerfallsdiagnosen haben in Phasen gesellschaftlichen Umbruchs immer Hochkonjunktur« (S. 252). Dies genau ist das Stichwort: Gesellschaftlicher Umbruch, und dies ist weit mehr als eine Anpassungsnotwendigkeit eines Gesetzes, selbst wenn es für ein Politikfeld noch so wichtig ist. Diese Dimension wird in dem genannten Band allerdings kaum eingeholt. Denn recht schnell konzentriert man sich darauf, was das Internet für das Marketing bedeutet und wie sich Museumsbestände digitalisieren lassen. Alles zweifellos wichtige Fragen, doch in ihrer Relevanz unterhalb der Qualität, mit einem Epochenumbruch umzugehen. Und genau um dieses dürfte es sich heute handeln.

Zur Erinnerung: Medien (ganz allgemein) waren immer schon mehr als bloße Mittel der Weltbegegnung. Vielmehr gilt die anthropologische These, dass meine Welt- und Selbstverhältnisse genauso weit reichen, wie es meine Mittel erlauben: Medien konstituieren quasi das, was den Menschen ausmacht. Daher kann Werner Faulstich in mehreren Bänden die Geschichte der Menschheit als Geschichte der jeweiligen Medien (einschließlich der Künste) schreiben. Vielleicht führt daher ein Ansatz weiter, der versucht, die neue mediale Welt – schon Dieter Baacke sprach vor Jahrzehnten davon, dass Lebenswelten Medienwelten seien – unter verschiedenen Perspektiven zu verstehen: als Kulturraum Internet, als Sozialraum, als politischer Raum, als Wirtschaftsraum, als Rechtsraum, als Bildungsraum. Als Kulturraum kommen die Normen und Werte in den Blick, die alltäglichen Verhaltens- und Kommunikationsweisen, wobei die Tugend der Ethnologie praktiziert werden sollte: Nämlich ohne allzu schnelle Werturteile die Aktivitäten und Verhaltensweisen der Nutzer zur Kenntnis zu nehmen. Immerhin gibt es schon etliche Ansätze zu Regelbildung und zur »Normierung« des Verhaltens (»Nettikette«). Als Sozialraum wäre das Netz – ebenfalls zunächst nicht unter der sorgenvollen Perspektive des Verfalls von bislang üblichen Kommunikationssitten – zu untersuchen, wobei– wie in jedem Sozialraum – die Prozesse der Anerkennung und Missachtung, der Integration und Desintegration, berücksichtigt werden müssen. Als politischer Raum müssen Fragen von Macht und Gewalt, muss das Problem der Deutungshoheit, der Durchsetzung hegemonialer Absichten in den Blick kommen. Diese Fragestellung ist natürlich auf das engste verbunden – wie in der realen Welt – mit ökonomischen Fragen. Wie stark heute die Internet-Welt die reale Welt auch in politischer Hinsicht beeinflusst, muss nicht eigens erwähnt werden (Zensur, Verbote, Sperrungen; der Erfolg der Piraten, das Twittern im Wahlkampf Obamas etc.). Interessanterweise hat man im (medien-) pädagogischen Kontext die ökonomisch-politische Dimension des Netzes oft übersehen: Welche Rolle spielen Eigentumsverhältnisse, welche Rolle spielt der (US-) Staat etwa bei der Besetzung der Leitungsstellen bei ICANN, welche Kontrolle üben Geheimdienste aus. All dies klingt nach Verschwörungstheorie, ist aber keine, wie man leicht anhand wichtiger Personen – etwa rund um ICANN – feststellen kann. Zurzeit macht die Nachricht die Runde, dass die Obama-Regierung die Atomgefahr, die vom Iran ausgeht, mit einem Angriff durch Computerviren bekämpft. Es ändern sich also auch Formen der Kriegsführung. Man glaubte zunächst sehr gerne den vollmundigen »Unabhängigkeitserklärungen«, etwa des ehemaligen Grateful-Dead-Sängers John Perry Barlow, der das Internet am 08.02.1996 während des Weltwirtschaftsforums in Davos als neues Reich der Freiheit proklamierte. Das Internet regt offensichtlich auch heftig die Ideologie- und Mythenproduktion an, sodass auch hierdurch ein lohnenswertes Arbeitsfeld für Kultur- und Politikwissenschaften entstand. Heute dürfte kaum noch einer so naiv sein. Gerade ist Facebook mit großen Ambitionen an die Börse gegangen: Die virtuelle Wirtschaft, die oft nur aus Plattformen und Versprechungen besteht, hat zumindest in finanzieller Hinsicht die Realwirtschaft übertrumpft. Allerdings: Virtuelle Würstchen kann man nicht essen.

Die Einführung und Verbreitung des Netzes ist vergleichbar mit der Einführung des Buchdrucks.

Natürlich ist das Netz auch ein Rechtsraum, wobei das Problem besteht, inwieweit die rechtlichen Regelungen der »analogen« Welt hier noch gelten können und durchsetzbar sind. Nicht zuletzt ist das Netz ein Bildungsraum, ein Raum, in dem sich – zum Teil auf völlig neue Weise – Identitäten bilden (siehe hierzu wiederum den oben genannten Beitrag von H. Keupp). Auch in diesem Bereich ist der Diskurs eher sorgenvoll und kulturpessimistisch. Man diskutiert die Bedrohung der Gesundheit, beklagt das Fehlen sinnlicher Primärerfahrungen, vermutet Verrohung und Brutalisierung.

Insgesamt zeigt diese kurze Revue von möglichen Sichtweisen zum einen die Vieldimensionalität, die notwendig wäre, um das Netz zu verstehen. Man erkennt, dass durchaus klassische Fragestellungen auch in der schönen neuen Welt des Netzes an Aktualität nichts verloren haben: Teilhabe, Anerkennung, Gewalt, Macht und Einfluss, Gewinn, Betrug. Man sieht aber auch, dass es empfindliche Veränderungen in der Vorstellung, was Person und Gesellschaft, was Kommunikation und Kultur bedeuten, geben könnte oder diese sogar schon eingetreten sind. Es bietet sich also an, mit dem Konzept des Epochenumbruchs zu arbeiten. Denn dann hat man historische Vorbilder, die die Tragweite dessen erkennbar machen, womit zu rechnen sein wird. Vergleichbar ist die Einführung und Verbreitung des Netzes mit der Einführung des Buchdrucks. Man erinnere sich daran, was dies politisch, kulturell, ökonomisch und sozial bedeutet hat: Eine neue Vorstellung von politischer Ordnung, ein neues Verständnis dessen, was Individualität und Subjektivität bedeuten, eine neue Form von Religiosität, ein neues Verständnis von Bildung. Es hat sich gezeigt, wie wenig die überkommenen Kategorien, Theorien und Philosophien des Mittelalters brauchbar waren, um das Neue zu verstehen. Allerdings entstand viel Not und Elend dadurch, dass das Alte – politisch an der Macht – seine Position verständlicherweise erhalten wollte.

Viele der heutigen Debatten lassen sich so interpretieren: Verlustängste, dass gelernte Verhaltensstandards, Werte und Normen an Relevanz verlieren – oft genug verbunden mit Positionen und Lebenssicherung. Es ist dabei legitim, dass man sich für sein eigenes, vielleicht »altmodisches« Verständnis von gutem Leben und gesellschaftlicher Ordnung einsetzt. Allerdings lässt sich der technische Fortschritt nicht stoppen, er lässt sich noch nicht einmal steuern. Dabei werden neue Sichtweisen der Welt geschaffen, die alle ihre Anhänger finden werden, sodass ein Streit zwischen den verschiedenen Gruppen unvermeidbar ist. Man hält es dabei für eine zivilisatorische Errungenschaft, dass solche Auseinandersetzungen heute friedlicher verlaufen könnten als in früheren Zeiten. Hoffen wir das Beste.

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

Der Präsident des Deutschen Kulturrates, Prof. Dr. Max Fuchs, spricht im Rahmen des diesjährigen Aktionstages über gesellschaftliche Veränderungen in Zeiten der Digitalisierung

Max Fuchs ist Präsident des Deutschen Kulturrates

Der Wind dreht sich

Das Urheberrecht muss der digitalen Welt angepasst werden; aber wie?

OLAF ZIMMERMANN

Nach dem Erfolg des ersten bundesweiten Aktionstags »Kultur gut stärken« im letzten Jahr war schnell klar, dass auch am 21. Mai in diesem Jahr ein solcher Tag stattfinden sollte. »Wert der Kreativität« sollte das Motto sein.

Dieses Motto wurde im Herbst des letzten Jahres formuliert, als sich im Kulturbereich eine deutliche Resignation breitmachte. Diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die das Urheberrecht in Frage stellten, schienen immer mehr an Boden zu gewinnen. Wer für den Schutz des Urhebers, seiner Persönlichkeits- wie auch der Verwertungsrechte eintrat, bekam schnell das Image, von gestern zu sein. Viel Unmut über manche Entwicklungen in der Kulturwirtschaft, wie beispielsweise die nur schwer nachzuvollziehende Preisgestaltung von einigen Verlagen bei wissenschaftlichen Zeitschriften, die massenhaften Abmahnungen von Urheberrechtsverletzungen im Internet durch Anwälte, die ein lukratives Geschäftsfeld für sich entdeckt hatten und das nicht funktionierende Urhebervertragsrecht, das eigentlich zu einer angemessenen Entlohnung der Künstler führen sollte, wurden in einen Topf geworfen, kräftig umgerührt und heraus kam eine radikale Infragestellung des gesamten Urheberrechts.

Manche glaubten gar, dass der professionell arbeitende Künstler im digitalen Zeitalter eine aussterbende Gattung sei, frei nach dem Motto, jedes Foto auf einer Website und jeder Text im Netz seien ja schließlich Kunst. Der geradezu grenzenlos ausufernde Kunstbegriff bei einigen Netzaktivisten ließ einige fürchten, der professionelle Kunstbereich zählte nicht mehr zur Avantgarde. Er wies nicht mehr nach vorne, sondern vermeintlich ging es nur noch um den Erhalt des Bestehenden.

In dieser Situation sollte nun der Aktionstag »Kultur gut stärken« unter dem Motto »Wert der Kreativität« stattfinden. Es sollte aber kein bundesweiter »Klagetag« werden, sondern dem Deutschen Kulturrat ging es darum, zu zeigen, wie wichtig kreative Leistungen sind, dass sie nicht kostenlos zu haben sind und dass neben den Künstlern noch viele andere Beschäftigte in der Kulturwirtschaft einen Beitrag dazu leisten, dass Bücher erscheinen, Musik aufgeführt wird, ein Film entsteht und vieles andere mehr. Der Aktionstag »Kultur gut stärken« sollte aufklären, informieren, Diskussionsmöglichkeiten bieten und besonders Mut machen!

Und genau dieses wurde in vielen der rund 450 Veranstaltungen, die am 21. Mai und am Wochenende vorher im gesamten Bundesgebiet stattfanden, erreicht. Viele Künstler, Kulturvereine und Kulturunternehmen vor Ort haben sich in ihren Veranstaltungen mit dem Motto »Wert der Kreativität« auseinandergesetzt und zum Diskurs eingeladen.

Der Deutsche Kulturrat selbst war an zwei Veranstaltungen direkt beteiligt. Am Vormittag des 21.05.2012 wurde zusammen mit der Deutschen UNESCO-Kommission im Zollernhof (ZDF) in Berlin der Aufruf »Für kulturelle Vielfalt im Internet« vorgestellt. In der von Tina Mendelsohn (Kulturzeit/3sat) moderierten Diskussion mit Andres Veiel (Filmemacher), Gabriele Beger (Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg) und Heinrich Schafmeister (Schauspieler) wurde insbesondere von Andres Veiel verdeutlicht, wie viel Arbeit in einem künstlerischen Werk steckt.

In der Kulturzeit-Extra-Sendung (3sat), die in Kooperation mit dem Deutschen Kulturrat entstanden ist, wurde am selben Abend die Diskussion weiter geführt. In dieser Sendung wurden der Urheberrechtsexperte der Piratenpartei Bruno Kramm, selbst Musiker, der Musiker Frank Spilker (Die Sterne) und die Schriftstellerin Tanja Dückers von Tina Mendelsohn befragt. Schnelle Einigkeit bestand, dass künstlerische Arbeit nicht umsonst zu haben ist. Bruno Kramm warb energisch für neue Finanzierungsmodelle für künstlerische Projekte wie Crowdfunding oder auch neue pauschale Vergütungsmodelle (Flatrate) im Internet für Künstler. Tanja Dückers konnte sich mit Crowdfunding nicht anfreunden. Sie unterstrich, dass sich in der ganzen Debatte um das Urheberrecht nicht ausschließlich auf Künstler konzentriert werden dürfe, sondern ebenso die anderen Akteure des Kulturbereiches, die alle ihren spezifischen Anteil zum Erfolg eines künstlerischen Werkes haben, mit betrachtet werden müssen. In eine ähnliche Richtung argumentierte Frank Spilker. Er verdeutlichte, dass neben den Künstlern, die auf der Bühne stehen, die anderen, die diesen Auftritt erst ermöglichen, ebenfalls nicht ehrenamtlich arbeiten können. Dückers und Spilker stellten heraus, dass internationale Konzerne wie beispielsweise Google oder Facebook mit der Verbreitung geistigen Eigentums Geld verdienen, sich bislang an der Vergütung der Künstler aber nur minimal beteiligen. Die Zuschauer konnten bereits vor und während der Sendung per E-Mail, Facebook oder Twitter ihre Fragen stellen oder Kommentare abgeben. Im Livestream fand nach der Sendung eine Auseinandersetzung mit diesen Zuschauermeinungen statt. Die Kulturzeit-Extra-Sendung vom 21. Mai 2012 kann unter *http://www.3sat.de/mediathek/?display=1&mode=play&obj=31027* angeschaut werden.

Sowohl die Kulturzeit-Extra-Sendung als auch die Podiumsdiskussion am Vormittag des 21. Mai zeigten, dass die Auseinandersetzung um den »Wert der Kreativität« komplexer geworden ist, dass verschiedene Positionen gegeneinander abgewogen werden und dass stärker auf die Rolle der verschiedenen Akteure im Kulturbereich eingegangen wird. Das ist ein deutlicher Gewinn an Streit- und Debattenkultur.

Erfreulich ist, dass viele Verbände, Einzelpersonen und Gruppen von Urhebern sich jetzt zu Wort melden und verdeutlichen, dass das Urheberrecht nicht ein Recht ist, das sich gegen die Nutzer, also die Kunden, richtet, sondern es vielmehr um den Schutz des Urhebers und seines Werkes geht. Zu nennen sind unter der Vielzahl an Stimmen aus dem Kulturbereich der letzten Wochen der Brief von 51 Tatort-Autoren zum Urheberrecht, das Interview mit Sven Regener in der Sendung Zündfunk des Bayerischen Rundfunks, das Positionspapier der VG Wort, das Positionspapier des Musikverlegerverbandes, die Unterschriftenaktion »Wir sind die Urheber« oder die fünf Thesen zum Urheberrecht der Spiele-Autoren-Zunft. Der Deutsche Bibliotheksverband hat sich mit seinem Positionspapier »Nutzerinteressen stärken, Urheberrechte wahren« ebenfalls klar für den Schutz von Urhebern und ihren Werken eingesetzt. Zugleich werden verbesserte Möglichkeiten zur digitalen Nutzung von Werken eingefordert.

Der Aufruf des Deutschen Kulturrates »Für kulturelle Vielfalt im Internet« ergänzt und erweitert die vorhandenen Positionen. Alle Unterzeichner des Aufrufes, unter ihnen viele Künstler, Kulturunternehmer, Mitarbeiter aus Kulturvereinen und Kultureinrichtungen, Kulturpolitiker, Kulturinteressierte, Kulturnutzer und andere, die den Aufruf unterstützen, plädieren für einen Dialog zur kulturellen Vielfalt im Internet. Sie unterstreichen mit dem Aufruf, dass Kunst und Kultur von der Kreativität einzelner Menschen leben. Künstler schaffen die Werke, die gespielt, gelesen, gesehen und gehört werden. Das trifft nicht nur auf die analoge, sondern ebenso auf die digitale Welt zu. Die Unterzeichner betonen, dass kulturelle Produktions- und Rezeptionsgewohnheiten einem ständigen Wandel unterworfen sind und sie verschließen sich keiner sinnvollen Änderung, die diese Entwicklung auch rechtlich nachvollzieht. Sie bekräftigen zugleich, dass bei allem Reformbedarf für Hunderttausende von Kulturschaffenden und darüber hinaus für einen ganzen Wirtschaftszweig die Sicherung des Urheberrechts eine existenzielle Frage ist.

Es kommt Bewegung in die Diskussion zur Zukunft des Urheberrechts. In einem Punkt herrscht zwischen der sogenannten Netzgemeinde und dem Kulturbereich Übereinstimmung: Das Urheberrecht muss der digitalen Welt angepasst werden. Es geht allerdings um die große Frage »Wie«. Eines hat der Aktionstag des Deutschen Kulturrates deutlich gemacht: Der Kulturbereich ist nicht gegen die Nutzer. Im Gegenteil, die Nutzer sollen die künstlerischen Werke genießen, sich darüber austauschen, aber sie sollen bitte auch bezahlen. Dass dafür die bestehenden Geschäftsmodelle im Internet weiterentwickelt werden müssen, steht außer Frage. Ebenso außer Frage steht aber auch, dass Kunst im Internet nicht kostenlos zu haben ist. Es kann nicht sein, dass an Musik, Texten, Filmen und Bildern im Internet die Internetfirmen verdienen und der Kulturbereich mit Brosamen abgespeist werden soll. Hier besteht Handlungsbedarf und auch die sogenannte Netzgemeinde sollte nachdenken, ob es richtig ist, dass internationale Internetkonzerne Unsummen verdienen und Künstler keine Vergütung für ihre Leistung bekommen sollen. Google, YouTube und Co. schaffen keine Kunst, sondern verdienen nur daran!

Die verschiedenen Wortmeldungen aus dem Kulturbereich und darüber hinaus haben dazu beigetragen, dass sich der Wind gedreht hat. Auch in den Medien wird jetzt anders über das Thema »Wert der Kreativität« berichtet. Diejenigen, die für das Urheberrecht einstehen, werden nicht mehr durch die Bank als Ewiggestrige beschrieben und diejenigen, die das Urheberrecht grundlegend ändern wollen, sind nicht mehr ausschließlich Motor der Innovation. Das ist gut so, weil so die Auseinandersetzung auf einer anderen Grundlage stattfinden kann.

Wir haben mit dem Aktionstag unter dem diesjährigen Motto »Wert der Kreativität« die Zeichen der Zeit erkannt und thematisch aufgegriffen. Ich bin glücklich über die Einsatzbereitschaft für kulturelle Vielfalt und Wertschätzung künstlerischer Leistungen aller Beteiligten bei unserem Aktionstag im gesamten Bundesgebiet und bedanke mich bei allen Aktiven und allen finanziellen Unterstützern.

Mit dem am Aktionstag gestarteten Aufruf »Für kulturelle Vielfalt im Internet« haben wir ein deutliches Zeichen auch über den 21. Mai hinaus gesetzt. Die Liste der Unterzeichner ist schon jetzt ein Who's Who der Kultur- und Politikprominenz und wächst beständig an. Unterzeichen auch Sie unter *http://kulturstimmen.de/aufruf*!

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Zu ihrer Meinung zum Thema Urheberrecht befragte Tina Mendelsohn: (2.v.l.) Andres Veiel, Prof. Dr. Gabriele Beger und Heinrich Schafmeister (v.l.n.r.)

Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, stellt den Aufruf »Zeichen setzen« vor

FOTOS: DEUTSCHER KULTURRAT

Zeichen setzen!

Aufruf: Für kulturelle Vielfalt im Internet

Kunst und Kultur leben von der Kreativität einzelner Menschen. Sie schaffen die Werke, die gespielt, gelesen, gesehen und gehört werden. Das gilt auch für das Internet.
Kulturelle Vielfalt basiert wesentlich auf der Arbeit der professionellen Kulturschaffenden, deren Werke unsere Welt reich und lebenswert machen.
Für eine Gesellschaft, die einen wachsenden Teil der Wertschöpfung aus kulturellen und kreativen Produkten und Dienstleistungen gewinnt, ist ein funktionierendes Urheberrecht zur Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt unabdingbar. Gerade Künstlerinnen und Künstler wissen, dass kulturelle Produktions- und Rezeptionsgewohnheiten einem ständigen Wandel unterworfen sind. Sie verschließen sich keiner sinnvollen Änderung, die diese Entwicklung auch rechtlich nachvollzieht. Für hunderttausende von Kulturschaffenden in unserem Land und darüber hinaus für einen ganzen Wirtschaftszweig ist aber die Sicherung des Urheberrechts eine existenzielle Frage.
In der digitalen Welt geht dieses Recht alle an – das Internet erlaubt in nahezu unbegrenztem Ausmaß, urheberrechtlich geschützte Werke zu nutzen und bietet neue Chancen der kulturellen Teilhabe.
Nur ein starkes Urheberrecht kann unsere kulturelle Vielfalt in der digitalen Welt sichern und ist damit auch im Interesse der Nutzer. Es darf aufgrund seiner hohen ideellen und wirtschaftlichen Bedeutung für das kulturelle Leben nicht ausgehöhlt werden und muss auch in Zukunft das Recht der Urheberinnen und Urheber bleiben.
Mit meiner Stimme für diesen Aufruf setze ich ein Zeichen für kulturelle Vielfalt im Internet.

ERSTUNTERZEICHNER

A
Ellen Ahbe

B
Dr. Olaf Bahner, Dr. Petra Bahr, RA Gerhart R. Baum, Prof. Dr. Gabriele Beger, Dr. Malte Behrmann, Erik Bettermann, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Malte Blümke, Hildegard Bockhorst, Prof. Hans-Georg Bögner, Wolfgang Börnsen, MdB, Rolf Bolwin, Ernst Burgbacher, MdB

C
Gitta Connemann, MdB, Armin Conrad, Prof. Udo Dahmen, Reiner Deutschmann, MdB, Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh, Kultusminister Stephan Dorgerloh, Bischof Dr. Markus Dröge, Dr. Florian Drücke

E
Kai Ehlert, Siegmund Ehrmann, MdB, Prof. Ernst Elitz, Dipl. Ing. Wolfgang Esser, Guido Evers

F
Dr. h.c. Volker Faigle, Felix Falk, Prof. Dr. Hans Fleisch, Prof. Dr. Jürgen Flimm, Barbara Flügge-Wollenberg, Thomas Frickel, Dr. Stephan Frucht, Prof. Dr. Max Fuchs

G
Sigmar Gabriel, MdB, Theo Geißler, Dr. Tilo Gerlach, Staatssekretär Dr. Heiko Geue, Prof. Dieter Gorny, Ronald Grätz, Monika Griefahn, Prof. Monika Grütters, MdB

H
Jost Hähnel, Dr. Stefan Haupt, Dr. Harald Heker, Annemarie Helmer-Heichele, Walter Hirche, Bischof Dr. Friedhelm Hofmann, Prof. Dr. Steffen Höhne, Christian Höppner

J
Jürgen Jankofsky, Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB

K
Andreas Kämpf, Hartmut Karmeier, Prof. Karl Karst, Volker Kauder, MdB, Prof. Dr. Susanne Keuchel, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Prof. Dr. Ansgar Klein, Eckhardt Kloos, Dr. Michael Knoche, Kenan Kolat, Andreas Kolb, Henning Krause, Prof. Dr. Ulrich Krempel, Michael Kretschmer, MdB, Prof. Martin Maria Krüger, Angelika Krüger-Leißner, MdB, Agnes Krumwiede, MdB, Kenan Kücük, Undine Kurth, MdB

L
Christine Lambrecht, MdB, Prof. Dr. Eckart Lange, Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann, Dr. Karin Lingl, Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz, Regine Lorenz

M
Aiman A. Mazyek, Dr. Christoph Mecking, Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Gerald Mertens, Prof. Dr. Lothar Mikos, Regine Möbius,

N
Andrea Nahles, MdB, Eckhard Naumann, Pfarrer Christhard Georg Neubert, Staatsminister Bernd Neumann, MdB, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

O
Parlamentarischer Staatssekretär Hans-Joachim Otto, MdB

P
Dr. h.c. Doris Pack, MdEP, Matthias Pannes, Dr. Urban Pappi, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Christoph Pohland, MdB, Staatsministerin Cornelia Pieper, MdB

R
Prof. Dr. Peter Raue, Prof. Dr. Peter Reifenberg, Joachim Reiss, Dr. Georg Ruppelt

S
Heinrich Schafmeister, Werner Schaub, Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Prof. Dr. Oliver Scheytt, Kathrin Schmidt, Ulla Schmidt, MdB, Staatssekretär André Schmitz, Wolfgang Schmitz, Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Corinna Seide, Manuel Siebenmann, Dr. Norbert Sievers, Dr. Frank Simon-Ritz, Dr. Robert Staats, Prof. Klaus Staeck, Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB, Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, Dr. Willi Steul, Ralph Stock, Dr. Rupert Graf Strachwitz, Wolfgang Suttner,

T
Dr. h.c. Wolfgang Thierse, MdB, Michael M. Thoss, Dr. Gerhard Timm, Imre Török

U
Katharina Uppenbrink

V
Andres Veiel, Dr. Michael Vesper, Ute Vogt, MdB

W
Dr. Bernd Wagner, RA Gerrit Wedel, Weihbischof Prof. Dr. Paul Wehrle, Teut Weidemann, Frank Werneke, Klaus Wowereit

Y
Avni Yerli

Z
Prof. Dr. h.c. Hans Zehetmair, Olaf Zimmermann, Brigitte Zypries, MdB

MOMMERT MEINT

In der Debatte um eine Reform des Urheberrechts müssen wir den klugen Satz von Alexander Kluge »In Gefahr und größter Not führt der Mittelweg zum Tod« ausnahmsweise mal außer Kraft setzen. Denn genauso wie die Piraten mit ihren Vorstellungen dazu das Kind gleich mit dem Bade ausschütten wollen, darf man den »Besitzstandswahrern«, die natürlich auch gute Argumente auf ihrer Seite haben, diesmal mit Wolf Biermann zurufen: »Nur wer sich ändert, bleibt sich treu!« Eine »neue Denke« ist gefragt, wie es im Szenejargon vielleicht ausgedrückt wird, aber auch unter »seriösen« Intellektuellen eigentlich selbstverständlich sein sollte und wie es auch die alten Griechen schon praktizierten (»Alles fließt…«). Angefangen haben die Theatermacher, die doch gerne auch zur Avantgarde gerechnet werden.
Auf seiner jüngsten Jahrestagung forderte der Deutsche Bühnenverein jetzt eine behutsame Lockerung des Urheberrechts, es müsse »unkomplizierter« werden. Das sei nötig, damit sich die Kultureinrichtungen in der digitalen Welt besser behaupten könnten. Die derzeitige Ausgestaltung der Urheberrechte werde der modernen Mediengesellschaft nicht mehr in jeder Hinsicht gerecht. Auch wird übrigens von vielen noch immer das »emanzipatorische Potential der Netzöffentlichkeit«, das zum Beispiel auch der Autor Thomas Hettche sieht, unterschätzt.
Konsumverhalten hat sich schon immer auch mit neuen Techniken verändert. Konkret heißt das in diesem Fall, dass es selbstverständlich auch im Netz keinen rechtsfreien Raum geben darf, doch muss auch das Urheberrecht (wie es in anderen Fällen ja auch geschieht) an das digitale Zeitalter zumindest teilweise angepasst werden, ohne dass gleich die gesamte »Privatspähre online« abgeschafft wird. Oder um es mit den Worten des Berliner Justizsenators Thomas Heilmann zu sagen – gesucht wird ein zeitgemäßer Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher und denen der Kreativen, die Verbraucher müssten sich für den privaten Gebrauch im Netz mehr herunterladen dürfen, ohne gleich befürchten zu müssen, dass die Polizei vor der Tür steht.
Das deckt sich dann doch wieder in Teilbereichen mit einer Kernaussage aus der Piratenpartei, wonach der private Internetbenutzer nicht immer mehr kriminalisiert werden dürfe, bei allen eventuell noch geplanten Einschränkungen im neuen Urheberrecht. Die Reform muss auch zeitgemäße und technisch bedingte Bewegungsfreiheiten zugestehen und eben entkriminalisieren. Aber natürlich sind die »neuen Realitäten der Digitalisierung und des Internets« kein Grund, »den profanen Diebstahl geistigen Eigentums zu rechtfertigen oder gar seine Legalisierung zu fordern«, wie es zahlreiche Autoren wie Daniel Kehlmann, Felicitas Hoppe, Charlotte Roche, Thomas Brussig, Uwe Tellkamp, Martin Walser und Günter Wallraff in ihrem Aufruf »Wir sind die Urheber« betonen.
Aber eines steht auch fest: Nicht nur viele Verleger und andere, auch der Gesetzgeber hat den Beginn der digitalen Informationsgesellschaft verschlafen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hat denn auch recht, wenn er meint (und dabei die seiner Meinung nach »auf Tauchstation« gegangene Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP rüffelt), gesetzliche Maßnahmen zum Schutz des Urheberrechts seien für ihn »die größte kulturpolitische Herausforderung dieser Zeit«. Es ist Zeit zum Handeln, meint Mommert.

Tatort re:publica

Ist Markus Beckedahl eigentlich Mitglied bei der VG Wort? Ein Kommentar zur digitalen Problemlage

STEFANIE ERNST

Zwei Monate sind ins Land gegangen seit der letzten, der sechsten re:publica. Die deutschlandweit größte Konferenz für Blogger, sozial-medial Interessierte und für die – laut Eigenbeschreibung der Re:publicaner – »digitale Gesellschaft«, was oder wer auch immer hinter dieser Bezeichnung genau stecken mag, zog 4.000 Interessierte an. So wurde der alte Postbahnhof in Berlin Kreuzberg drei Tage lang zum betriebsamen Festivalgelände, das neben acht Bühnen mit umfangreichem Programm allerhand Schönes und Nebensächliches zu bieten hatte. Unter dem diesjährigen Motto »Act!on« standen die rund 200 Stunden Programm ganz im Zeichen der Schubkraft sozialer Medien für politische Bewegungen. Auf der Tagesordnung waren unter anderem kulturpolitisch brisante Themen wie »Theater und digitale Medien – ein Trauerspiel«, »Der Gläserne Künstler« oder »Spielregeln für das Netz – sicher publizieren in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken« zu finden.

Dabei avancierten erneut die Diskussionen ums Urheberrecht, um Userinteressen, geistiges Eigentum und dessen angemessene Entlohnung zu einem Dauerbrenner der re:publica. Streit und erhitzte Gemüter inklusive. Bereits die Titel der einzelnen Veranstaltungen ließen bei Programmsondierung im Vorfeld durchblicken, worauf es ankam: zielgruppenkonforme oder zumindest geschickte Zuspitzung. Liest man Veranstaltungsankündigungen wie »Tatort Urheberrecht«, »Copyriots! Der Kampf der Kulturen« oder »Act on Acta«, scheint die Marschroute eindeutig. Das in Untertiteln einiger Veranstaltungen das Wort Dialog überhaupt bemüht wurde, ist den Veranstaltern zugutezuhalten. Nur Spott und Häme über die »neuen« ewig Gestrigen, also Politiker, Verbände und Kulturschaffende selbst, helfen eben auch nicht weiter, möchte man am aktuellen Status quo des Urheberrechts etwas ändern. Offenen Diskussionen, so der sich zunächst aufdrängende Eindruck, verweigerten sich die meisten digital Engagierten. Wie verhärtet die Fronten zwischen vielen Nutzern und Kulturschaffenden sind, wurde im Anschluss an das Streitgespräch mit Knut Böser, einem der 51 Tatort-Autoren, die durch ihren offenen Brief kurz vor Beginn der Bloggermesse für Zündstoff sorgten, offenkundig. Das Szenario war mitunter skurril: Ein älterer weißhaariger Drehbuchautor sitzt auf einem Podium mit dem weitaus jüngeren Blogger Marcel Weiß. Nachdem die Meinungen ausgetauscht und die eigene Ansicht vertreten war, durfte man auf den folgenden Dialog gespannt sein. Schnell bildete sich eine Publikumsschlange vor dem Standmikro. Aufgeregte Digitalos standen ganz analog an, um ihre Meinung Kund zu tun oder besser: um Dampf abzulassen. Von einem Gedankenaustausch, einem Abwägen des Für und Wider im Sinne einer weiterführenden Diskussion waren alle Meinungslieferanten allerdings soweit entfernt, wie Griechenland von einem schuldenfreien Staatshaushalt. Vorwürfe und vorgetragenes Unverständnis schlugen Böser hart entgegen. Bezahlregelungen für künstlerische Leistungen dienen lediglich der staatlichen Kontrolle.

Warum nutze man keine Crowdfunding-Instrumente oder lasse die Nutzer für die erbrachten Leistungen spenden, so die zum Teil irritierend bissigen Wortmeldungen. Äußerungen wie der Einwand des Autors, er möchte nicht auf Spenden angewiesen sein, erzürnte Personen aus dem Publikum so sehr, dass sie aufgebracht und protestierend den Raum verließen.

Weitaus moderater ging es da bei der Veranstaltung »Copyriots! Der Kampf der Kulturen« zu. Doch gleich zu Beginn Ernüchterung: Der angekündigte Vertreter der GEMA hatte kurzfristig abgesagt. Dessen namentliche Nichtnennung ließ diese Absage bereits vermuten. Die Häme vieler Anwesenden war der Gema nicht nur sicher, Spott und Gelächter folgten selbstredend auf dem Fuße. Sicherlich wäre es eine Herausforderung gewesen, sicherlich wirkt die Schar von mehreren hundert Kritikern nicht sehr einladend. Respekt erntet man mit einer solchen Einstellung jedoch nicht. Das Feld räumen ohne sich dem Gegner zu stellen. Leider war die GEMA in dieser Rolle nicht die einzige. Auch die Kulturverbände suchte man auf der Messe vergebens. Einzelne Künstler mussten sich verspotten lassen oder wurden belächelt, je nach Wohlwollen und Gnade des Publikums. Ihre Verbände stärkten ihnen nicht den Rücken. Von einem Schulterschluss, in letzter Zeit so oft gefordert, keine Spur. Es ist an der Zeit, vor der eigenen Tür zu kehren. Hätte es nicht auch dem Kulturrat gut angestanden, zumindest mit einem Stand auf der re:publica vertreten zu sein? Das ist ein hartes Pflaster. Spaß macht es vermutlich nicht. Muss es aber auch nicht. Oder haben wir den Posten schon insgeheim verloren gegeben? Hat uns unsere eigene Blindheit und Selbstgewissheit selbst in die Rolle des Buhmanns hineinschlittern lassen? Haben wir die Augen zu lange verschlossen vor den Problemen einer digitalen Welt?

Höflichkeit und Dialogbereitschaft vermisste man häufig ebenso wie konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der rechtlichen Situation. Als Lichtblick zum Ende der Messe zählte der auf die Zukunft ausgerichtete Vortrag Till Kreutzers von iRights. Die Antwort auf seine Kernfrage »Wo stehen wir in Sachen Urheberrecht in 25 Jahren?« gab Grund zum Hoffen: Es werden moderne, dem Internet entsprechende Strukturen vorhanden sein, um Künstler und Kulturschaffende adäquat zu entlohnen. Wie diese genau aussehen, blieb jedoch weitgehend offen.

Kreativ kann (fast) jeder. Aber nicht jeder baut sich ein Standbein als Maler, Musiker oder Schriftsteller auf. Das dieser kleine aber feine Unterschied auch in unserer Zeit weiter existiert, wurde bei der Lesung von Markus Beckedahl und Falk Lüke deutlich. Eine Lesung, die vergegenwärtigte, warum gute Literatur Zeit und Muße braucht und auch Lesungen dem Autor eine besondere Begabung abverlangen. So verfestigte sich am Ende der tagespolitischen Digitalergüsse, die zwischen zwei Buchdeckel gepresst wurden, und der Messe die Frage: Ist Beckedahl eigentlich VG Wort-Wahrnehmungsberechtigter?

Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

FOTO: (CC) ISTOCKPHOTO / RE:PUBLICA 2012

Weniger ist mehr

ARD und ZDF müssen bei ihren Programmangeboten stärker Prioritäten setzen

HELMUT HARTUNG

Die TV-Übertragungen der deutschen Spiele bei der Fußballeuropameisterschaft waren auch in diesem Jahr wieder Straßenfeger, wie sie heute nur noch selten zu erleben sind. Die Fußball-Berichterstattung von ARD und ZDF versammelte jeweils an die 25 Millionen Zuschauer und erreichte Tagesmarktanteile um die 80 Prozent. Und die 19- bis 49-Jährigen schalteten ARD und ZDF sogar überdurchschnittlich ein. Davon können die beiden Sender sonst zumeist nur träumen.

ARD und ZDF mussten für die Übertragungsrechte von 27 der 31 Spiele geschätzte 120 Millionen Euro bezahlen. Geschätzt deshalb, weil beide Sender keine eigenen Zahlen veröffentlichen. Für die Berichterstattung von den Spielen der Fußballbundesliga übrigens auch nicht. Pro EM-Spiel müssen also 4,4 Millionen Euro bezahlt werden. Gemessen an den Reichweiten ist das sicher gut investiertes Geld, zumal so auch viele Jüngere erreicht werden, die sonst um die öffentlich-rechtlichen Programme einen Bogen machen. Dennoch sind 120 Millionen Euro auch für ARD und ZDF, die jährlich über Gebühreneinnahmen von 7,4 Milliarden Euro verfügen, viel Geld. Misst man das an den Budgets, die für fiktionale Produktionen bereitgestellt werden, ist es sogar sehr viel Geld. So beträgt das Budget des zweiteiligen Eventfilms »Der Turm«, der Ende 2012 gesendet werden soll, 6,7 Millionen Euro, der aufwendig produzierte Fernsehfilm »Laconia«, der in Koproduktion mit der BBC entstand, kostete an die 12 Millionen Euro. Kaum ein Fernsehfilm überschreitet heute noch die Marke von 10 Millionen Euro.

Was können die Öffentlich-Rechtlichen noch leisten?

Nun geht es nicht darum, künstlerisch-kulturelle Angebote gegen Sportsendungen auszuspielen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Auftrag beides abzudecken. Er muss Information, Kultur, Unterhaltung und Sport senden und er muss selbstverständlich ein Massenpublikum erreichen. Sonst findet die Rundfunkgebühr oder wie es ab 2013 heißt, die Haushaltsabgabe, keinen Rückhalt in der Bevölkerung mehr.

Doch um ihren bisherigen Auftrag auch über 2012 hinaus zu realisieren, um diese gewohnte Mischung aus zigmillionenteuren Lizenz-Programmen mit einer überdurchschnittlichen Zuschauerakzeptanz und eigenproduzierten kostenintensiven Sendungen, die nur einen kleineren Zuschauerteil ansprechen, beibehalten zu können, müssen die Anstalten mehr als bisher Prioritäten setzen.

Unabhängig davon, wie die Umstellung auf das neue Abgabemodell verläuft, wird ARD, ZDF und Deutschlandradio bis 2016 nicht mehr Geld zur Verfügung stehen. Doch die Lizenzgebühren werden weiter steigen, auch die Mitarbeitergehälter und teilweise auch die Honorare für Künstler und freie Autoren. Zudem werden die Sender mehr für die Entwicklung neuer Ideen und Angebote für Jüngere einplanen müssen. Dazu kommen Kosten für digitale Angebote und Investitionen in Technik. Mehr denn je ist also die Frage, was kann und was muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den nächsten Jahren noch leisten.

Das ist nicht in erster Linie von den Quoten, Zielgruppen und Idealvorstellungen, sondern vor allem von gesellschaftlicher Notwendigkeit und damit gesellschaftlicher Akzeptanz abhängig.

Dabei muss unter anderem über die Anzahl der Digitalkanäle und Radiowellen genauso nachgedacht werden, wie über die Zahl von Sportübertragungen, die Doppelberichterstattung von Sport – oder anderen Events – sowie über manche Digitalangebote oder die Strukturen bei der Produktion eigener Formate. Erforderlich sind aber auch noch mehr Kooperationen und Koproduktionen.

Bei diesen Entscheidungen sind die Ministerpräsidenten der Länder, die den Auftrag definieren und gegenwärtig in einer Arbeitsgruppe über eine Reduzierung dieses Auftrages beraten, genauso gefragt, wie der Zuschauer und Abgabezahler und wie die Sender. Doch es ist ein Irrtum zu glauben, die Ministerpräsidenten würden den Intendanten die Entscheidung abnehmen, wo strukturelle Einschnitte erforderlich sind. Sicher wird die »Arbeitsgruppe Beitragsstabilität« an einigen Stellen den Auftrag präzisieren, doch sie wird kein Konzept für die Zukunft der ARD und des ZDF erarbeiten oder gar eine Priorisierung vornehmen.

Selbst die Länder, die zum Beispiel eine Fortführung aller Digitalkanäle befürworten, wie Hamburg und Berlin, fordern ein besseres Profil dieser Kanäle und mehr Innovationen, die dem Gesamtprogramm zugute kommen sollen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk benötigt ein Gesamtkonzept für seine Verbreitungswege und für die Prioritäten bei der Umsetzung seines Auftrages. Nur so kann er mit seinen Programmen Akzeptanz bei den Zuschauern behalten. Deshalb sollten die Sender auch nicht warten bis die Staatskanzleien entscheiden, sondern mit eigenen Überlegungen in die Offensive gehen.

Helmut Hartung ist Chefredakteur bei promedia

Resolution des Deutschen Kulturrates

Marktverzerrung durch Mehrwertsteueränderung entgegenwirken

Berlin, den 07.05.2012. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, verfolgt mit großer Sorge, dass die Bundesregierung offenkundig der Aufforderung der EU-Kommission Folge leisten und den ermäßigten Umsatzsteuersatz für bildende Kunst abschaffen will. Dieses wird den Kunstmarkt empfindlich treffen und steht im Widerspruch zu der ansonsten von der Bundesregierung betriebenen Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Der Kunstmarkt gehört zu den kulturwirtschaftlichen Märkten, der bislang ohne direkte Unterstützungsmaßnahmen sich im internationalen Handel bewährt hat. Eine zentrale indirekte Förderung ist dabei die ermäßigte Umsatzsteuer für Kulturgüter.

Im Jahr 2007 wurde eigens die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung ins Leben gerufen, um die »Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft zu stärken und das Arbeitsplatzpotenzial noch weiter auszuschöpfen. Darüber hinaus sollen die Erwerbschancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler verbessert werden.« Die geplante Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für die bildende Kunst ist aber genau das Gegenteil. Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kunstmarktes verschlechtert sich und die Erwerbschancen innovativer, kleiner Galerien werden sich verringern.

Das Argument der Bundesregierung, dass Deutschland bereits seit vielen Jahren EU-rechtswidrig den ermäßigten Umsatzsteuersatz für bildende Kunst anwendet, zieht aus Sicht des Deutschen Kulturrates nicht. Die Bundesregierung hätte sich bereits seit Jahren für eine Aufnahme von Gegenständen der bildenden Kunst in die Liste derjenigen Gegenstände und Dienstleistungen einsetzen können, die mit einem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden können. Hier wurde über viele Jahre nicht gehandelt, so dass nun der Kunstmarkt den Schaden tragen muss.

Spätestens mit der Ratifizierung der »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« (Konvention Kulturelle Vielfalt) durch die Bundesrepublik Deutschland sowie die Europäische Union im Jahr 2005 stand ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zur Verfügung, um Maßnahmen zur Schutz des Kunstmarktes zu ergreifen. Die Konvention Kulturelle Vielfalt ist auch ein Instrument zum Schutz und zur Förderung der Kulturmärkte. Es ist daher ausdrücklich vorgesehen, dass politische Maßnahmen ergriffen werden können, um die Kulturwirtschaft zu schützen und zu stärken.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf, sich unverzüglich für eine Änderung der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie stark zu machen, damit Gegenstände der bildenden Kunst uneingeschränkt nach dem nationalen Recht mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden können.

Da diese Änderung im europäischen Recht einige Zeit in Anspruch nehmen wird, sieht der Deutsche Kulturrat die Bundesregierung gefordert, entsprechende Ausgleichsmaßnahmen für die Verschlechterung der Rahmenbedingungen des heimischen Kunstmarktes jetzt zu ergreifen.

Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass die Bundesregierung mit der Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ausschließlich darauf abzielt, dem angedrohten Vertragsverletzungsverfahren zu entgehen. Der Deutsche Kulturrat folgert daraus, dass kein fiskalischer Nutzen intendiert ist.

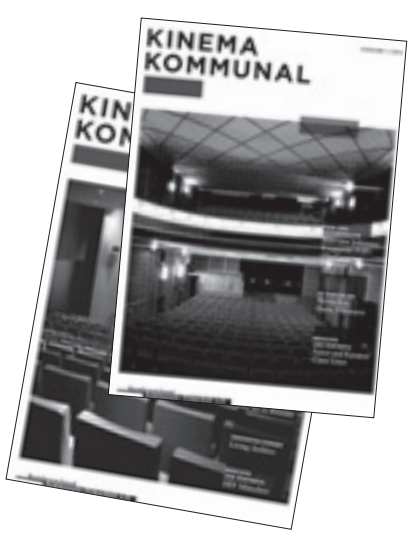
Er fordert daher, dass die Bundesregierung mindestens folgende Maßnahmen ergreift:

- im Rahmen der Möglichkeit der EU-Mehrwertsteuerrichtliche Verkäufe direkt vom Künstler weiterhin mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent zu besteuern, wie es beispielsweise in Frankreich gemacht wird,
- eine Verbesserung der Margenbesteuerung ähnlich den in Frankreich für den Bereich des Kunsthandels geltenden Regelungen, so dass eine pauschale Handelsspanne von 25 Prozent des Verkaufspreises als Marge dem regulären Umsatzsteuersatz unterworfen werden kann,
- eine Klarstellung im Anwendungserlass zum Umsatzsteuergesetz, dass die Margenbesteuerung auch für neue Werke gilt,
- eine Verstärkung der Messeförderung für den Kunsthandel,
- eine Erhöhung der Ankaufsetats von Museen, damit diese nicht zusätzlich ihre Ankäufe aufgrund höherer Preise verringern.

Blätterrauschen: kinema kommunal

Ein Porträt der Filmhochschule München, die Novellierung des Filmfördergesetzes, Cinema Jenin, das »Oberhausener Manifest«, das Filmsymposium in Bremen, die Digitalisierung und die FFA – dies ist die Spannweite der Themen, die in der »kinema kommunal« zu finden sind. Seit 1991 erscheint die Zeitschrift des Bundesverbandes kommunale Filmarbeit mit drei bis vier Ausgaben pro Jahr.

Zentrales Thema ist natürlich der Wandel der Kinolandschaft, die Digitalisierung und die Rolle öffentlich geförderter Kinos in diesem Zusammenhang. In den digital umgerüsteten kommerziellen Kinos wird die analoge Filmgeschichte nicht mehr präsentiert werden können. Kommunale Kinos, Programmkinos und Filmmuseen werden aller Voraussicht nach die einzigen sein, die als sogenannte Hybrid-Kinos die Filmgeschichte analog und digital abbilden können. Und was passiert mit denjenigen Kinomachern, die sich die digitale Umrüstung nicht leisten können oder wollen?



Neben aktuellen Themen der Film- und Kulturpolitik sind in der »kinema kommunal« Film-, DVD-, Veranstaltungs- und auch Buchtipps abseits des Mainstreams zu finden. Es werden unter anderem Arthouse- und Dokumentarfilme vorgestellt, die nicht in der Videothek um die Ecke stehen und natürlich wird gesagt, wo diese stattdessen zu erhalten sind. Es wird von Werkschauen verschiedener Regisseure berichtet, die mit ihren Filmen durch die kommunalen Kinos der Republik tingeln. Ebenso wird auf Filmfestivals aufmerksam gemacht.

Des Weiteren enthält diese Zeitschrift Porträts und Berichte von und über filmkulturelle Initiativen, einzelne kommunale Kinos, Filmsymposien, Kolloquien und Filmpreise. Persönlichkeiten aus der Filmbranche werden interviewt und vorgestellt: also rundum ein reiches Angebot für alle Filmbegeisterten und Kinomacher.

Mit »kinema kommunal« gewinnt der interessierte Leser einen detaillierten Einblick in die Strukturen und aktuellen Geschehnisse der deutschen Kinolandschaft und informiert sich über die Arbeit der kommunalen Kinos als Schnittstelle zwischen klassischer Filmkunst und Neuen Medien.

»kinema kommunal« ist über die Geschäftsstelle des Bundesverbandes kommunale Filmarbeit zu beziehen. Weitere Infos unter: *www.kommunale-kinos.de*.

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

kinema kommunal
Zeitschrift des Bundesverbandes kommunale Filmarbeit

Name

Kinema Kommunal

Herausgeber

Bundesverband kommunale Filmarbeit e.V. (BkF)

Redaktion

Claudia Engelhardt, Cornelia Klauß

Erscheinen

Drei bis vier Ausgaben im Jahr

Auflage

750

Inhalt

Filmkunst, Kinokultur, Kultur- und Filmpolitik

Zielgruppe

Mitglieder des Bundesverbandes kommunale Filmarbeit, Vertreter der Film- und Kulturpolitik, Filmjournalisten, Multiplikatoren und Verantwortliche in der Filmbranche sowie anderer Verbände, Kuratoren und film- und kinointeressierte Leser

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Chorfest Frankfurt 2012.
Das Großevent des Deutschen Chorverbands

Mehr als 500 Chöre, 600 Konzerte und über 20.000 Sängerinnen und Sänger – das war das Deutsche Chorfest 2012 in Zahlen und Fakten. An Inhalten ist die singende Mainmetropole weniger leicht zu umreißen, so vielseitig waren die Konzerte und Veranstaltungen: Vom Open-Air-Konzert der Wise Guys bis zum Auftritt des RIAS-Kammerchors, vom Mitsingkonzert mit Mendelssohns „Elias“ mit einem 700-köpfigen Spontanchor über Kinderkonzerte und den großen Chorwettbewerb bis hin zum Mitternachtssingen am Mainkai-Ufer unter freiem Himmel – Frankfurt war ganz Chor!

Neben einer immensen Medienpräsenz zeigte auch die Politik mit Ehrengästen wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Bundespräsident Joachim Gauck und Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth ihr großes Interesse und ihren Zuspruch für das deutsche Chorfest. nmzMedia war die komplette Zeit über vor Ort mit der Kamera dabei und präsentiert in kurzen Blogvideos einen abwechslungsreichen Querschnitt durch die vier Chorfest-Tage.

klasse.im.puls.
Das Klassenmusikkonzept in Bayern

JeKi, JEKISS und JeKiSti, das Monheimer Modell oder Wir machen Musik! – immer mehr Konzepte zum Klassenmusizieren gehören an deutschen Schulen zum Alltag. An bayerischen Schulen gibt es seit September 2009 ein ganz eigenes Programm: klasse.im.puls richtet sich nicht, wie viele seiner Schwester-Projekte, an Grundschüler; hier werden gezielt Haupt-, Mittel- und Realschulen zum gemeinsamen Musikmachen ermutigt. nmzMedia stellt dieses besondere Modell vor.

kostenlos unter:
www.nmz.de

Kurz-Schluss

Wie ich einmal Spitzensport mit frühkindlicher Bildung echt versöhnen konnte

THEO GEIßLER

Als Notnagel, als Klebekitt für die tiefen Risse zwischen den Interessen unterschiedlicher Bundesministerien habe ich im letzten Jahrzehnt viel Segensreiches vollbracht. Wie viele Steuermilliarden ersparte ich unseren hartgemolkenen Mitbürgern immer unter dem Schutzmantel meines streng geheimen Auftraggebers Wolfgang Schäuble dank meiner blendenden, oft unkonventionellen Ideen.

Mein aktueller Undercover-Auftrag erweist sich freilich als gordischer Knoten, leider nicht aus Hanf oder Baumwolle, sondern aus eng gesponnenem Titandraht. Cherchez la Femme – sag ich nur. Da lobt eine vom Koalitionspartner CSU gepeitschte junge CDU-Ministerin als Wahlzuckerl ein Betreuungsgeld für häuslich hütebereite Mütter aus – und muss gleichzeitig von der Legislative getrieben massig Krippen- und Kitaplätze schaffen. Irgendwie schizo, jedenfalls unglaublich teuer. Woher die Kohle allein für die notwendigen Baumaßnahmen nehmen?

Meine erste Idee, die Gesamtproblematik durch den Zusatz gewisser Hormonpräparate ins Trinkwasser mal grundsätzlich anzugehen, fand leider wenig Zustimmung selbst im ansonsten recht pharmafreundlichen Finanzministerium. Unter solchem Leistungs-Druck stöhnend gönne ich mir dann doch gelegentlich eine Denkpause. Aktuell bot sich zur Entspannung ein Blick auf die milliardenteure Fußball-Europameisterschaft an – (insgesamt ein hinlänglicher Beleg für die ungeheuere Leichtigkeit planvoller Massenverblödung).

Es lief gerade die dreißigste Minute des Spiels zwischen Griechenland und der Bundesrepublik (dessen Ausgang ich dank eines kleinen Deals mit dem Schiedsrichtergespann aus Mitteln der Sportförderung natürlich längst kannte). Da geschah etwas emotional total Aufwühlendes: Philipp Lahm hatte gerade planmäßig das erste Tor geschossen, da schwenkte die Kamera auf unsere Bundeskanzlerin. Getrieben von nicht inszenierbarer, spontaner Freude hüpfte unsere Second- oder Third-Lady samt ihrem erbswurstgrünen Kostümzelt wie ein Springfrosch im brasilianischen Dschungel auf der Ehrentribüne herum. Was für ein Spielplatz der ehrlichen Emotionen!

Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen: Wozu Kita- oder Kindergarten-Neubauten, wo doch in Deutschland unter der Woche hunderte feinst ausgerüstete Fußballstadien weitgehend leer stehen. Viele überdacht, mit Duschen, Toiletten und Ruhezonen gesegnet. So viele Kinder können deutsche Paare jährlich gar nicht zeugen, wie sie in diesen für Spiel, Spaß und Bildung prädestinierten Arenen Raum hätten. Und gab es nicht in vergangenen Jahrzehnten – zum Beispiel in Chile – beste Erfahrungen mit Gruppen-Erziehungsprozessen gerade in Fußballstadien?

Bleibt nur noch die Frage nach ebenso kostengünstigem wie kompetentem Betreuungspersonal zu lösen. Sofort entsinne ich mich einiger leider untergegangener aber nichtsdestotrotz hoch pragmatischer Vorschläge unserer Bundesministerin für Arbeit und besonders Soziales, Ursula von der Leyen.

Plan eins: Die gefeuerten Schlecker-Verkäuferinnen sind durch steten Kontakt mit Lippenstiften und sonstigen färbenden Kosmetika bestens vorbereitet für den frühkindlichen Unterricht im Malen und Werken. Piercing- und Tattoo-Utensilien können aus Restbeständen der Schlecker-Warenlager günstigst angeschafft werden. In diesen Lagern befinden sich (eine unerhebliche unternehmerische Fehlplanung) auch noch große Bestände mittlerweile schwer verkäuflicher Vuvuzelas. Laut Pränatalpädagoge Prof. Tini von Thuss »auch schon für Zweijährige die ideale Einstiegsdroge in die wunderbare Welt der Musik – nach dem Motto: Jedem Kind ein Instrument«.

Plan zwei: Die an Entbehrungen gewöhnten und deshalb in Beschaffungsfragen oft recht phantasievollen Hartz-IV-Empfängerinnen werden in Catering-Teams zusammengefasst. Sie besorgen die Rohstoffe für unsere Stadion-Großküchen auf den Müllkippen der Aldi- und Lidl-Filialen unter sorgfältiger Prüfung der (wie wir inzwischen wissen: überflüssigen) Verfallsdaten. Vorkosten ist dann natürlich Pflicht – sättigt aber auch.

Endgültig durchschlagen haben den gordischen Titanknoten aber die Spitzen-Fußball-Funktionäre selbst. Eingeweiht in mein Konzept trugen mich Franz Beckenbauer und Sepp Blatter auf ihren Schultern dreimal um die Aschenbahn des Münchner Olympiastadions (leider nicht vor Publikum). Eine derart schlüssig-menschliche Kampagne zur Rettung des angeschlagenen Images unseres Profi-Fußballes (Doping, Korruption, Menschenhandel) hätte ihnen noch nicht mal Lintas Deutschland angeboten. Fifa-Präsident Sepp Blatter selbst will das Modell nach dem Euro-Endspiel Spanien – Deutschland (2 : 1, aber die Ratingagenturen werten iberische Banken wieder hoch) auf der ZDF-Seebühne in Heringsdorf verkünden. Und er will sich in den KiTa-Arenen persönlich um die sportliche Entwicklung junger Mädchen mit Migrationshintergrund kümmern.

Uns aber freut besonders, dass der Springer-Konzern als Hauptsponsor auf diesen Sozial- und Bildungs-Express aufgesprungen ist. Sechsmal jährlich will er unsere Zeitschrift »Politik & Kultur« in einer Auflage von 42 Millionen kostenlos an alle deutschen Haushalte verteilen. Wir denken gerade über unsere Anzeigenpreis-Gestaltung nach.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: DIEKO MÜLLER

KURZNACHRICHTEN

Thema Kulturschule
Schulen mit einem kulturellen Profil werden auch für die Kulturpolitik immer wichtiger. Kulturelle Schulentwicklung ist daher zurzeit ein fachlicher Schwerpunkt von Kulturratspräsident Prof. Dr. Max Fuchs. Entsprechende Konzepte und Impulse hat er bei verschiedenen Gelegenheiten vorgestellt: In der Stadt Bamberg am 16. März 2012 sowie im Rahmen des Kulturagentenprogramms der Stiftung Mercator und der Bundeskulturstiftung in Aachen und in Remscheid. Eine Publikation »Die Kulturschule« erscheint demnächst.

Kulturradio
Wo liegt die Zukunft des Kulturradios? In der Auftaktveranstaltung der neuen WDR-Reihe »WDR=Kultur=Gut« am 14.06.2012 diskutierte der Vizepräsident des Deutschen Kulturrates Christian Höppner zusammen mit Experten aus den Medien und der Wissenschaft über das Kulturradio.

Piraten meets Kulturrat
Am 08.06.2012 hat die Piratenpartei Deutschland Vertreter aus dem Kulturbereich zu einem ersten Runden Tisch zum Thema Urheberrecht und Leistungsschutzrecht nach Berlin eingeladen. Für den Deutschen Kulturrat nahm Geschäftsführer Olaf Zimmermann an dem Treffen teil. Piraten wie Kulturvertreter betrachten Kommerzialisierung des Netzes durch Google, YouTube und Co. mit großer Sorge. Beide Gruppen vereinbarten, die konstruktiven Gespräche fortzusetzen.

Mehrwertsteuer und Kunsthandel
Kulturstaatsminister Bernd Neumann lud am 07.06.2012 Vertreter des Kunsthandels, Rechtsexperten, Museumsleiter und Galeristen sowie den Deutschen Kulturrat ins Bundeskanzleramt ein. Thema des Gesprächs war der Wegfall des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für den Kunsthandel aufgrund europäischer Vorgaben.

Aktionstag 2012
Der diesjährige Aktionstag unter dem Motto »Wert der Kreativität« war ein großer Erfolg. Rund um den 21. Mai fanden bundesweit über 450 Veranstaltungen statt. 235 Kulturmenschen haben ihre Unterstützung öffentlich bekundet und wurden zu wertvollen Stützen des Aktionstages. Durch die große Beteiligung und die enorme Resonanz in der Öffentlichkeit haben wir unser Anliegen erreicht. Das Thema »Wert der Kreativität« ist aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Und wir machen weiter!

Kulturinfarkt ist das Unwort des Jahres
Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, hat das Wort »Kulturinfarkt« als Unwort des Jahres 2012 vorgeschlagen. »Kulturinfarkt« lautet der Titel des umstrittenen Buches von Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel und Stephan Opitz, welches im März erschienen ist. In den vergangenen 40 Jahren, so behaupten die Autoren darin, hätte es eine kulturelle Flutung gegeben, der Kulturbereich sei Dank öffentlicher Förderung bequem und verfettet geworden, der Kulturinfarkt drohe. Die Thesen der Autoren hatten im Kulturbereich für große Empörung gesorgt.

Deutsch-Französischer Dialog
Vom 29.-30. Mai 2012 fand das Deutsch-Französische Treffen der Belletristik-Verlage in Berlin statt. Vorträge und Diskussionen betrafen unter anderem die Themen Literaturvermittlung, kultureller Austausch, Belletristik im digitalen Zeitalter sowie Urheberrechte und Besteuerung: Die neuen Herausforderungen. Für den Deutschen Kulturrat nahm Olaf Zimmermann an der Veranstaltung teil.

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst), Andrea Wenger, Barbara Haack, Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Tatjana Gridnev, Carolin Ries, Linda Schwarz

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Juli – August 2012 www.kulturrat.de ISSN 2191-5792 · B 58 662

Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich?

Von Olaf Zimmermann

Ob nun der Islam zu Deutschland gehört oder ob die Muslime zu Deutschland gehören, über diese nur auf den ersten Blick semantischen Verschiebungen findet in Deutschland im Kern eine Auseinandersetzung über die Grundlagen unseres Gemeinwesens statt. Spielt Religion in einem weitgehend säkularisierten Gemeinwesen überhaupt noch eine Rolle? Und wenn ja, welchen Stellenwert hat sie? Gibt es Religionen erster Klasse wie das Judentum und das Christentum, Religionen zweiter Klasse wie den Islam und dann die anderen? Und wenn ja, welche Bedeutung haben dann zivilgesellschaftliche Organisationen religiöser Prägung? Gibt es auch hier eine Rangfolge?

Foto: JUMA

Spannende Fragen, die auf den dahinterliegenden Diskurs verweisen, wenn über Muslime und Zivilgesellschaft nachgedacht wird. Muslime und Zivilgesellschaft – diese Fragestellung hat mindestens zwei Dimensionen. Zum einen geht es um das Engagement von Muslimen in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereinen oder Stiftungen abseits von religiösen Fragen. Zum anderen geht es um die Frage der muslimisch geprägten organisierten Zivilgesellschaft, das heißt jene Vereine und Organisationen, die sich aufgrund eines gemeinsamen religiösen Hintergrunds zusammenschließen.

Muslime in zivilgesellschaftlichen Organisationen

Muslime gehören selbstverständlich zivilgesellschaftlichen Organisationen an. Sie sind Mitglied in einem Sportverein, in einem Chor, in einem Laienorchester, in einer Theatergruppe, einem Kunstverein und vielem anderen mehr. Sie engagieren sich als Bürger für ihre Interessen oder für ihren Stadtteil und sie gestalten ihre Freizeit in Vereinen und Verbänden.

Thomas Klie zeigt in dieser Beilage, dass das zivilgesellschaftliche Engagement der Migranten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich ist. Auch wenn vielfach beklagt wird, dass zu wenige Migranten in Vereinen und Verbänden präsent sind, engagieren sie sich nicht weniger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Zusätzlich muss festgehalten werden, dass weder alle Migranten Muslime sind, sondern ebenso Christen, Juden, Hinduisten, Buddhisten oder einfach keiner Religion angehören. Zum Zweiten sind nicht alle Muslime Migranten, sondern wie Michael Blume in dieser Beilage schreibt, zu einem großen Teil Deutsche und erscheinen daher nicht in den üblichen Statistiken zur Beteiligung von Muslimen in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Und: Hand aufs Herz, macht es einen Unterschied, ob eine deutsche Muslima den ersten Sopran in einem Chor singt oder eine evangelische Christin aus Südkorea? Wird sich der Tenor, der Muslim ist, von dem Tenor jüdischen Glaubens unterscheiden? Doch sicherlich nicht.

Zu den Bildern

Die Bilder des Dossiers, die von unterschiedlichen Bildautoren stammen, wurden uns freundlicherweise vom Berliner Projekt JUMA zur Verfügung gestellt. JUMA steht für jung, muslimisch, aktiv. Das Projekt wird im Innenteil des Dossiers näher vorgestellt. Jung, muslimisch, aktiv ist genau das, was die Bilder dem Betrachter vor Augen führen. Die Fotos zeigen junge muslimische Männer und Frauen, die sich engagieren, die Fragen stellen, angeregt diskutieren, kurzum, die etwas bewegen möchten.

Infos unter http://www.juma-projekt.de ■

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist zunächst losgelöst von der Religionszugehörigkeit. Menschen engagieren sich in Vereinen für sich und für andere. Weil das so ist, hat der Deutsche Kulturrat bei seinem Runden Tisch Interkultur, der von 2009 bis Ende 2011 stattfand und sich mit Fragen der interkulturellen Bildung befasst hat, religiöse Fragen weitgehend ausgeklammert. Ziel dieses Runden Tisches war es, zu eruieren, wie eine interkulturelle Öffnung von Organisationen und Institutionen aussehen kann und wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können, damit mehr Menschen mit Migrationshintergrund an Angeboten der kulturellen Bildung partizipieren und damit sich die bestehenden Angebote stärker öffnen und interkulturell ausrichten. Religiöse Fragen spielten allenfalls am Rande eine Rolle. Zu vermuten ist, dass die Vertreter der Migrantenorganisationen an diesem Runden Tisch sehr unterschiedliche religiöse Hintergründe hatten, von katholisch über griechisch-orthodox, alevitisch, muslimisch bis hin zu keiner Religionszugehörigkeit. Ebenso ist anzunehmen, dass einige der Teilnehmer längst Deutsche sind, sich aber in Migrantenorganisationen engagieren. Dieser Runde Tisch sollte einen Beitrag zur Stärkung der Zusammenarbeit von Migrantenorganisationen und Kulturverbänden leisten. Ebenso sollte für die interkulturelle Öffnung von Kulturverbänden geworben werden. Mit diesen Anliegen befand sich der Deutsche Kulturrat auf der Höhe der Integrationsdebatte. Es geht um gegenseitige Wertschätzung, um Aufeinanderzugehen und um ein Mehr an Zusammenarbeit.

Muslimische Zivilgesellschaft

Komplizierter wird es, wenn von der muslimisch organisierten Zivilgesellschaft die Rede ist. Selbstverständlich gibt es sie. Es gibt die muslimischen Verbände auf Bundesebene und es gibt Zusammenschlüsse auf der lokalen Ebene. Gerade bei diesen Zusammenschlüssen wird in der öffentlichen Debatte aber sehr oft mit zweierlei Maß gemessen. Zum einen wird vielfach von muslimischen Verbänden erwartet, dass sie sich unmittelbar für Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakte von Muslimen in anderen Ländern entschuldigen. Warum eigentlich, möchte ich provokant fragen? Was haben muslimische Verbände in Deutschland mit Ausschreitungen von Muslimbrüdern gegen Kopten in Ägypten zu tun? Weder gibt es eine institutionelle Verbindung, noch haben deutsche Muslime einen Einfluss darauf, was die Muslimbrüder in Ägypten machen. Es wird ja auch nicht von evangelischen Christen verlangt, dass sie sich von evangelikalen Pfarrern in den USA distanzieren, die den Koran verbrennen wollen.

Zum anderen wird muslimischen Verbänden oftmals ein Misstrauen entgegengebracht, ob sie sich verfassungskonform verhalten und was hinter der Moscheetür tatsächlich passiert. Die muslimischen Verbände öffnen daher seit 1997, also in diesem Jahr zum sechzehnten Mal, die Moscheen und laden ein zur Besichtigung, zum Gespräch und zum Kennenlernen. Der Tag der offenen Moschee ist eine Einladung an alle, die sich über den Islam und das religiöse Leben in den muslimischen Gemeinden informieren wollen.

An diesem Tag gibt es auch die Gelegenheit, muslimische Kindergärten kennenzulernen oder aber etwas über muslimische Jugendarbeit zu erfahren. Denn ebenso wie es christliche und jüdische Kindergärten, Jugendgruppen, Jugendfreizeiten usw. gibt, existieren diese auch für muslimische Kinder und Jugendliche. Eltern, die ihre Kinder einem muslimischen Kindergarten anvertrauen, streben ebenso wie Eltern, die einen christlichen oder jüdischen Kindergarten für ihr Kind auswählen, neben der Betreuung und Erziehung auch religiöse Bildung an. Das beginnt bei jüdischen und muslimischen Kindergärten mit der Einhaltung der Speisegebote, reicht über die entsprechenden religiösen Feiern bis hin zur kindgerechten Einführung in den Glauben.

Ebenso wie junge Christen und junge Juden sich in Jugendgruppen treffen, gemeinsame Ferienfreizeiten verbringen, entstehen solche Angebote für junge Muslime. Sie sind ein selbstverständlicher Ausdruck des religiösen Lebens und dienen dazu, Gemeinschaft zu stiften, Gemeinschaft, die über das gemeinsame Erleben hinausgeht und den religiösen Bereich einbezieht.

Eine konsequente und wie ich finde längst überfällige Fortsetzung dieser Aktivitäten wäre die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands. Aiman Mazyek gibt hierzu in dieser Beilage Auskunft.

Zivilgesellschaft und Gemeinwesen

Gibt es also eine muslimisch organisierte Zivilgesellschaft und brauchen wir sie für unser Gemeinwesen? Dass es eine eigenständige musli-

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich?

mische Zivilgesellschaft gibt, ist unstreitig. Einige Beispiele wurden angerissen, in dieser Beilage werden weitere vorgestellt. Sie sollten ein selbstverständlicher Teil unseres Gemeinwesens werden, so wie es die christlichen und jüdischen Verbände längst sind. Sie bieten religiös gebundenen Menschen ein Forum der Auseinandersetzung über ihren Glauben, des Austausches mit anderen und der religiös gebundenen Standortbestimmung. Die sich in den letzten Jahren verstärkenden Ansätze des interreligiösen Austausches, die sich vor allem auf die drei sogenannten Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam beziehen, sollten auch als Forum für den Austausch der religiös gebundenen Zivilgesellschaft genutzt werden. Aufgrund der Fokussierung auf den eigenen religiösen Hintergrund stellen sie keine Konkurrenz untereinander, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.
Aber auch die anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten in der Zusammenarbeit mit muslimischen Vereinen und Verbänden ein solches Selbstverständnis entwickeln, wie es mit christlichen und jüdischen Verbänden längst der Fall ist oder aber – und das wäre die Konsequenz einer dauerhaften Ausgrenzung der muslimisch organisierten Zivilgesellschaft – insgesamt müsste die korporatistische Zusammenarbeit zwischen Staat und religiös geprägter, organisierter Zivilgesellschaft auf den Prüfstand gestellt werden. Doch dies wäre nicht nur töricht, es wäre geradezu dumm, auf die integrative Kraft von Religionsgemeinschaften und die religiös geprägte Zivilgesellschaft in unserem Gemeinwesen zu verzichten.
Gehören nun die Muslime oder der Islam zu Deutschland? Beides, weil beides zusammengehört. Selbstverständlich sind Muslime deutsche Staatsbürger oder leben hier teilweise schon seit Jahren. Sie sind Teil der deutschen Gesellschaft. Und ebenso selbstverständlich gehört auch der Islam zu Deutschland, nicht zuletzt weil Muslime ihn hier praktizieren und sich eine muslimische Zivilgesellschaft herausbildet. Alle gesellschaftlichen Akteure tun gut daran, die muslimische Zivilgesellschaft nicht als Zivilgesellschaft zweiter Klasse zu behandeln.
Deutschland ist inzwischen durch kulturelle wie durch religiöse Vielfalt geprägt. Diese findet nicht nur in unserem Straßenbild oder in unserem kulturellen Leben seinen Ausdruck, sondern ebenso in einer lebendigen muslimischen Zivilgesellschaft. Diese zu stärken und den Dialog zu vertiefen, ist das Gebot der Stunde.

OLAF ZIMMERMANN IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK & KULTUR

Mühsames Ringen um Anerkennung

Muslimische Dachverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland / Von Matthias Kortmann

Für die Zivilgesellschaftsforschung sind muslimische Dachverbände aus zwei Perspektiven interessant. Einerseits handelt es sich bei ihnen zumeist um von Migranten gegründete Organisationen, die sich als Selbstorganisationen der Interessen anderer Einwanderer annehmen. Dementsprechend wird ihnen grundsätzlich das Potenzial zugeschrieben, die Bildung von Sozialkapital bei Migranten voranzutreiben, welches diese befähigt, sich in der Aufnahmegesellschaft erfolgreich zu integrieren. Andererseits handelt es sich um religiöse Organisationen, die – vor allem ihrem Selbstverständnis nach – muslimische Pendants zu den christlichen Kirchen darstellen. Letztere werden in der Regel – beispielsweise durch José Casanova – ebenfalls der zivilgesellschaftlichen Sphäre zugeordnet, da auch in religiösen Organisationen aktive Teilnahme und demokratisches Bewusstsein gefördert würden.

Auch wenn sich muslimische Vereine und Verbände bereits vor Jahrzehnten in Deutschland gegründet haben, werden sie erst seit dem Beginn dieses Jahrtausends als (potenzielle) Akteure in der Zivilgesellschaft in Deutschland wahrgenommen. Dieses ist einerseits auf den Paradigmenwechsel der deutschen Migrations- und Integrationspolitik zurückzuführen, im Rahmen derer das Dogma vom „Nicht-Einwanderungsland Deutschland" aufgegeben wurde und Selbstorganisationen von Migranten in der Folge an Legimitation gewannen. Andererseits rückten nicht zuletzt nach dem 11. September 2001 muslimische Einwanderer immer stärker in den Fokus. Vertreter der deutschen Politik, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen begaben sich auf die Suche nach möglichst repräsentativen organisierten Ansprechpartnern, die für die Muslime in Deutschland sprechen können. Auch die muslimischen Verbände öffneten sich immer stärker gegenüber Vertretern von Aufnahmestaat und -gesellschaft, um die Anerkennung des Islam in Deutschland voranzutreiben und den interreligiösen Dialog mit den christlichen Kirchen oder der jüdischen Gemeinde zu forcieren. Eine deutliche Aufwertung der Verbände stellte schließlich die Einberufung der Deutschen Islam Konferenz (DIK) im Herbst 2006 durch den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble dar. Neben zehn muslimischen Persönlichkeiten kamen seitdem Vertreter der fünf größten Verbände mit Repräsentanten des deutschen Aufnahmestaates zusammen, um über Themen zu sprechen, die die Integration des Islam und der Muslime in Deutschland betreffen. Zu den beteiligten Verbänden dieser ersten Phase der DIK (2006-2009) gehörten die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD), der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) sowie die Alevitische Gemeinde in Deutschland (AABF).
Ungeachtet ihrer inzwischen aufgewerteten Rolle als Gesprächspartner ist die Position der muslimischen Dachverbände jedoch weiterhin mit Problemen behaftet. Eine zentrale Herausforderung stellt für sie der Nachweis ihrer Repräsentativität unter den in Deutschland lebenden Muslimen dar. Alle genannten Verbände definieren ihre Organisationen als Religionsgemeinschaften und möchten als solche dieselbe Anerkennung erfahren, die auch den christlichen Kirchen zuteil wurde. Letztere haben im Rahmen des deutschen Religionsverfassungsrechts eine hervorgehobene Stellung: Nach Artikel 7 des Grundgesetzes sind sie berechtigt, Religionsunterricht an öffentlichen Schulen anzubieten. Artikel 140 GG sieht sogar eine Anerkennung religiöser Organisationen als Körperschaften des Öffentlichen Rechts vor. Dieser Status berechtigt sie, von ihren Mitgliedern eine Kirchensteuer zu verlangen, die durch die staatlichen Finanzbehörden erhoben wird. Darüber hinaus erhalten sie als Körperschaften oftmals Zugang zu staatlicherseits eingerichteten Gremien. Während die alevitische AABF in einigen Bundesländern zumindest als Religionsgemeinschaft nach Artikel 7 GG anerkannt wurde und dort Religionsunterricht an staatlichen Schulen anbietet, sind die Bemühungen der übrigen Dachverbände um eine offizielle Anerkennung bisher gescheitert. Verantwortliche Politiker bemängeln, dass lediglich maximal 30 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime in einem der vier großen islamischen Verbände organisiert sind. Letztere halten sich demgegenüber zugute, 80 Prozent aller Moscheegemeinden in Deutschland und damit die große Mehrheit der die religiös-islamische Infrastruktur nutzenden Muslime zu vertreten.
Eine weitere Schwächung der Verbände resultiert aus Rivalitäten, die zwischen den Organisationen bestehen. Unstimmigkeiten gibt es mitunter vor allem zwischen den türkisch-stämmigen Verbänden, die sich in Deutschland auf der Grundlage islamischer Strömungen gegründet haben, welche bereits im Herkunftsland bestanden. Der wichtigste Gegensatz ist dabei jener zwischen der den Laizismus türkischer Prägung repräsentierenden DITIB, einem Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet, und den anderen sunnitischen Strömungen, die sich gegen eine strikte Trennung von Religion und Staat wenden: die Bewegungen der Süleymancılar (in Deutschland als VIKZ organisiert) und der Milli Görüş. Letztere bildet als Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) die – nach der DITIB – zweitgrößte islamische Organisation und damit das bei weitem größte Mitglied des Islamrates. Auch wenn sich die vier größten islamischen Verbände DITIB, Islamrat, ZMD und VIKZ 2007 im Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammengefunden haben, bedeutet dies nicht das Ende jeglicher Disparitäten. Aufgrund ihrer Anbindung an den türkischen Staat steht vor allem die DITIB einer strukturellen Vertiefung des KRM, der sich bis heute noch keine Satzung gegeben hat, reserviert gegenüber. Einen weiteren Gegensatz innerhalb der muslimischen Organisationslandschaft bildet jener zwischen den sunnitischen bzw. sunnitisch-schiitischen Verbänden und der alevitischen AABF. Letztere grenzt sich mitunter offensiv von den übrigen Verbänden ab und stellt sich der deutschen Gesellschaft als „liberale" Alternative zu den als konservativ-orthodox dargestellten KRM-Verbänden dar.
Auch das Bundesinnenministerium kritisierte seit Beginn der DIK eine zu konservative Ausrichtung – eines Teils – der KRM-Verbände. Unbehagen bereitete staatlichen Vertretern vor allem die – indirekte – Beteiligung der IGMG, die seit Jahren durch den Verfassungsschutz beobachtet wird und in dessen Berichten wiederholt als verfassungsfeindlich, zuletzt als integrationsfeindlich eingestuft wurde. Polizeiliche Ermittlungen gegen die IGMG wegen mutmaßlichen Steuerbetrugs veranlassten Schäubles Nachfolger Thomas de Mazière 2010 schließlich, ihrem Dachverband, dem Islamrat, lediglich eine ruhende Mitgliedschaft in der DIK anzubieten. Der Islamrat lehnte einen solchen Status ab und erklärte seinen Ausstieg aus der Konferenz. Diesem Vorbild folgte der ZMD, der seine Abkehr von der DIK mit bisher fehlenden Ergebnissen und einer mangelnden Mitsprache der islamischen Verbände begründete. Insgesamt hat sich der Fokus des Gremiums – insbesondere unter dem aktuellen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich – immer stärker auf Sicherheitsthemen und den Kampf gegen den Extremismus verlagert, während eine etwaige religionsverfassungsrechtliche Anerkennung der muslimischen Verbände in den Hintergrund gerückt ist.
Diese Entwicklungen spiegeln das weiterhin ambivalente Verhältnis zwischen muslimischen Dachverbänden und deutscher Aufnahmegesellschaft wider. Zwar werden die Verbände deutlich öfter als in der Vergangenheit als Ansprechpartner der Muslime in Deutschland kontaktiert. Gleichzeitig wird vor allem staatlicherseits weiterhin in Zweifel gezogen, ob die Verbände tatsächlich die Integration von Muslimen fördern (wollen) oder nicht doch stattdessen für ein Islamverständnis stehen, das muslimische Bürger von – wie auch immer definierten – „westlichen Werten" zu entfremden droht. Der Status muslimischer Dachverbände als zivilgesellschaftliche Akteure ist also weiterhin ein unsicherer – nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Aussagen hoher politischer Repräsentanten, die grundsätzlich eine Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland infrage stellen. Inwieweit sie sich dennoch als legitime Akteure in der deutschen Zivilgesellschaft etablieren können, hängt nicht zuletzt auch von den Verbänden selbst ab. So liegt es an ihnen zu entscheiden, ob sie nach Rückschlägen in Rückzugstendenzen verfallen oder weiterhin den Dialog suchen und die Voraussetzungen für ihre Anerkennung schaffen: den Abbau von Abhängigkeiten im Ausland, die Professionalisierung ihrer Verbandsstrukturen und die Steigerung ihrer Transparenz in Bezug auf ihre interne Willensbildung.

MATTHIAS KORTMANN IST GASTWISSENSCHAFTLER AN DER UNIVERSITEIT VAN AMSTERDAM (UVA) UND STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES FORUMS OFFENE RELIGIONSPOLITIK E.V. (FOR)

Foto: Anne Hingst

Muslimische Strukturen im Stiftungswesen

Eine jahrtausendealte Tradition im Wandel der Zeit / Von Rupert Graf Strachwitz

Stiftungen gehören zu den ältesten kulturellen Zeugnissen der Menschheit. Sie finden sich in allen Kulturen, und dies schon seit Jahrtausenden. Stiftungen aus der frühen ägyptischen Hochkultur sind ebenso bekannt wie aus dem antiken Griechenland und Rom. Die Zeit des Hellenismus scheint in den kleinasiatischen Städten eine besondere Blütezeit des Stiftungswesens gewesen zu sein. Bis heute künden die von den Stiftern errichteten Bauten ebenso davon wie die Inschriften, die uns alles über sie sagen, was wir wissen wollen: Wer er oder sie war, wofür er oder sie gestiftet hatte, wo dies geschah, welchen Zweck die Stiftung hat und wie sie verwaltet werden sollte. Um diese reiche Stiftungswirklichkeit transkulturell zu erfassen, müssen wir allerdings von einer engen europäischen juristischen Begrifflichkeit Abschied nehmen. Stiftungen, so wird bei globaler Betrachtung deutlich, kommen in unterschiedlicher Ausprägung vor und sind ein universelles, kulturelles und soziales Phänomen mit bestimmten definitorischen Merkmalen. Zu diesen gehört die Bindung an den anfangs formulierten Stifterwillen und gehören die Impulse, die in der Regel zur Gründung führen: der Schenkungsimpuls, der Memorialimpuls und der Durchsetzungsimpuls. Hingegen ist die materielle Ausstattung, in den USA und auch in Deutschland oft als Kern der Stiftung gesehen, kulturell gesehen eher sekundär, die rechtliche Form sogar fast ohne Bedeutung.

Foto: Anne Hingst

Für Europa und den östlichen Mittelmeerraum wurde dennoch die Gesetzessammlung prägend, die im Jahr 534 n. Chr. von Kaiser Justinian zur Grundlage des Rechts gemacht wurde. Der Codex Justinianus, wie er genannt wurde, äußert sich detailliert zum Stiftungswesen und definiert insbesondere die piae causae als zentrale Ziele einer Stiftung. „Piae Causae", wörtlich „fromme Zwecke", wird als Ausdruck der ontologischen Gottesbeziehung des Menschen dem Stiftungshandeln zugrunde gelegt und umfasst eine breite Palette von Zielen, die der gläubige Mensch zur Erlangung des ewigen Heils verfolgen soll: neben der Verherrlichung Gottes besonders die Sorge um Menschen, die der Hilfe ihrer Mitmenschen bedürfen. Dieses Ziel des Stiftens wurde zum Wesensgehalt des christlichen ebenso wie des muslimischen Stiftungswesens, doch während sich in Europa etwa ab dem 18. Jahrhundert auch ein weltliches Stiftungswesen entwickelte, das Philanthropie auch ohne Gottesbezug zur Grundlage hatte, blieb im muslimischen Kulturkreis die religiöse Konnotation bis heute stärker erhalten. Jedenfalls lassen sich europäisches und muslimisches Stiftungswesen gleichermaßen auf die spätantike römische Tradition zurückführen. Dass auch jüdische Einflüsse (heqdesh) diese gemeinsame Stiftungstradition beeinflusst haben, ist mehr als wahrscheinlich.

Dessen ungeachtet ist das islamische Stiftungswesen, das bis heute in der islamischen Kultur einen außerordentlich hohen Rang einnimmt, im Glauben der Muslime tief verwurzelt. Der Koran nennt bekanntlich zwei Formen der Wohltätigkeit, die zakat, die dem Muslimen zur Pflicht gemachte Almosensteuer, und sadaqa, die freiwillige Almosengabe. Beide gehören zum Kern des Islams, äußern sich in vielfachen Formen und reflektieren die von der modernen Anthropologie und Soziologie herausgearbeitete Grundkonstante des Schenkens als notwendigen Teil des Lebens ebenso wie den historisch analysierten Schenkungsimpuls als wesentlichen Auslöser des persönlichen Stiftens. Dieses allerdings findet nicht unmittelbar im Koran Erwähnung, sondern in mehreren hadith, Aussprüchen des Propheten Mohammed. Dennoch blieb das Stiften, das auch auf vorislamische arabische Traditionen zurückgreifen konnte, als Rechtsinstitut zunächst umstritten; erst mit der Systematisierung des islamischen Rechts, der fiqh, ab dem 9. Jahrhundert n. Chr., kann im engeren Sinn von islamischen Stiftungen bzw. einem islamischen Stiftungsrecht gesprochen werden. Die heute in allen Ländern islamischer Kulturtradition häufigen und in ihrer Gesamtheit für das religiöse und kulturelle Leben überaus bedeutenden awqaf, in Nordafrika auch als hubs bezeichnet, stehen in der Kontinuität dieser Entwicklung.

Es verwundert nicht, dass die Staatsmacht ebenso wie in Europa immer wieder versucht hat, Einfluss auf dieses Stiftungswesen zu gewinnen. Eine vollständige Beseitigung, wie etwa in Frankreich im 18. Jahrhundert, ist jedoch trotz sehr ähnlicher und mit vergleichbaren Argumenten vorgetragener Kritik nur ansatzweise versucht worden, während andererseits, dem deutschen Modell nicht unähnlich, staatliche Stiftungsbehörden heute vielfach und zum Teil stärker als in Europa in das Leben der awqaf eingreifen. Eine weitere Ähnlichkeit ist den meisten Bürgern noch weniger präsent. Wir sprechen heute, wenn wir über Stiftungen sprechen, fast immer über das säkulare Stiftungswesen, zu dem in Deutschland 20.000 bis 30.000 Stiftungen gezählt werden. Dabei übersehen wir die wahrscheinlich rund 100.000, zum großen Teil sehr alten Kirchen- und Kirchenpfründestiftungen. Beispielsweise hat fast jede Pfarrkirche in Deutschland eine Kirchenstiftung als rechtliche Eigentümerin. Damit sind die der Kirche zuzuordnenden Stiftungen bei weitem in der Überzahl. Dies ist im islamischen Stiftungswesen genauso, allerdings noch stärker ausgeprägt. Der waqf unterliegt dem ewigen Rechtsanspruch Gottes (haqq Allah) und ist dadurch theoretisch staatlichen Eingriffen und der Konfiskation des Vermögens entzogen. Diese Deutung Gottes als primärer Begünstigter entspricht dem europäischen Stiftungsverständnis des Mittelalters, das zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert zunehmend erodiert ist. Hier finden wir es in einer logisch und theologisch schlüssigen Form erhalten. Damit hängt auch in beiden Kulturen die Bevorzugung von Immobilienvermögen zusammen, das dem Anspruch ewiger Dauer eher entspricht.

Die Liste der möglichen konkreten Ziele ist lang und entspricht der Breite des Codex Justinianus. Der Stiftungsakt nach islamischem Recht beinhaltet die Widmung einer Sache für einen gottgefälligen Zweck (arabisch: qurba) durch einen Stifter (waqif/muhabbis), der in einer Urkunde (waqfiya/rasm at-tabis) alles Nähere festzulegen hat. Ob dadurch eine eigene Rechtsperson nach den allerdings erst im 18. Jahrhundert in Europa entwickelten Grundsätzen entsteht, ist strittig. Der waqf ist wohl am ehesten der spätantiken de-facto-Autonomie zuzurechnen, wie sie auch die pia causa besaß. Zwischen Stiftungen, die der Allgemeinheit (wakf khairi), und solchen, die der eigenen Familie (wakf ahli) dienen, wird zwar terminologisch unterschieden, gottgefällig sind beide gleichermaßen.

Wie in Europa war und ist das Stiftungswesen in Ländern des islamischen Kulturkreises ständiger Gegenstand der wissenschaftlichen und politischen Debatte. Darüber hinaus waren Gelehrte (ulama) in vielfacher Hinsicht in das Stiftungswesen involviert, als Stifter, als aufsichtführende Richter (qadi), Verwalter und vor allem als Nutznießer. Über Jahrhunderte stellten awqaf die religiöse und wissenschaftliche Infrastruktur sicher. Dabei differenzierte sich die Verwaltungspraxis, begünstigt durch die Ambiguität islamischer Lehre, immer mehr aus. Erst die Kolonialherrschaft der Europäer versuchte sich an der Einführung eindeutiger Normen, die nicht selten ein Absterben der Stiftungstradition zur Folge hatte. Die politisch gewollte Reislamisierung der islamischen Mehrheitsgesellschaften hat auch eine Wiederbelebung des traditionellen Stiftungsgedankens zur Folge gehabt. Allerdings folgen die oft mit dem englischen Begriff foundation versehenen Neugründungen nicht notwendigerweise dem althergebrachten Wakf-Prinzip, sondern sind vielfach sogenannte mu'assasa, ein Begriff, der die wohltätige Funktion, nicht aber die rechtliche Stellung der Institution beschreibt und auch für vereinsähnliche Institutionen Verwendung findet. Wer sich freilich als Muslimin oder Muslim in der Diaspora, also etwa in Deutschland, aufgerufen fühlt, einen wakf zu gründen, dem bietet das moderne deutsche Konstrukt der Stiftung in seinen unterschiedlichen Ausformungen durchaus einen grundsätzlich akzeptablen Rahmen. Auch die Bezeichnung als waqf wäre dem Stifter nicht zu verwehren. Davon ist aber bisher, soweit erkennbar, noch nicht Gebrauch gemacht worden.

RUPERT GRAF STRACHWITZ LEITET DAS MAECENATA INSTITUT FÜR PHILANTHROPIE UND ZIVILGESELLSCHAFT AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN UND BERÄT SEIT 25 JAHREN STIFTER UND STIFTUNGEN ■

Bundesfreiwilligendienst und Muslime

Erfahrungen und Entwicklungen / Von Jens Kreuter

Zum 1. Juli 2011 wurde der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt. Er übertrifft mit mittlerweile über 40.000 abgeschlossenen Verträgen alle Erwartungen und ist erfolgreich neben die bekannten und bewährten Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales bzw. Ökologisches Jahr (FSJ/FÖJ) getreten. Mit insgesamt über 85.000 Freiwilligen in den verschiedenen Formaten sind wir einer Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit so nahe wie nie zuvor. Freiwillige jeder Altersgruppe, jeder Herkunft und selbstverständlich jeder Glaubensrichtung übernehmen wichtige gesellschaftliche Verantwortung. Gebraucht zu werden, helfen zu können, die eigene Zeit sinnvoll einzusetzen: Freiwilliges Engagement eröffnet neue Horizonte und kann den Blick auf das Leben verändern.

Gesetzlich geregelt und zugleich flexibel: der neue BFD

Freiwilliges Engagement ist vielfältig motiviert; diese Motivation kann, muss aber nicht religiös begründet sein. Der Bundesfreiwilligendienst ist in seiner Ausgestaltung den Jugendfreiwilligendiensten sehr ähnlich und offen für alle, die sich eine Zeit lang intensiv für andere engagieren wollen. Ein Einsatz dauert in der Regel ein Jahr, aber mindestens sechs und höchstens 24 Monate, und wird als Vollzeitdienst geleistet, von über 27-Jährigen auch als Teilzeitdienst mit mehr als 20 Stunden wöchentlich. Die Freiwilligen werden grundsätzlich gesetzlich sozialversichert und können ein Taschengeld erhalten, welches eine Obergrenze von derzeit 336 Euro hat. Das Taschengeld und auch die möglichen übrigen Leistungen (Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung) werden zwischen den Freiwilligen und ihrer Einsatzstelle abgesprochen. Ein Unterschied zu FSJ/FÖJ, die als Jugendfreiwilligendienste jungen Menschen im Alter von bis zu 27 Jahren offen stehen, ist der BFD für alle Altersgruppen geöffnet.
Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen stellen eine wichtige Absicherung von freiwilligem Engagement dar, sind aber letztendlich wohl nicht der ausschlaggebende Grund für den großen Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes. Für viele Freiwillige stehen andere Gesichtspunkte im Vordergrund, zum Beispiel die Möglichkeiten, sich orientieren und neue Erfahrungen sammeln zu können. Dieser Wunsch vereint Freiwillige aller Hintergründe im neuen BFD.

Bisherige Erfahrungen

Der Bundesfreiwilligendienst ist nicht einmal ein Jahr alt, sodass es noch sehr früh ist, hier von „Erfahrungen" zu sprechen. Zudem wird die Religion der Freiwilligen grundsätzlich nicht erfasst – allerdings zeigt ein Blick auf die Website *www.bundesfreiwilligendienst.de* eine Vielzahl von Porträts Freiwilliger, darunter auch Namen, die eine muslimische Religionszugehörigkeit zumindest vermuten lassen. Fakt ist, dass sich in seiner Durchführung nicht nur die bekannten großen christlichen Wohlfahrtsverbände und zugehörige Einsatzstellen engagieren, sondern auch zunehmend islamische Einrichtungen, und er ein neues Einsatzgebiet eröffnet, nämlich die Integration.

Raum für freiwilliges Engagement: islamisch geprägte Einsatzstellen

Islamisch geprägte Einsatzstellen hatten bereits im Zivildienst Tradition. Alle diese Einsatzstellen wurden nach der Aussetzung des Wehrersatzdienstes per Gesetz automatisch zu Einsatzstellen des neuen Bundesfreiwilligendienstes; zwei islamische Einrichtungen wurden seitdem neu anerkannt, weitere befinden sich im Anerkennungsverfahren. Zwar ist die Zahl islamisch geprägter Einsatzstellen im Vergleich zur Gesamtzahl noch gering. Immer selbstverständlicher bieten aber neben den Einrichtungen christlicher Prägung auch solche mit islamischem Hintergrund dem freiwilligen Engagement Raum.

Freiwilliges Engagement hat integrative Wirkung

Ganz unabhängig vom Gesichtspunkt der Religionszugehörigkeit ist festzustellen, dass freiwilliges Engagement integrative Wirkung entfaltet. Freiwilligendienste bieten in ihrer Ausgestaltung als Lerndienste abseits der formalen schulischen Bildung auch die Möglichkeit einer beruflichen Orientierung und zum Erwerb wichtiger Kompetenzen für Ausbildung und Beruf.
Im Bundesfreiwilligendienstgesetz ist der Bereich Integration sogar ausdrücklich als eigenständiges Einsatzfeld benannt, das in gleicher Weise auch in den Jugendfreiwilligendiensten weiterentwickelt werden soll. In diesem Einsatzfeld engagieren sich nicht nur Freiwillige, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen, sondern auch viele Angehörige der sogenannten „deutschen Mehrheitsgesellschaft". Freiwilliges Engagement wird so zum Ort der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur. Studien haben ergeben, dass Migrantinnen und Migranten in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ/FÖJ bisher deutlich unterrepräsentiert sind, zum Bundesfreiwilligendienst liegen hierzu noch keine Zahlen vor. Das BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) hat es sich zum Ziel gesetzt, für alle jungen Menschen gleiche Zugangschancen zum freiwilligen Engagement zu schaffen. Diese Zielsetzung gilt auch für den vorgesehenen weiteren Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und den neuen Bundesfreiwilligendienst.
Die ersten Erfahrungen mit dem Bundesfreiwilligendienst werden in einer gemeinsamen Evaluation mit den Jugendfreiwilligendiensten ausgewertet. Die Schwerpunkte der Studie, die im Herbst 2012 beginnen soll, werden dabei auf der Erfassung der individuellen und institutionellen Rahmenbedingungen, der Bildungswirkungen und einer Zielgruppenanalyse (insbesondere bezüglich der bislang wenig erreichten Zielgruppen) liegen. Auch die Integrationswirkungen freiwilligen Engagements werden hier eine wichtige Rolle spielen.

Zusammenwachsen durch Begegnung

Ein weiteres Zusammenwachsen unserer Gesellschaft ist gefordert. Freiwilliges Engagement, insbesondere die geregelten Freiwilligendienste, bieten mit ihrer Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten und ihrer Offenheit für alle Gesellschafts- und Altersgruppen ein großes Potenzial für dieses Zusammenwachsen. Muslimische Freiwillige und Einsatzstellen als Vorbilder und Motoren dieses Prozesses sind hier nicht nur willkommen – sie werden schlicht noch viel mehr gebraucht.

JENS KREUTER IST LEITER DES ARBEITSSTABS FREIWILLIGENDIENSTE IM BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND ■

Foto: Anne Hingst

Wie können Muslime unsere Gesellschaft mitgestalten?

Antworten aus der Lebensrealität / Von Michael Blume

So fragte Politik & Kultur und gab mir 7.000 Zeichen für eine Antwort. Doch diesmal brauchte ich mehrere Anläufe, in denen ich zunächst erfolglos versuchte, die Frage abstrakt zu beantworten. Um dann zu bemerken, dass sie nur konkret – aus dem Leben echter Menschen – beantwortet werden kann.

Da ist mein Schwiegervater, der als Jugendlicher angeworben wurde, über Jahrzehnte hinweg deutsche Qualitätsmöbel schreinerte und später als Selbständiger viele hundert Küchen in süddeutsche Wohnungen eingeplant und eingebaut hat. Er, der in der Türkei nur die Grundschule hatte besuchen können, hatte es sich über Jahrzehnte zur Angewohnheit gemacht, morgens früher aufzustehen, um zu beten – und um eine halbe Stunde Deutsch zu lernen. Auch meine Schwiegermutter kann nicht nur auf Jahrzehnte der Arbeit in deutschen Fabriken zurückblicken, sondern auch auf die Erziehung zweier in Deutschland geborener, inzwischen erwachsener Töchter. Eine von ihnen arbeitet heute für ein internationales Unternehmen in Istanbul. Die andere absolvierte nach ihrem Abitur an einem katholischen Gymnasium eine Bankausbildung und heiratete einen Christen (der diese Zeilen schreibt). Ich denke aber auch an Freunde wie Murat aus Heidelberg, der über viele Jahre eine christlich-islamische Gesellschaft in der Region Stuttgart leitete und bei einem sternglitzernden Autokonzern im Management arbeitet. An Emel, die sich neben Beruf und Familie auch in der Kommunalpolitik und als Elternlotsin für Neuzuwanderer engagiert. An Hussein Hamdan, der nicht nur über Dialog promoviert, sondern ihn in einem Projekt der katholischen Akademie Hohenheim auch lebt und zudem einen hervorragenden, islamwissenschaftlichen Blog betreibt. Und ja, selbstverständlich tut er das in deutscher Sprache – mit all den schwäbischen Einsprengseln, die ein Studium in Tübingen so mit sich bringt.
Alle gerade erwähnten Muslime sind längst deutsche Staatsangehörige, die sich für unser gemeinsames Land engagieren, arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen, in Vereinen mitwirken, an Wahlen teilnehmen. Sie gestalten unsere gemeinsame Gesellschaft mit, indem sie längst ein Teil von ihr geworden sind und ihre auch religiöse Identität weder aufgegeben noch verabsolutiert haben. In Baden-Württemberg handelt es sich inzwischen sogar bei der Mehrheit der Muslime um deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes. Die rege nachgefragten Unterrichtsstunden in islamischem Religionsunterricht an unseren Schulen finden fast ausschließlich für kleine Deutsche statt, ausgerichtet von deutsch-islamischen Lehrenden nach deutschen Lehrplänen. Der Islam ist längst ein Teil unseres Landes geworden.

Nehmen wir Muslime zu oft über Defizite wahr?

Ich frage mich, warum es immer noch notwendig ist, darauf hinzuweisen, dass es diese Lebensrealitäten, diese abertausenden deutsch-islamischen Erfolgsgeschichten gibt. Warum sie als Ausnahmen gelten, obwohl gerade in Baden-Württemberg ein massiver Bildungs- und Berufsaufstieg der Deutschen mit Migrationshintergrund empirisch belegt ist. Hätten Deutsche nicht bemerkt, dass die erst Fremd- und später Gastarbeiter genannten Zuwanderer aus Südeuropa einschließlich der Türkei gebraucht wurden, so hätte es die Anwerbeabkommen nicht gegeben. Auch Muslime trugen und tragen zum Wirtschaftsaufschwung in unserer Industrie- und Wissensgesellschaft bei. Und als der Krieg auf dem Balkan endlich beendet werden

Weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

konnte, waren es hier in Baden-Württemberg nicht zuletzt Wirtschaftsverbände, die auf Bleiberechte für ehemalige Flüchtlinge drängten. Denn binnen weniger Jahre waren viele zu einem unverzichtbaren Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft geworden – als Regel, nicht als Ausnahme.

Sicher – um in wachsender Konkurrenz zu bestehen, meinen sich Medien oft auf das Auffallende konzentrieren zu müssen. Dramatische Problemfälle und medienerprobte Extremisten verzeichnen einen sehr viel höheren Nachrichtenwert als die große Mehrzahl der erfolgreich integrierten und friedfertigen Muslime – die überhaupt erst nach dem 11. September 2001 pauschal als »Muslime« wahrgenommen wurden, davor meist als „Türken" und generell „Ausländer" gegolten hatten. Doch gerade wegen der medial oft verzerrten Wahrnehmungen läge es an uns, an Menschen, die in Politik und Kultur Verantwortung tragen, die oft allzu einseitigen Wahrnehmungen offensiver zu überprüfen und zu korrigieren und genauer hinzuschauen.

Aufsteiger erschüttern rassistische Vorurteile

Ich denke an die Opfer der rechtsextremen NSU-Mordserie: Neben einer Polizistin waren gezielt neun Kleinunternehmer ermordet worden, acht türkischer und einer griechischer Herkunft. Die terroristische Gewalt richtete sich also gerade nicht gegen Menschen, die keinen Zugang zur Gesellschaft gesucht oder gefunden oder es sich müßig im Sozialstaat eingerichtet hatten. Der Hass galt vielmehr ausdrücklich jenen, die sich bereits selbständig auf den Weg gemacht hatten, einen Laden, Kiosk oder ein Restaurant eröffnet, Steuern gezahlt und Arbeitsplätze geschaffen hatten.

Fremdenfeinde prangern eben gerade keine Probleme an, um Lösungen zu suchen – sie wenden sich gegen ein neueres, weiteres und beginnend gleichberechtigtes Verständnis unserer Gesellschaft aus Menschen verschiedener

Foto: Anne Hingst

Herkunft, Religionen und Weltanschauungen. Der Nichtintegrierte ist dabei nur der Vorwand, der Ausgrenzung rechtfertigen soll – der eigentliche Hass gilt all denen, die durch ihr Beispiel den Rassismus Stück für Stück widerlegen. Genau diese vielen und ihr Alltag aber verdienen unsere Wahrnehmung und Anerkennung. Sobald wir Menschengruppen – Muslime, Juden, Sinti und Roma, Politiker, Künstler usw. – nur über verallgemeinerte Problemfälle wahrnehmen, gehen wir den Gegnern einer freien und vielfältigen Gesellschaft auf den Leim.

Zukunft haben wir nur gemeinsam

Die Frage, wie Muslime unsere Gesellschaft positiv mitgestalten können, beantworten sie hunderttausendfach selbst – Tag für Tag. Wir müssen nur bereit sein, hinzuschauen, hinzuhören und pauschalen Vorurteilen entgegenzutreten – bisweilen auch bei uns selbst. Denn unsere Herkunft und Konfession, unsere Biografien und Erfahrungen mögen verschieden sein – unsere Zukunft haben wir nur gemeinsam.

MICHAEL BLUME LEITET DAS REFERAT FÜR KIRCHEN UND RELIGION, INTEGRATION UND WERTE IM STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG ■

Brachliegendes Engagementpotenzial

Zugangshemmnisse und -chancen für junge Muslime zu Freiwilligendiensten / Von Thomas Klie und Julia Schad

Freiwilliges Engagement trägt nicht nur zur Persönlichkeitsentwicklung und Kompetenzförderung einzelner Personen bei, sondern kann seine partizipations- und integrationsfördernden Wirkungen entfalten. Bei der öffentlichen Betrachtung von Engagementformen von Menschen mit Migrationsgeschichte stehen Aktivitäten von Migrantenorganisationen (MO) und Moscheevereinen häufig im Zentrum der Diskussion. Der Blick weitet sich aber und bezieht Fragen der Selektivität der Engagementförderung ein. Verstärkt werden mittlerweile auch Freiwilligendienste und ihre Entwicklungspotenziale im Bereich Migration/Integration in den Blick genommen. Dabei stellt sich grundlegend die Frage, warum bisher vergleichsweise wenige Migrantinnen und Migranten, besonders junge Muslime, an Freiwilligendiensten teilnehmen und wie entsprechend Zugangshemmnisse abgebaut und Teilnahmechancen erhöht werden können.

Zunächst ist der thematische Kontext näher zu betrachten. Faktisch sind zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund in hohem Umfang gesellschaftlich engagiert und eingebunden. Gängige Untersuchungsinstrumente erfassen dies nicht immer auf Anhieb. Von vier Millionen Muslimen, die in Deutschland leben, sind zum Beispiel mehr als die Hälfte Mitglied in einem deutschen Verein (BAMF 2009). Zudem existieren laut einer aktuellen Erhebung des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI 2012) rund 2.350 islamische, einschließlich alevitische Gemeinden in Deutschland, von denen die Hälfte Aussagen über den Beitrag der Gemeinden zur gesellschaftlichen Integration und zu ihrer Bedeutung für das muslimische Leben in Deutschland treffen können. Es werden beispielsweise Orientierungshilfen für die deutsche Gesellschaft (etwa Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberatung, Hausaufgabenhilfe) in ehrenamtlicher Form angeboten sowie deutsche Sprachkurse für Jugendliche. Im aktuellen Freiwilligensurvey (Gensicke/Geiss 2010) wird diese hohe öffentliche Aktivität von Menschen mit Migrationshintergrund, inklusive des hohen Bevölkerungsanteils der Muslime, allgemein bestätigt. Laut der Sonderauswertung des Freiwilligensurveys zu Baden-Württemberg engagierten sich 30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2009 (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011). Über öffentliche Aktivität hinaus scheint beim freiwilligen Engagement, das sich auch auf das Gemeinwesen bezieht, aber mit Leitungsfunktionen oder einem speziellen Verantwortungsbereich verbunden sein kann, bisher kein Anstieg bei Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen zu sein. Dennoch liege, laut Survey, bundesweit wie auch in Baden-Württemberg die Bereitschaft, sich zu engagieren, bei Menschen mit Migrationshintergrund höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Dieses Ergebnis deutet auf das hohe Engagementpotenzial von Personen mit Zuwanderungsgeschichte hin, das angemessener Förderung und Angebote bedarf. Freiwilliges Engagement kann selbstorganisiert, in einer formalen Organisation oder in einem Verein stattfinden oder sich innerhalb eines Dienstes, wie dem Bundesfreiwilligendienst oder dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), entfalten. Warum profitieren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jedoch erst in geringem Maße von Engagementangeboten „etablierter" Institutionen im Freiwilligensektor und warum nehmen vergleichsweise wenige junge Muslime an Freiwilligendiensten teil? In Migrantenorganisationen und Moscheegemeinden scheint das Thema Freiwilligenförderung erst vereinzelt aufgekommen zu sein. Auf Seiten der „etablierten" Organisationen im Freiwilligensektor scheinen sowohl fehlendes Problembewusstsein, gering entwickelte interkulturelle Öffnung sowie schlicht ein Mangel an Bereitschaft für die ausbaufähige Ansprache ver-

Weiter auf Seite 6

Foto: JUMA

Fortsetzung von Seite 5

Brachliegendes Potenzial

antwortlich zu sein. Migrantinnen und Migranten selbst sowie eigene Organisationen wissen häufig gar nicht genug von Engagementmöglichkeiten oder können Angebote aufgrund von Sprachbarrieren nicht wahrnehmen. Verschiedene Studien zur Teilnahme von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und – angesichts der Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung in Deutschland, die von Türkeistämmigen geprägt ist – speziell zu türkischen Jugendlichen an Freiwilligendiensten, insbesondere dem FSJ, wurden bereits durchgeführt (u.a. Via/Caritas 2009, Keskin, in: Guggenberger 2000, S. 230ff). Während bei der Befragung von türkischen Jugendlichen im Jahr 2000 eine hohe Bereitschaft zur Teilnahme an einem FSJ sichtbar wurde, kamen die Studien insgesamt auf verschiedene Gründe für Zugangshemmnisse: Fehlende Kenntnisse über Angebote und speziell das FSJ, Skepsis gegenüber dem Konzept „Freiwilligendienste", der Eindruck, dass Zeit verschwendet wird, die in Ausbildung oder Berufstätigkeit investiert werden sollte, (antizipierte) negative Reaktionen auf Seiten der Familie und Freunde, negative Vorurteile seitens der Träger und Einsatzstellen, befürchtete Diskriminierung, die religiöse Ausrichtung mancher Träger und deren angenommene schwierige Vereinbarkeit mit dem eigenem Glauben. Empfohlen wird, dass neben fortschreitender interkultureller Öffnung die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert wird und die Vielfalt und Vorteile von Freiwilligendiensten stärker hervorgehoben und vermittelt werden sollten. Zudem wäre es hilfreich, stärkere Kooperationen mit Migrantenorganisationen und Moscheevereinen in diesem Bereich anzuvisieren. Außerdem sollten Sensibilität und mehr Plätze in Freiwilligendiensten für Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus geschaffen werden (ebd.).

Neuere Entwicklungen zeigen bereits, dass vermehrt Programme konzipiert werden, die die Vernetzung und gemeinsame Trägerschaft von Migrantenorganisationen und „etablierten" Vereinen und Verbänden im Freiwilligensektor anstreben. Hier ist insbesondere das Projekt „Interkulturelle Freiwilligenagentur (IKFA) – ein Tandemprojekt mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland" der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) zu nennen, bei dem momentan zwei interkulturelle Freiwilligenagenturen in Berlin und Frankfurt gemeinsam aufgebaut werden. Dass es auch bei MO verstärkt Interesse an Freiwilligendiensten gibt, wird im Projekt „Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten" deutlich. Als erste Organisation hat sich die Türkische Gemeinde in Deutschland als Träger für das „Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)" etabliert (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik). Zwei weitere MO sind mittlerweile auch Träger des FSJ – die Vereine Südost Europa Kultur und Club Dialog. Seit kurzem wird auch das Konzept „Interkulturelle Freiwilligendienste" in Baden-Württemberg verstärkt diskutiert, bei dem Kooperationsmöglichkeiten zwischen etablierten Trägern von Freiwilligendiensten unter anderem mit islamischen, jüdischen und ethnischen Verbandsvertretern ausgelotet werden sollen. Dazu wurde 2011 eine Veranstaltung in Baden-Württemberg durchgeführt, bei der eine gemeinsame Erklärung der Teilnehmer aus verschiedenen Migrantenverbänden und Religionsgemeinschaften unterzeichnet wurde, die ihr Interesse an interkulturellen Freiwilligendiensten bekunden und die Landesregierung dabei um Unterstützung bitten (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011). Zudem wurde dieses Jahr in Fortsetzung des Freiwilligendienstes aller Generationen ein neuer Dienst etabliert, der sich speziell an ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund richtet: Mit dem Landesprogramm „Mittendrin" fördert das Sozialministerium in Baden-Württemberg nun Projekte und Qualifizierungsmaßnahmen, die den Interessenlagen der Zielgruppe der Freiwilligen entsprechen.

Als Schlussfolgerungen sollten eine veränderte Wahrnehmung der schon jetzt vielfältigen Engagementformen von Menschen mit Migrationsgeschichte und eine Öffnung der Engagementförderstrategien in interkultureller Hinsicht beherzigt werden.

THOMAS KLIE IST LEITER DES ZENTRUMS FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG (ZZE) IN FREIBURG/HAMBURG, JULIA SCHAD IST ALS WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES ZZE TÄTIG ■

Jung, muslimisch, aktiv

Das JUMA-Projekt in Berlin / Von Sawsan Chebli

Im Sommer des Jahres 2010 erscheint das Buch „Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin. Monatelang erleben wir in Deutschland eine hochemotionale und in weiten Teilen unsachliche Debatte über die Integration von Muslimen und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland. Studien werden veröffentlicht, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Religiosität und der Gewalt von jungen Muslimen konstatieren. Die These lautet: je religiöser, desto gewaltbereiter. Vermeintliche Islamexperten melden sich und meinen genau zu wissen, was junge Muslime denken, was ihre Motivation und ihr Antrieb ist und wie sie zu diesem Land stehen. Die Jugendlichen selbst kommen nur selten zu Wort.

Foto: Anne Hingst

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin sah darin eine Gefahr für den friedlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Das Risiko, so die Grundannahme, dass sich junge Menschen von der Gesellschaft abwenden, empfänglich sind für bestimmte Ideologien und sich radikalisieren, steigt, je stärker sich junge Muslime aufgrund ihrer Religion ausgestoßen, ausgegrenzt und diskriminiert fühlen. Demnach musste ein Forum geschaffen werden, das den Dialog mit jungen Muslimen auf Augenhöhe und im Respekt füreinander gewährleistet. Aus diesen Überlegungen heraus entstand das JUMA-Projekt.

JUMA steht für jung-muslimisch-aktiv. JUMA bedeutet im Arabischen zudem „Gemeinschaft". Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Erstens geht es darum, die Stimme muslimischer Jugendlicher hörbar zu machen, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre Meinungen und Positionen in der politischen und medialen Öffentlichkeit zu artikulieren. Ein weiteres Ziel des Projekts ist es, junge Muslime dafür zu gewinnen, Verantwortung zu übernehmen und Gesellschaft mitzugestalten. Sie sollen als Multiplikatoren und Vorbilder aufgebaut werden und andere junge Menschen mit auf den Weg nehmen. Für die Umsetzung dieser Ziele arbeitet das Projekt eng mit muslimischen Gemeinden und Verbänden zusammen.

Träger des JUMA-Projekts ist die RAA (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie). In gemeinsamer Steuerungsverantwortung mit der Berliner Innenverwaltung wird das JUMA-Projekt umgesetzt. Der Schirmherr ist der Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel. Zielgruppe sind junge Muslime zwischen 15 und 25 Jahren. Die Auswahl der Jugendlichen erfolgt vor allem über Moscheevereine und islamische Jugendorganisationen. Bisher nahmen ca. 100 muslimische Jugendliche aus Berlin teil. Es sind Sunniten wie Schiiten dabei. Unter ihnen folgen einige einem streng orthodoxen Islam, andere orientieren sich eher sufisch-spirituell. Auch ethnisch spiegelt JUMA eine große Vielfalt wider. Es sind 14 verschiedene Ursprungsländer vertreten. Trotz dieser Vielfalt haben alle JUMAs ein Ziel: Als junge Muslime Gesellschaft mitgestalten. Eine Teilnehmerin hat dies mit einem Satz auf den Punkt gebracht: „JUMA ist vielfältig und doch eins".

JUMA setzt auf Empowerment und Ownership. Die Jugendlichen bestimmen das Programm. So haben sich die JUMAs im Rahmen einer Open-Space-Veranstaltung im März 2011 sechs Themen ausgewählt, die künftig den Kern ihres Engagements bilden sollten: Medien, Chancengleichheit, Partizipation, Identität, muslimische Vielfalt, politischer Umgang mit dem Islam. Im Mai 2011 wurde der Teilnehmerkreis durch Jugendliche anderer Konfessionen erweitert. So ist die Themengruppe JUGA entstanden. JUGA steht für jung-gläubig-aktiv und soll den interreligiösen Dialog im JUMA-Projekt fördern.

Die Aktivitäten des Projekts erfolgen in drei Bereichen: erstens Diskussionsrunden mit Entscheidungsträgern aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur, zweitens Aktionen und drittens Fortbildungen. Im ersten Projektjahr wurden mehr als 60 Veranstaltungen durchgeführt. Diese reichten von großen Podiumsveranstaltungen im Berliner Abgeordnetenhaus bis zu kleineren Gesprächsrunden im Deutschen Bundestag, in Stiftungen, Moscheen und Kirchen.

In diesen sieben Themengruppen treffen sich die Jugendlichen mindestens zweimal im Monat, um Inhalte zu vertiefen und Positionen zu entwickeln, über die sie dann mit ihren Gesprächspartnern diskutieren. Zu diesen zählen unter anderem der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer und die Islamwissenschaftlerin, Professorin Dr. Gudrun Krämer. Die JUMAs treffen aber auch Akteure, die islamkritisch sind. Das Gespräch mit dem Autor und Islamkritiker Hamed Abdel Samad wurde von allen Beteiligten als wichtige Erfahrung und Bereicherung empfunden.

Damit die JUMAs ihre Vorstellungen, Ziele und Ideen auch in die Tat umsetzen können, unterstützt das Projekt die Planung und Umsetzung von Aktionen und Kampagnen. Anlässlich des 10. Jahrestages der Terroranschläge vom 11. September hat die interreligiöse JUGA Gruppe unter dem Motto NEIN! ELEVEN den Song „Sweet Coexistence" entwickelt. Zum Song haben die Jugendlichen ein Video gedreht und einen vier Meter hohen „Common Future Turm" gebaut, bestehend aus 200 von Kindern und Jugendlichen mit ihren Wünschen und Hoffnungen für eine friedliche Zukunft bemalten und beschrifteten Kisten. Der Turm wurde im Jüdischen Museum Berlin ausgestellt.

Im Rahmen der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 haben die JUMAs eine Kampagne gestartet, um für eine größere Wahlbeteiligung unter Muslimen zu werben. Es wurden Wahlprüfsteine veröffentlicht, ein Wahlaufruf von 50 Berliner Imamen und Moscheevorständen organisiert und die Freitagspredigt vor dem Wahlsonntag genutzt, um für den Urnengang zu werben.

Im diesem Jahr wird JUMA eine Aktion zum Einfluss islamischer Kulturen auf europäische Zivilisationen Europas durchführen. Diese Kampagne dient dazu, das Selbstbewusstsein junger Muslime zu stärken und Inklusion zu fördern. Gleichzeitig sollen auch Beiträge und Mitwirkungen anderer Kulturen zu muslimischen Errungenschaften verdeutlicht werden. Kooperationspartner sind das Museum für Islamische Kunst und das Deutsche Historische Museum.

Diese Kampagne ist eingebettet in die Zielsetzung von JUMA für die nächsten Wochen und Monate. Durch gezielte Ansprachen sollen künftig vor allem junge Menschen, die auf der Suche sind nach Identität und gesellschaftlich vor allem durch Bildungsdefizite abgehängt sind, gestärkt und der Versuch unternommen werden, ihnen eine Heimat zu vermitteln. Die JUMAs können hier als Vorbilder fungieren. Eine Teilnehmerin von JUMA hat es so formuliert: „Mein Beitrag für JUMA ist genau der Beitrag, den ich für Deutschland, meine Heimat, sehe. Ich fühle mich verpflichtet, als Bürgerin mit anzupacken und zu helfen, wo es auch nur geht. Mit JUMA kann ich nicht nur mein eigenes Wissen erweitern, sondern ich helfe auch den Generationen muslimischer Jugendlicher nach uns, sich der Gesellschaft zugehörig zu fühlen und ihnen zu zeigen, dass dies im Einklang mit der Religion und Herkunft möglich – sogar perfekt – ist." Diese Worte machen deutlich, dass JUMA kein Projekt ist, sondern eine Vision.

SAWSAN CHEBLI IST GRUNDSATZREFERENTIN FÜR INTERKULTURELLE ANGELEGENHEITEN IN DER SENATSVERWALTUNG FÜR INNERES UND SPORT IN BERLIN ■

Zivilgesellschaft von morgen

Vorstellung eines Modellprojekts / Von Christoph Müller-Hofstede

Ziele und Herausforderungen

Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft steht heute vor einer großen Aufgabe: An vielen Schulen wächst eine neue Generation von Kindern aus Einwandererfamilien heran – oft aus sogenannten bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien in Stadtvierteln mit sogenannten Brennpunktschulen. Das in den Jahrzehnten entwickelte klassische Instrumentarium schulischer und außerschulischer politischer Bildung erreicht diese Zielgruppe praktisch nicht.

Foto: Anne Hingst

Hinzu kommen Rollen- und Identitätskonflikte zwischen der Heimat der Eltern und Großeltern und der „deutschen" Umgebung, gefühlte und tatsächliche Abwertungen und Diskriminierungen im „Alltag", die zu fatalen Selbstabgrenzungen und Segregationen führen. Kurz: Im deutschen Bildungssystem hat sich eine deutlich wahrnehmbare ‚Unterschicht' herausgebildet, die mit ihren Problemen allzu oft alleingelassen wird. Viele derjenigen, die ohne ausreichende Qualifikation für eine berufliche Ausbildung die Schule verlassen (fast ein Fünftel eines Jahrgangs), kommen aus Familien mit Einwanderungserfahrungen. Dies wird zunehmend als politisches Problem empfunden. „Waren es in den 1960er Jahren (…) die ‚katholischen Arbeitermädchen vom Lande', so erscheinen heute die ‚Unterschichtjungen mit Migrationshintergrund aus den Ballungszentren' als die bildungsmäßig am stärksten benachteiligte Gruppe", schreibt der Soziologe Heinz Bude in seinem viel beachteten Buch „Bildungspanik". Zu recht hält Bude fest, dass die Einflüsse von Geschlecht und Region für die Bildung keine Rolle mehr spielen. Dafür sei jetzt die Bedeutung von Stadtquartier, Migrationsgeschichte und Bildungshintergrund in den Vordergrund getreten.

Der Handlungs- und Interventionsbedarf für das deutsche Bildungssystem ist somit bekannt und unübersehbar: Demographische und wirtschaftliche Aspekte (Ausschöpfung des Fachkräftepotentials) bilden mit soziokulturellen (Islam) und integrationspolitischen Aspekten eine multidimensionale Problemlandschaft mit einer kaum überschaubaren Zahl von Akteuren und „Diskursen". Auch für die politische Bildung stellen sich hier neue Aufgaben, denn die unzureichende Inklusion und Benachteiligung dieser jungen Menschen ist demokratietheoretisch nicht akzeptabel und widerspricht dem Prinzip der Chancengleichheit. Dem stehen Strukturen und Herangehensweisen der deutschen Bildungsverwaltung gegenüber, die sich nur langsam und angesichts der föderalen Struktur der Bildungsverwaltung auch praktisch nicht „top down" verändern lassen.

Das Modellprojekt „Dialog macht Schule" sucht nach neuen Wegen und Formaten, um diese direkt in den Schulen zu erreichen, um ihnen eine Stimme – und damit Chancen der politischen Teilhabe – zu geben.

Was ist „Dialog macht Schule"?

Das Modellprojekt „Dialog macht Schule" arbeitet an ausgewählten Schulen in Berlin-Neukölln und Stuttgart seit 2009 und (über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren laufende) „Dialoggruppen". Zurzeit gibt es 20 Gruppen mit fast 300 Schülerinnen und Schülern – vornehmlich aus Einwandererfamilien. Die Gruppen treffen sich wöchentlich, entweder im Rahmen freiwilliger AGs oder als Teil des Politik- oder Ethikunterrichts – wo und wann die Gruppen arbeiten, wird genau mit der Schulleitung und den Fachlehrern abgesprochen. „Dialog macht Schule" begleitet die Jugendlichen kontinuierlich über einen Zeitraum von ein bis maximal drei Jahren.

Die Rolle der Dialogmoderatoren

„Dialog macht Schule" beschäftigt ein gemischtes Team aus 17 jungen Dialogmoderatoren zwischen 20 und 35 Jahren. Fast alle kommen aus Einwandererfamilien; die „Migrationshintergründe" sind so bunt und vielfältig wie die der Schülerschaft an sogenannten Brennpunktschulen: Albanien, Griechenland, Vietnam, Türkei, Iran, Ungarn, Libanon sind die Herkunftsländer der Moderatoren. Unter ihnen sind angehende Politologen, Lehramtskandidaten, Psychologen, Kommunikationswissenschaftler und Sozialpädagogen. Die Moderatoren haben pädagogische Vorkenntnisse und Kompetenzen für die Gruppenarbeit mit Schülern. Da sie in der Regel aus Einwandererfamilien kommen, und sich mit Ausgrenzungen und Problemen in der eigenen Schulzeit herumgeschlagen haben, sind sie nah dran an den Lebenswelten der Schüler. Durch intensive Fortbildung und regelmäßige Auswertungsworkshops werden sie auf ihre Aufgabe vorbereitet.

Wie arbeitet „Dialog macht Schule"?

Kern der Methodik ist eine dialogische Herangehensweise, die den Schülerinnen und Schülern Raum für eigene Themen und Inhalte lässt sowie eine persönliche und – soweit mit der Schule verhandelbar – nicht durch schulische Zwänge bestimmte Beziehung zu den Dialogmoderatoren ermöglicht. Dabei wissen die Dialogmoderatoren, wie wichtig es ist, eine Vertrauensbasis zu schaffen, denn nur so lassen sich echte „Dialoge" auch über schwierige Themen wie Identität, Religion, Mobbing, den Nahostkonflikt und vieles andere mehr in Gang setzen.

Vertrauen aufbauen

Siamak Ahmadi und Hassan Asfour, Dialogmoderatoren aus Berlin: „Uns geht es nicht nur darum, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, sondern darum, wie wir mit ihnen ins Gespräch kommen. Dazu gehört in erster Linie eine offene, erkundende und flexible Haltung, die idealerweise zum Gespräch einlädt. Diese Haltung erweckt Vertrauen, da sie eine Atmosphäre der Akzeptanz schafft. Die Schülerinnen und Schüler spüren dadurch, dass es um sie selbst geht und dass ihre Interessen ernst genommen werden. Vertrauen gewinnen wir auch durch die Ebene des Humors. Die Tatsache, dass wir ihren Humor verstehen, (...) weil wir ihren (sozialen) Code verstehen, führt dazu, dass sie uns als „coole" Gesprächspartner und Vorbilder sehen, die ihnen zuhören und denen sie gerne zuhören." Kurz: Die Dialogmoderatoren schaffen für die Schüler und die Moderatoren eine neue Umgebung, in der sie sich anders wahrnehmen können, sie lernen sich gegenseitig besser kennen, sie kommen oft zu Wort, sie können ihre Meinung frei äußern und lernen in den wöchentlichen Treffen vieles ganz praktisch, was sonst recht abstrakt klingt: Perspektivenwechsel, Argumentationsfähigkeit, Teamfähigkeit, kritisches Denken und schließlich auch Selbstwirksamkeit.

Politische Aktionen ermöglichen

Die Oberstufen-AG „Radikaler Respekt" an der Otto Hahn Oberschule in Berlin Neukölln hat es ausprobiert: Aus einem Gespräch über das „Beten" wurde ein „Projekttag", an den die Schule noch heute zurückdenkt. Anlass war ein Gespräch in der Dialoggruppe, in der es um das Beten in der Schule ging. Sollen Gebetsräume an den Schulen – insbesondere für gläubige muslimische Schüler – eingerichtet werden? Und ganz unabhängig davon: Wie reagieren eigentlich unsere Lehrer auf das Thema „Islam"? Warum äußern sie nur Desinteresse und Ablehnung, sehen Mädchen mit Kopftuch als Problem? Gibt es aber auf der anderen Seite auch Schüler, die die „Karte Islam" nutzen, um sich abzugrenzen oder gar auch nichtreligiöse Schüler unter Druck zu setzen?

Aus diesen Gesprächen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven entstand ein „Projekttag", der von den Schülern mit den Dialogmoderatoren organisiert wurde. Motto „Schüler machen Schule". Die Dialoggruppe stellte Moderatoren und gab Schülern wie Lehrern in Arbeitsgruppe und im Plenum Möglichkeiten, sich über die ganze Bandbreite schulischer Kommunikation auszutauschen. Die Schulleitung unterstützte den Projekttag, nicht zuletzt, weil sie die vielen unausgesprochenen Konflikte und Ängste zum Thema „Islam" seit langem als Problem empfand. Aus dem Projekttag sind viele weitere Initiativen entstanden, in diesem Jahr arbeiten Schüler der 8. Klasse gemeinsam mit ihren Dialogmoderatoren am Thema „Rassismus und Ausgrenzung"; im Herbst soll die Otto Hahn Schule offiziell zur „Schule ohne Rassismus" werden. Cemal, einer der Schüler, die den Projekttag moderierten, ist inzwischen selbst Dialogmoderator und sieht sich als Vorbild für seine jüngeren Mitschüler.

Strahlkraft

Die Robert Bosch Stiftung und die Bundeszentrale für politische Bildung wollen in den nächsten Jahren Dialoggruppen an weiteren Schulen verankern. Mit möglichst vielen staatlichen und privaten Partnern soll ein bundesweites Netzwerk aufgebaut werden – für die „Zivilgesellschaft von morgen".

Mehr Informationen und Videoclips: http://werkstatt.bpb.de/dialogmachtschule/

CHRISTOPH MÜLLER-HOFSTEDE IST WISSENSCHAFTLICHER REFERENT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG ■

Die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtverbands ist überfällig

Gabriele Schulz im Gespräch mit Aiman Mazyek

Politik & Kultur: Wenn man die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände betrachtet, gibt es derzeit die weltlichen Verbände Arbeiterwohlfahrt, Der Paritätische Gesamtverband, das Deutsche Rote Kreuz sowie die religiös geprägten Verbände Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Sehen Sie den Bedarf nach einem muslimischen Wohlfahrtsverband?

Aiman Mazyek: Ich sehe dringenden Bedarf und habe dieses in der Vergangenheit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht. Es gibt allerdings eine Reihe von Hindernissen, die aus dem Weg geräumt werden müssten.

Politik & Kultur: Sehen Sie den Bedarf, das gesamte Spektrum abzudecken von Kindergärten bis hin zu Altenheimen?

Aiman Mazyek: Ich denke, dass ein muslimischer Wohlfahrtsverband den Anspruch haben muss, das gesamte Spektrum der Freien Wohlfahrtspflege abzudecken, also die Jugendhilfe, den Unterhalt von Kindergärten, Altersheimen, Beratungsangebote usw. Ich erhoffe mir dadurch eine Stabilisierung und Verbesserung der ohnehin stattfindenden Arbeit in den muslimischen Gemeinden. Hier findet vieles auf rein ehrenamtlicher Basis statt. Eine Professionalisierung der muslimischen Arbeit in den genannten Feldern würde den Muslimen, aber auch der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen.

Politik & Kultur: Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände, Caritas und Diakonie, haben eine Verbindung zu der jeweiligen Kirche. Wie könnte eine Zusammenarbeit eines muslimischen Wohlfahrtsverbands mit den verschiedenen muslimischen Verbänden aussehen?

Aiman Mazyek: Zunächst bitte ich zu berücksichtigen, dass weder die katholische noch gar die evangelische Kirche ein monolithischer Block sind. Im Gegenteil, gerade in der evangelischen Kirche gibt es sehr verschiedene Glaubensrichtungen und -auslegungen. Diese waren kein Hindernis zur Etablierung eines evangelischen Wohlfahrtsverbands. Spannender ist es doch, zu sehen, wie es gelungen ist, zu einem gemeinsamen Auftreten zu kommen. Hier können die muslimischen Verbände sich vielleicht etwas abgucken. Mit den vier Dachverbänden DITIB, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland,

Weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Muslimischer Wohlfahrtsverband

Verband Islamischer Kulturzentren, Zentralrat der Muslime und als gemeinsamem Dach, dem Koordinierungsrat der Muslime, gibt es eigentlich einen gemeinsamen Ansprechpartner. Ich denke, wenn es gewünscht wird, gibt es sowohl auf der Bundes- als auch der Landesebene die entsprechenden Ansprechpartner. Sie müssen nur ernst genommen und ihre Kompetenz genutzt werden. Wenn die Muslime gebeten werden, einen Ansprechpartner zu benennen, könnte dieses auch erfolgen. Es ist doch eher die Frage, ob dieses auch gewünscht wird oder ob die vermeintliche Zersplitterung der muslimischen Zivilgesellschaft nicht auch ein wohlfeiles Argument ist, um zu verhindern, dass sie beispielsweise in Rundfunkräten vertreten sind oder einen muslimischen Wohlfahrtsverband gründen.

Politik & Kultur: Sie sprachen eingangs von den Hindernissen, die der Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands entgegenstehen. Können Sie diese näher beschreiben?

Aiman Mazyek: Zum einen wird staatlicherseits, aber auch von Seiten der bestehenden Wohlfahrtsverbände oftmals auf die angebliche Zersplitterung der muslimischen Zivilgesellschaft hingewiesen und diese als Hemmschuh für die Entwicklung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands dargestellt. Dass dieses letztlich ein vorgeschobenes Argument ist, habe ich schon ausgeführt. Zum anderen sollte die Konkurrenz der Wohlfahrtsverbände untereinander nicht unterschätzt werden. Ein muslimischer Wohlfahrtsverband als weiterer Mitspieler wird offenkundig von manchen nicht als sinnvolle Ergänzung, sondern als Gefahr angesehen. Zum Dritten engagieren sich einige der bestehenden Wohlfahrtsverbände im Bereich der Arbeit mit Migranten oder auch mit muslimischen Gemeinden auf lokaler Ebene und erweitern damit ihr Angebotsspektrum. Hieraus entsteht eine Konkurrenzsituation, die sich als Bremse für die Entwicklung eines eigenständigen muslimischen Wohlfahrtsverbands erweist.

Politik & Kultur: Die Wohlfahrtsverbände stehen traditionell auf zwei Beinen, dem ehrenamtlichen Engagement und der hauptamtlichen Arbeit. Erwarten Sie durch die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von Muslimen in Deutschland? Oder liegt der besondere Mehrwert aus ihrer Sicht in der Stärkung der hauptamtlichen Arbeit?

Aiman Mazyek: Das bürgerschaftliche Engagement ist ein, wenn nicht der wesentliche Bestandteil der Arbeit in den muslimischen Gemeinden. Ich stelle allerdings immer wieder fest, dass nur wenig Wertschätzung gegenüber diesem Engagement in den Gemeinden gibt und es an Anerkennung fehlt, obwohl hier tagtäglich bürgerschaftliches Engagements stattfindet. Angefangen von der Praktizierung der fünf Pflichtsäulen im Islam bis hin zu einer Vielzahl von Angeboten für verschiedene Zielgruppen, wie z.B. Sprachunterricht, Nachhilfe und Jugend-, Frauen- und Erwachsenbildung. Wenn es allerdings um Angebote geht, die staatlicherseits unterstützt werden, besteht vielfach das Problem, dass ein entsprechender Wohlfahrtsverband als Träger fehlt. Das führt letztlich dazu, dass mit anderen Organisationen und nicht mit den Muslimen selbst zusammengearbeitet wird. Letztlich wird sich ein muslimischer Wohlfahrtsverband auch in seinen Standbeinen, der Verschränkung und gegenseitigen Bedingung von haupt- und ehrenamtlicher Arbeit nicht viel von den anderen Wohlfahrtsverbänden unterscheiden.

Politik & Kultur: Eine hauptamtliche Struktur ist aber vonnöten, um an staatlichen Förderprogrammen beispielsweise partizipieren zu können?

Aiman Mazyek: Das ist so und ich spüre leider auch nur wenig Interesse an einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit Muslimen. Es bestehen nach wie vor Vorbehalte.

Politik & Kultur: Würden Sie sich sowohl vom Staat als auch von den bestehenden Wohlfahrtsverbänden einen Anschub wünschen, um einen muslimischen Wohlfahrtsverband auf den Weg zu bringen?

Aiman Mazyek: In jedem Fall. Es gibt bereits Strukturen, die aufgrund ihrer rein ehrenamtlichen Struktur und privaten Finanzierung aber an ihre Grenzen stoßen. Von diesen Strukturen eine Professionalität zu verlangen, die den bestehenden professionellen Verbänden vergleichbar ist, ist eine Überforderung, die nicht erfüllt werden kann. Weil die bestehenden Verbände im föderativen und föderalen System der Bundesrepublik voll verankert sind und die Muslime eben noch nichts Vergleichbares haben.

AIMAN MAZYEK IST VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER MUSLIME, GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Foto: JUMA

In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. arbeiten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammen. Ihr gemeinsames Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit durch gemeinschaftliche Initiativen und sozialpolitische Aktivitäten. Die Spitzenverbände selbst sind föderalistisch strukturiert, das heißt ihre Gliederungen auf kommunaler und Landesebene sowie ihre Mitgliedsorganisationen sind überwiegend rechtlich selbstständig. Mitglieder sind derzeit: Arbeiterwohlfahrt, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rote Kreuz, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Islam · Kultur · Politik

Islam · Kultur · Politik ist eine regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur des Deutschen Kulturrates. Sie ist eine Kooperation des Deutschen Kulturrates und der Robert Bosch Stiftung. Bis 2013 sind noch zwei weitere Ausgaben der Beilage geplant.

Die Beilage Islam · Kultur · Politik soll die Debatte um die Rolle des Islams in Deutschland vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der muslimischen Religion auf Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen. Zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam beziehungsweise mit Muslimen beleuchtet werden. Damit soll die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland versachlicht und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und unterschiedlicher Kulturen geworben werden. Der Deutsche Kulturrat versteht Islam · Kultur · Politik zudem als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen.

Bisherige Schwerpunkte waren:

- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 1/2011 von Politik & Kultur (40 Seiten), anhand von fünf Schwerpunktthemen (Islamische Vielfalt, Judentum Christentum Islam, Bildung Religion Glaube, Wissen über den Islam – Wissen des Islams, Islam in den Medien, Zusammenleben in Deutschland) wurde sich umfassend mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik auseinandergesetzt
- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 3/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), die im vorangegangenen Dossier aufgeworfenen Fragen wurden vertieft, einen Schwerpunkt bildete die auswärtige Kulturpolitik in islamischen Ländern.
- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 5/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), „Der Bruch des 11. September 2001 als Chance für einen kulturellen Aufbruch“: die inhaltlichen Schwerpunkte des Dossiers fokussieren die Themen „9/11: Philosophische und religiöse Einschätzungen“, „Politischer Umgang mit 9/11“, „9/11 als Medienereignis“ und „Kulturelle Aufarbeitung der Anschläge“.
- Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 1/2012 von Politik & Kultur (8 Seiten) widmete sich Fragen der Lebenswelten muslimischer Jugendliche in Deutschland.

Geplant sind zwei weitere Ausgaben unter anderem zu den Themen: Türkei und Islam in Europa. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion zu dem Themenkomplex Islam · Kultur · Politik. Schreiben Sie uns unter: post@kulturrat.de. Die bisher erschienenen Hefte können unter www.kulturrat.de/islam abgerufen werden.

OLAF ZIMMERMANN, GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK & KULTUR. OLAF HAHN, DIREKTOR DES PROGRAMMBEREICHS BILDUNG, GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Inhaltsverzeichnis

1 Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich? VON OLAF ZIMMERMANN

2 Mühsames Ringen um Anerkennung. Muslimische Dachverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland VON MATTHIAS KORTMANN

3 Muslimische Strukturen im Stiftungswesen. Eine jahrtausendealte Tradition im Wandel der Zeit VON RUPERT GRAF STRACHWITZ

4 Bundesfreiwilligendienst und Muslime. Erfahrungen und Entwicklungen VON JENS KREUTER

4 Wie können Muslime unsere Gesellschaft mitgestalten? Antworten aus der Lebensrealität VON MICHAEL BLUME

5 Brachliegendes Engagementpotenzial. Zugangshemmnisse und -chancen für junge Muslime zu Freiwilligendiensten VON THOMAS KLIE UND JULIA SCHAD

6 Jung, muslimisch, aktiv. Das Juma-Projekt in Berlin VON SAWSAN CHEBLI

7 Zivilgesellschaft von morgen. Vorstellung eines Modellprojekts VON CHRISTOPH MÜLLER-HOFSTEDE

7 Die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands ist überfällig GABRIELE SCHULZ IM GESPRÄCH MIT AIMAN MAZYEK

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu Politik & Kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Hahn

Redaktionsassistenz:
Carolin Ries, Tatjana Gridnev

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. oder der Robert Bosch Stiftung wieder.

Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von Politik und Kultur nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.